

sich dann mit verschiedenen Argumenten doch etwas schwerer, wenn man dafür verantwortlich ist. Ich darf hier eine Anfragebeantwortung von Frau Dr. Waltraud Bachmaier-Geltewa, betreffend den Semmeringbasistunnel, nochmals zitieren. Die Anfrage war an Herrn Landesrat Ing. Ressel gerichtet, und er hat hier gemeint, daß im Jahre 2000 eigentlich mit den Tunnelarbeiten begonnen werden kann, und dann hat er gemeint, „wie Sie ebenfalls wissen, gibt es allerdings starken Widerstand von seiten der niederösterreichischen Landesregierung“, und zum Schluß: „Deshalb bin ich, was den Semmeringbasistunnel betrifft, optimistisch und halte mich, was die genaue Terminplanung betrifft, an die Angaben der mit dem Bau beauftragten Hochleistungs-AG.“ Das war heuer am 2. Juli. Wir haben bei dieser Landtagssitzung von meiner Fraktion her einen Beschlußantrag eingebracht, und zwar: „Zur Bewältigung der ansteigenden transkontinentalen Verkehrsströme sind die rasche Fertigstellung des Semmeringbasistunnels und ein forcierter Bau des Koralmtunnels erforderlich, und der Hohe Landtag wolle beschließen – Und zum Punkt 2: der Semmeringbasistunnel ist in das Investitionsprogramm des Bundes aufzunehmen, wobei auch private Finanzierungsmöglichkeiten ergänzend gesucht werden sollen.“ Die SPÖ hat dagegengestimmt.

Eine Zeitungsmeldung vom 27. Juli in einer Regionalzeitung, ich zitiere: „Schrittwieser: Bau des Semmeringbasistunnels, Erfolg der steirischen SPÖ. Die dezidierte Zusage von Finanzminister Viktor Klima, daß der Semmeringbasistunnel auf jeden Fall gebaut wird, sei ein großer Erfolg der steirischen SPÖ, betonte Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser, nachdem das klare Ja des Finanzministers zu diesem Jahrhundertprojekt bekanntgeworden war.“ Er führt dann weiter aus, daß es für die Steiermark eine wichtige Verkehrsader ist, da sind wir selbstverständlich dabei. Und dann kommt der Schluß im Bildtext: „Schrittwieser: Unser Einsatz hat sich gelohnt, der Basistunnel wird gebaut.“

Ich habe auch vom 12. August 1996 eine Anfragebeantwortung von den Freiheitlichen vom Kollegen Rosenstingl an den Herrn Minister Dr. Rudolf Scholten, und zwar: „Welche konkreten Bahnprojekte werden im Jahre 1996 weitergebaut, unter anderem auch Ausbau der Donauachse und auf der Nordsüdachse, wird der Semmeringpilotstollen durch die HL-AG. weitergebaut?“ 12. August 1996.

„Neue Zeit“ am 21. September 1996: „Semmering-tunnel nur mit Privatfinanzierung. Der Semmeringbasistunnel soll nur gemeinsam mit privaten Financiers gebaut werden. Was geschieht, wenn eine solche Finanzierung nicht zustande kommt, wollte Verkehrsminister Rudolf Scholten gestern in Graz nicht sagen. Finanzlandesrat Ressel, auch er konnte Rudolf Scholten nicht zu einer fixen Zusage bewegen.“ Weiterer Abschnitt: „Der Güterterminal Werndorf wird als abgeschlanktes Projekt weiter verfolgt.“ Bitte, das kann es nicht sein, im Gegensatz steht hier „2500 Fahrradabstellplätze in der Steiermark um 200 Millionen Schilling“, hierfür wurde ein Vertrag geschlossen. Ich muß schon ehrlich sagen, ich bin auch ein begeisterter Radfahrer, aber wenn hier bitte schön der Terminal Werndorf ein abgeschlanktes Projekt sein soll, dann stimmen hier die Verhältnisse nicht mehr.

Einen Tag später, eine Meldung der „Kleinen Zeitung“ – und, lieber Freund Otto Heibl, ich gestehe dir wirklich zu, daß das von dir wirklich eine ehrliche Meinung ist, Kurtl Gennaro ist hier auch zitiert – und zwar, ihr werdet den Herrn Bundeskanzler Franz Vranitzky zum Eingreifen ersuchen, so steht es hier drinnen, morgen wird er in Graz angeblich bei einer Wahlveranstaltung befragt, und hier wird er dann ein Ja oder Nein aussprechen. Es steht weiter: „Es müssen nicht immer die Bauern sein, die am Ballhausplatz auf-fahren“, da gebe ich dir recht, lieber Otto, mit uns kannst du dort auch rechnen, genau, was das anbetrifft. Ich möchte nur zum Ausdruck bringen, verehrte Damen und Herren der Sozialdemokraten, nicht immer Hinzeigen, eure Freunde über dem Semmering, darf ich es so sagen, Heinz Vollmann, oder sagt's es dem Landeshauptmann da draußen, er soll ihre Meinung ändern. Nein, ich glaube, der eigene Minister hat hier großen Erklärungsbedarf, warum er sich hier letztendlich bei einem so wichtigen Projekt nicht durchsetzen kann. Ich meine daher, das Papier alleine hier, betreffend diesen Antrag oder diese Vorlage zur Bauinitiative Steiermark, das Papier alleine, verehrte Damen und Herren, hilft überhaupt nichts, hier muß gehandelt werden, hier müssen die Dinge in Angriff genommen werden.

Natürlich gibt es die Schwierigkeit bei der Finanzierung. Wir wissen genau, 100 Millionen Schilling müssen erst aufgebracht werden. Wir kennen die budgetäre Situation, und ich darf hier doch eine Bemerkung anbringen aus der letzten Ausschußarbeit. Wenn unser Freund, Abgeordneter Hohegger, dort gemeint hat „ja, wo kriegen wir das Geld her“, er hat zwar gemeint, es ist ein Brief an das Christkind, aber letztendlich hat er recht gehabt, denn er hat sich mit dieser Materie auseinandergesetzt. Und wenn bei dieser Ausschußarbeit der eine oder andere Repräsentant dieses Hauses sich im Ton vergriffen hat, dann wird man das wohl nachträglich, glaube ich, bereinigen können. Letztendlich sind wir es der Bauwirtschaft, aber vor allem den Bauarbeitern schuldig, daß wir jetzt handeln. Ich glaube, es ist ja in der Bauwirtschaft schon Gefahr in Verzug, denn wenn ich hier lese, mit 1. Oktober soll das losgehen, dann frage ich mich nur, was bis in den heurigen Winter hinein letztendlich passieren wird. Aber wir sind hier alle aufgefordert, und man soll über Projekte, die ja schon lange bekannt sind, nicht nur reden, sondern endlich handeln und sie letztendlich auch realisieren. Wir wissen aber auch in der Bauwirtschaft, daß wir den klimatischen Bedingungen sehr stark ausgesetzt sind, gerade in der Obersteiermark, das sage ich sehr deutlich, wobei die Bauchemie bei den Baumaterialien große Fortschritte erzielt hat, aber letztendlich die Anlagen in der Bauwirtschaft unter Umständen oder sogar des öfteren den klimatischen Herausforderungen letztendlich nicht Rechnung tragen.

Und zum Zweiten müßte man sich auch überlegen, ob man nicht wirklich ein neues Arbeitszeitmodell in der Bauwirtschaft einmal andiskutiert und man sich hier auch ernstlich Gedanken macht. (Abg. Heibl: „Gibt es schon!“)

Verehrte Damen und Herren, hier sind wir alle in diesem Hohen Haus aufgefordert, Hand anzulegen, und ich glaube, das politische Wirrwarrspiel soll bei

dieser ernsten Materie und bei dieser Vorlage hintangehalten werden. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.56 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Heibl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Heibl (15.56 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Zuerst einmal zum Herrn Abgeordneten Schreiner – er ist zwar nicht anwesend, aber ich nehme an, daß er mich über den Lautsprecher im Foyer hört. Natürlich ist uns allen klar, daß wir die Winterarbeitslosigkeit mit dieser Aktion „Bauinitiative Steiermark“ nicht zur Gänze lösen können, aber es ist ein großer Mosaikstein in dem ganzen Bemühen, dieser Sache Herr zu werden. Und wie er sagt, die Ganzjahresbeschäftigung und so weiter, hier hat die Gewerkschaft nicht mitgetan, das stimmt nicht zur Gänze. Wir sind zu einer Lösung gekommen. Es gibt ein Modell, das auf zwei Jahre befristet ist, wo etwa im Sommer die Überstunden angespart werden und im Winter dann verbraucht werden, daß man die Arbeitslosigkeit verringert, den Arbeitslosenfonds damit entlastet. Das gibt es bereits. Ob das funktioniert, das ist eine zweite Sache, jedenfalls haben es die Unternehmer und die Arbeitnehmer gutgeheißen und vertraglich unterzeichnet. Und wenn er meint, die Schwarzarbeit würde florieren, es hängt mit dem Wirtschaftsjahr zusammen und so weiter. Ein kleines Beispiel, und das wird sicher auch den Herrn Abgeordneten Hohegger interessieren, die Schwarzarbeit. Es ist zum Beispiel in Österreich nicht möglich, den Handwerksmeister, also den Maurermeister, abzulegen – ist in Österreich nicht möglich, seit den sechziger Jahren ungefähr – in Deutschland sehr wohl, in Holland sehr wohl, in der Schweiz sehr wohl. Wenn nun ein deutscher Maurermeister in Österreich sich niederläßt, nach dem EU-Gesetz geht das, muß ihm die Gewerbebehörde das eingeschränkte Baumeistergewerbe verleihen, genehmigen. Uns Österreichern ist das zum Beispiel nicht möglich – eine Ungerechtigkeit. Und viele Gruppen, die heute im großen Maß vielleicht pfuschen, wie wir sagen, würden vielleicht, wenn es ihnen möglich ist, den Handwerksmeister zumachen, den Maurermeister zumachen, schön brav ihre Steuern und Abgaben zahlen, nur ist es ihnen derzeit nicht möglich. Mir bleibt in Wirklichkeit nichts anderes übrig, als daß ich interessierte Maurer, die die Voraussetzungen auch haben für diese Meisterprüfung, ins Auto setze, nach München fahre, dort die Maurermeisterprüfung absolvieren lassen werde und dann in Österreich um die Genehmigung für das eingeschränkte Baumeistergewerbe ansuchen. Das ist der einzige Weg, den wir momentan haben. Oder wir führen das in Österreich wieder ein, daß es auch uns möglich ist – für eine Berufsgruppe, die allein 50.000 Professionisten hat (Abg. Dr. Wabl: „Warum ist das nicht möglich?“), die Handwerksmeisterprüfung zu erlangen. Das ist in den sechziger Jahren abgeschafft worden wegen angeblicher Defizite im Planungsbereich und ein bißchen auch aus Konkurrenzgründen.

Zur Frau Zitz jetzt kurz: Ökologie in der Bauinitiative. Natürlich! Alle Gesetze gehen heute auch in

diese Richtung, verdichteter Flachbau und so weiter, und so weiter. Auch biologische Kläranlagen, auf die Sie so großen Wert legen, sind natürlich erlaubt und werden gefördert. Natürlich nicht Einzelanlagen, sondern das müßte schon in einer Gruppe gemacht werden, und das muß hier kommunale Wirksamkeit haben. Alles ist in dieser Richtung möglich. Und Großprojekte sind unter den 100 Millionen, also wo die nicht rückzahlbare Förderung ist, ja nicht dabei.

Das ist der Handwerksmeister, von dem ich früher geredet habe, der Maurermeister. (Abg. Dr. Wabl: „Ihr habt eine Mehrheit in der großen Koalition. Beschließt es!“) Vielleicht kommt es noch dazu. Aber du hast mich jetzt unterbrochen. Zur Frau Abgeordneten Zitz, Sie brauchen sich keine allzu großen Sorgen machen, es gibt ja auch eine Prioritätenreihung in dieser Bauinitiative, die etwa folgendes Aussehen hat: Vorrang haben Bauvorhaben mit überdurchschnittlichem Lohnanteil – wir wollen ja Leute beschäftigen, wir wollen ja Firmen beschäftigen. In zweiter Linie in der Priorität Bauvorhaben zur Energieeinsparung – wissen wir alle, trifft uns alle. Und in dritter Linie Bauvorhaben auch mit sozialer Bedeutung.

Aber jetzt vielleicht zum eigentlichen Thema, zum Eingemachten, würde ich sagen. Wir werden noch in diesem Monat, am 30. September, das ist der nächste Montag, die erste Vergabesitzung bei der Zivilingenieurkammer in der Schönaugasse haben. Es ist auf der Tagesordnung ein Bauvolumen von über 100 Millionen Schilling. Das wäre ein Förderungsvolumen von 10, 12 Millionen Schilling. Wir werden sehen, ob das Bauforum dem auch zustimmen wird. Wenn das der Fall ist, dann könnten die ersten Bauvorhaben, die über diese Bauinitiative – 100 Millionen Schilling – laufen, bereits im Oktober und November beginnen. Wir werden am 30. September die erste Vergabesitzung haben, und die nächste Vergabesitzung wird bereits Ende Oktober stattfinden. Also, wir sind nicht aufgehalten. (Beifall bei der SPÖ.)

Außerdem möchte ich Ihnen berichten, daß ein Bauvolumen in der Größenordnung von über einer halben Milliarde Schilling bereits jetzt eingereicht ist. Natürlich sind dabei auch wahrscheinlich fromme Wünsche, die entweder die Zusätzlichkeit nicht nachweisen können, oder das echte Vorziehen wahrscheinlich nicht zur Gänze nachweisen können, oder die Finanzierung vielleicht nicht nachweisen können. Aber wenn es nur einigermaßen funktioniert, dann werden wir allein mit dieser über einer halben Milliarde, die jetzt schon eingereicht ist, etwa 800 Leute ein Jahr lang beschäftigen können. Also, meiner Meinung nach durchaus ein riesiger Erfolg.

Ich möchte noch eines sagen. Ich habe das am Samstag auch im Rundfunk gesagt. Ich weiß nicht, ob es auch gesendet wurde. Mit den Beamten, die im Vorfeld tätig sind – Büro Ressel, Büro Paierl, Landesbaudirektion, auch die Gemeindeabteilung, also das Gemeindereferat –, gibt es bis jetzt zumindest eine hervorragende Zusammenarbeit, und ich danke dafür. Alle zusammen ziehen an einem Strang.

Meine Damen und Herren, auch andere Bundesländer interessieren sich bereits für die Bauinitiative Steiermark. So haben mich zum Beispiel für den Bau-sektor Zuständige aus dem Tiroler Landtag angerufen und haben die Unterlagen angefordert. Und angebe-

lich, ich sage das soweit, ich hoffe, daß es auch stimmt, hat der Landeshauptmann von Tirol gesagt, was die Steirer zusammenbringen, das müßten wir in Tirol auch zusammenbringen, und hat gemeint, 55 Millionen für eine Tiroler Bauinitiative stehen jedenfalls zur Verfügung. Andere Bundesländer haben auch bereits angefragt. Also das dürfte auch in den anderen Bundesländern eine wirklich zielführende Sache werden.

Meine Damen und Herren, wenn alle neun Bundesländer wirklich mit einer Bauinitiative mitmachen würden nach steirischem Muster, dann wäre eigentlich der Rückfluß, weil es gibt ja einen Hebel von eins zu acht bis eins zu zehn, der Steuern an die jeweiligen Länder, an die jeweiligen Gemeinden, vom Bund höher als der Einsatz. Und das müßte in Wirklichkeit unser Ziel sein.

Geschätzte Damen und Herren, es darf nicht nur allein bei der Bauinitiative Steiermark, also diesen 100 Millionen nicht rückzahlbaren Förderungen, bleiben, sondern diese Vorlage beinhaltet ja auch das Vorziehen beziehungsweise Umsetzen aus dem Sonderinvestitionspaket, also größere bis große Vorhaben im Bereich Tourismus, im Bereich Infrastruktur. Unser Beschlußantrag, den wir eingebracht haben – Kurt Flecker hat das gemacht –, zielt ja darauf hin. Wir wollen 1997 das in die Realität umsetzen. Wir wollen beginnen. Aber wir dürfen auch eines nicht: den Bund aus seiner Verantwortung entlassen. Kollege Purr hat das sehr deutlich gesagt, wir haben Bauvorhaben in der Steiermark, die längst fällig sind. Ob das jetzt der Plabutschtunnel ist, ob das jetzt der Semmeringtunnel ist oder der Terminal der ÖBB. Es gibt viele andere Vorhaben auch noch. Was wir brauchen in der Wirtschaft und insbesondere in der Bauwirtschaft sind verbindliche Zusagen und das fixierte Datum für den Baubeginn. Nur das hilft uns in Wirklichkeit weiter, und alle anderen Versprechungen können uns natürlich nicht helfen.

Wir brauchen, meine Damen und Herren, Arbeit für unser Land, Arbeit für unsere Arbeitnehmer, aber auch für unsere Firmen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – Abg. Dr. Wabl: „Ihr klatscht vergeblich!“) Wir haben derzeit in der Steiermark fast 31.000 Arbeitslose. Das ist zwar keine Verschlechterung gegenüber dem August im Vorjahr. Eines der wenigen Bundesländer, die hier keine Verschlechterung haben, aber insgesamt haben wir immerhin noch eine Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent jetzt im August, und der österreichische Schnitt ist bei 5,7 Prozent. Das ist für uns weiterhin nicht tragbar, und wir müssen etwas unternehmen. Diese Bauinitiative ist ein Beispiel, wie man weiterkommen, wie man vorauskommen kann. Ich danke daher allen, die hier mitgearbeitet haben und die hier einen positiven Beitrag geleistet haben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 16.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (16.06 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Verzeihen Sie, daß ich nicht vorbereitet war, aber bei der Anmeldung hat es geheißen, ich bin nach dem

Kollegen Hohegger, aber die Umschichtungen sind unergründlich und tief, und ich bin jetzt dran. Aber dafür verspreche ich, daß ich mich kurz halten werden, um nicht über Gebühr dieses Thema auszuwalzen.

Ich muß sagen, daß ich die Ausführungen des Kollegen Heibl mit einer bestimmten Ausnahme sehr begrüße, und ich glaube, daß es sehr erfreulich ist, daß in der Steiermark eine Bauinitiative teilweise gelungen ist. Und man sollte da hier nicht anstehen, auch wenn man einer anderen Fraktion angehört und gegenüber Bauten eine Grundskepsis hat, daß meine eine solche Maßnahme als erfreulich empfindet. Mir erscheint aber eines wichtig – und ich glaube, Kollege Heibl, du wirst mir auch recht geben –, daß wir gerade im Bereich von Baumaßnahmen darauf achten sollten, daß wir arbeitsplatzintensive Baumaßnahmen forcieren, das heißt im Städtebau, bei Wohnungen, im Hochbau, wo es geht um Wärmedämmung, Erneuerung, Wohnungsverbesserung, ökologische Baumaßnahmen, wie Energiesparmaßnahmen bewirken. Wir sind manchmal Gefahr gelaufen, in Bereichen zu investieren, wo hauptsächlich Maschinen im Einsatz sind. Das ist ein Problem, mit dem wir zu kämpfen haben, und daher sollte man schon die Frage, wie weit tatsächlich Arbeitsplätze geschaffen werden im Baubereich, in den Vordergrund rücken. Und daß man bei Hochbaumaßnahmen, im Wohnungsbaubereich, bei der Altstadterneuerung, -verbesserung und so weiter, bei Energiesparmaßnahmen mehr Arbeitsplätze gewinnt, ich glaube, das ist ja unbestritten.

Persönlich möchte ich vorausschicken, daß ich dieser Bauinitiative zustimme, weil ich einfach glaube, daß sie eine gute Maßnahme ist und vor allem dem drohenden Problem der Arbeitslosigkeit zumindest in Teilbereichen zu Leibe rückt. Wir sollten alles begrüßen, was zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Beschäftigung beiträgt.

Aber ein persönliches Wort, das ist nicht so, daß das heute abgesprochen war zwischen Christian Brünner und mir, sondern ich habe dieses Thema schon lange im Auge gehabt, und gerade die Diskussion der letzten Wochen bewegt mich auch dazu. In dem Fall sind wir einer Meinung, und ich möchte hier meine Position zum Semmeringbasistunnel präzisieren, wobei ich – der Kollege Purr ist jetzt nicht da – vorausschicken möchte, daß wir den Verkehr nur dann auf die Schiene bringen werden, wenn wir endlich einmal eine Kostenwahrheit im Verkehrs- und Transportbereich herstellen können. Solange der Transport auf der Straße so billig ist und der Transport – und das ist ja früher angezogen worden – auf der Schiene um einiges teurer ist, auch natürlich etwas umständlicher, weil ja die Schiene nicht zu bewegen ist, so lange werden wir diesen wichtigen Schritt, diesen ökologischen wichtigen Schritt nicht schaffen. Und bitte machen wir uns da nichts vor. Alle haben immer gesagt, vor allem für die SPÖ waren die Eisenbahner immer wichtig, aber ich habe noch manche Wortmeldungen im Ohr, wo es geheißen hat, naja, so viele neue Straßenkilometer, so viele neue Autos. Aber bitte ich stelle die Frage, wie viele Kilometer Bahnlinie sind in Österreich seit dem Zweiten Weltkrieg errichtet worden, um dieses Bahnnetz zu verbessern? Im Gegenteil, wir haben Nebenbahnen aufgelassen, bei der Südbahn von Graz über Kalsdorf an die Grenze

haben wir das zweite Gleis ummontiert. Aber tatsächlich ist ja nichts getan, um die Attraktivität der Bahn zu verbessern. Aber diese Entwicklung - und ich unterhalte mich auch mit Eisenbahnern, habe noch einen ganz guten Kontakt zu ihnen, obwohl 90 Prozent davon rot sind, zumindest bei den Betriebsratswahlen -, die jetzt dort Platz greift und das alte System dort zum Teil zerschlagen worden ist und das neue noch nicht entsprechend funktioniert, ist ja auch nicht unbedingt dazu angetan, die Attraktivität der Eisenbahn zu erhöhen. Aber zum Semmeringbasistunnel ein persönliches Wort. Ich persönlich verstehe schon, daß man in der Politik Hoffnungsbilder braucht, sozusagen Visionen braucht und daß man auch Utopien braucht, um von gegenwärtigen Problemen abzulenken. Ich behaupte - und das ist ein bißchen provokant formuliert -, es ist für manche Verkehrsexperten, Wirtschaftsexperten und sonstige Experten sehr angenehm, einen Semmeringbasistunnel zu haben, der noch immer nicht gebaut ist, und ich gehe davon aus, daß er auch nicht gebaut wird - da traue ich mich mit dir, Otto, eine Wette abschließen, aber nicht eine Wette um ein Mittagessen, sondern da würde ich schon ein bißchen riskieren -, weil ich einfach die Konstellation hier abschätzen kann. (Abg. Heibl: „Weißt du, was der Sondierstollen bisher gekostet hat?“)

Der Sondierstollen schon, ja, der ist relativ weit fortgeschritten, ich weiß, daß es Probleme mit dem Wasser gibt und, und. Und dann mußt du ja auch bedenken, das mußt du ja auch zugeben, daß gerade ein Tunnelbau nicht sehr arbeitsplatzintensiv ist, sondern in erster Linie maschinenintensiv. Also das ist schon ein Argument in die Gegenrichtung. Persönlich habe ich den Eindruck, daß gerade auch für die Sozialdemokratie, und das sage ich jetzt wirklich ohne Provokation - ich weiß schon, daß man für seine Region etwas schaffen will -, das ein willkommenes Vehikel ist, ein willkommenes Transportmittel, um zu erklären „wir brauchen den Semmeringbasistunnel, damit in der Obersteiermark endlich die Arbeitslosigkeit reduziert wird und daß neue Arbeitsplätze geschaffen werden, daß neue Betriebsansiedlungen geschaffen werden, daß endlich die Obersteiermark und das Mürztal zu neuem Wachstum erblüht und, und ...“. Und ich sage Ihnen meine persönliche Einschätzung, abgesehen davon, daß ich es für einen Unsinn halte - und das hat der Christian Brünner auch gesagt -, wegen einer Viertelstunde oder wegen 22 Minuten Fahrzeitverkürzung, natürlich leben wir in einer Zeit, wo der Manager mit seiner Aktentasche und mit seinem Handy schnell nach Wien will, aber wegen 22 Minuten 20 Milliarden Schilling zu investieren, da muß man die Frage stellen, ob das in einem Gleichgewicht oder in irgendeine Relation zu bringen ist. Aber ich glaube nicht, und ich behaupte das und stelle die Frage in den Raum, glauben Sie wirklich, daß die Rahmenbedingungen in der Obersteiermark - da gibt es nämlich ganz andere Faktoren - soviel besser werden, wenn ein Semmeringbasistunnel besteht, und daß auf einmal sich die Firmen reihenweise anstellen und dorthin kommen werden? Ich persönlich glaube es nicht. Ich bin überzeugt davon, daß das nicht der Fall sein wird, und ich bin überzeugt davon, daß diese 20 Milliarden in anderen Bereichen - und da bin ich auf deiner Seite, Otto, daß wir Konvergenzkriterien zu

erfüllen haben - viel sinnvoller eingesetzt wären. Wir müssen überlegen, ob wir diese Eisenbahnlinie zu sperren, weil das Land nicht zahlt, Mürzzuschlag-Neuberg, andere sind auch immer bedroht, im Bezirk Fürstenfeld und so weiter. Und dort fehlt uns das Geld. Und ich erzähle Ihnen jetzt ein Beispiel, wie die Eisenbahn beinander ist heute, und da frage ich mich, ob es da private Investoren geben wird. Soll ich schon aufhören; Tasch? (Abg. Tasch: „Schon lange!“) Stört es dich? (Abg. Tasch: „Du hast gesagt, nur kurz.“ - Abg. Vollmann: „Ganz kurz, hast du gesagt!“ - Abg. Tasch: „Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge!“)

Du, ich habe erst zehn Minuten geredet, aber du kannst sicher sein, ich werde das nicht über Gebühr fortsetzen. Aber diese Frage der Kostenrelation, und das Beispiel möchte ich da hier wirklich erzählen. In Übersbach ist der Bahnhof aufgelassen worden. Da geht es darum, daß die Toiletteanlagen oder irgend welche Anlagen dort weiter benützt werden, und die Gemeinde Übersbach zahlt, glaube ich, 2500 Schilling für die Eisenbahn, daß es weiterbetrieben wird.

Da hat die Gemeinde Übersbach ein Schreiben an die ÖBB gerichtet, an die Generaldirektion oder Landesdirektion, ich weiß es nicht, ob ihnen in Zukunft diese 2500 Schilling erlassen werden. Und da hat die ÖBB zurückgeschrieben, daß sie nicht in der Lage ist, auf diesen so eminenten Betrag von 2500 Schilling zu verzichten, weil dies unbedingt notwendig ist. Ich will nicht sagen, daß dieses Beispiel beweist, daß die ÖBB wahrlich andere Aufgaben mit nicht vorhandenen Geldmitteln zu erfüllen hat. Ich würde mir wünschen - und da bin ich dafür, wo ist der Kollege Purr, mich wundert, daß er so vehement für den Semmeringbasistunnel ist, es freut mich, daß er so solidarisch ist.

Ich bin zum Beispiel für den Koralmtunnel. Für den bin ich, weil der neue Möglichkeiten erschließt, weil der wirklich die Weststeiermark in einem großen europäischen Raum mit Kärnten verbindet und eine gewaltige Fahrzeiterleichterung ermöglicht. Ich bin traurig, daß der Koralmtunnel nicht schon gebaut ist, weil den hätten wir schon in den Jahrzehnten, 50 Jahre sind es schon her seit dem Zweiten Weltkrieg, den hätten wir schon inzwischen bauen können. Abgesehen von der Kukuruzbahn, die sicherlich auch ihre Berechtigung hat, ob sie kommen wird, ist eine zweite Frage. Aber dort sollte man das Geld unter Umständen einsetzen, dort sollte man das überlegen. Und daher bin ich nicht einer, der sagt, keinen Tunnel. Ich habe keine Angst vor dem Tunnelfahren. Ich fahre mit dem Auto zwar nicht gerne durch, aber der Koralmtunnel hat Priorität. Auch die Kukuruzbahn, aber der Semmeringbasistunnel löst kein Problem und bringt ungeahnte Finanzschwierigkeiten und Finanzprobleme, die ja gar nicht zu lösen sind und wo man fragen muß, wo sollen private herkommen. Schauen Sie sich den Eurotunnel zwischen England und Frankreich an, die totale Pleite. In Wirklichkeit ist es die totale Pleite, obwohl es ein Jahrhundertwerk war und die Idee faszinierend war, England mit Frankreich mit dem Zug zu verbinden. Hier wäre sicherlich das Geld woanders besser angebracht. (Abg. Tasch: „Ist schon lange genug!“) Kollege Tasch, ich bin schon fertig. Ich möchte nur einen Aspekt noch anbringen, damit bin

ich schon am Ende. Und Sie werden mir alle recht geben, daß gerade die ökologische Verträglichkeit von Bauten, ich habe das vorher ausgeführt, eine wichtige Rolle spielt. Ich habe daher einen Beschlußantrag zur Bauinitiative, von der ich hoffe, daß sie die Zustimmung findet, man kann ja auch einmal was unterstützen, was von den kleinen Parteien kommt. Es ist sehr begrüßenswert, daß im Land Steiermark Beschäftigungsinitiativen gesetzt werden. Die in der Bauinitiative vorgesehenen Hochbaumaßnahmen sollten aber nicht nur Arbeitsplätze sichern, was natürlich sehr wichtig ist, sondern darüber hinaus auch ökologisch verträglich sein. Also dieser Aspekt sollte auch besonders beachtet werden.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, betreffend einer „Bauinitiative Steiermark“ dafür Sorge zu tragen, daß im Bereich der Steiermark vorgesehener Hochbaumaßnahmen ökologisch verträgliche Projekte realisiert werden.

Ich habe diesen Antrag schon abgegeben und bitte, ihn in die Beratungen einzubeziehen. (16.19 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hohegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hohegger** (16.19 Uhr): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren!

Bevor ich zur Bauinitiative Stellung nehme, möchte ich noch dem Herrn Hofrat Flecker die Definition von Wirtschaft mitgeben, wie wir sie verstehen. Vielleicht, Herr Kollege Heibl, können Sie ihm das dann so ausrichten. Wenn wir von Wirtschaft sprechen, meinen wir selbstverständlich immer die Gemeinsamkeit von Unternehmen und Mitarbeitern. Möge alles in unserem Lande so gut funktionieren wie die innerbetriebliche Sozialpartnerschaft, dann wären wir schon sehr weit. Das möchte ich einleitend festgeschrieben wissen.

Und nun zur Bauinitiative, zur Debatte schlechthin. Insgesamt ist es erfreulich, es handelt sich bei all diesen Dingen und Beschäftigungsinitiativen – und das ist das Erfreuliche in diesem Hause –, daß wir alle Fraktionen gemeinsam hier an diesem gemeinsamen Ziel festhalten und uns darum bemühen. Es muß ein zentrales Anliegen von uns allen von diesem Hohen Hause bleiben, daß wir hier mit Energie, Konsequenz und Ausdauer an diesem Ziel der Beschäftigung in unserem Lande festhalten und diese auf einem möglichst hohen Niveau halten können.

Und, Herr Abgeordneter Heibl, Sie sind ein bißchen als kleiner Architekt dieser Bauinitiative gepriesen worden. Ich darf Ihnen dieses Kompliment tatsächlich auch von dieser Seite hier und allen, die hier mitgearbeitet haben, in der Form weitergeben, was mir persönlich imponiert, ist, daß es hier eine Innovation in der Form darstellt, daß die initiativen Projekte belohnt werden, und es geht um keine 100 Prozent Förderung, sondern Initiativen haben hier eine Chance, hier etwas zu bekommen und diejenigen, die nicht initiativ sein werden, werden eben daraus nicht schöpfen können. Es geht auch darum – und das ist sehr wichtig –, daß

diese Aktion auch kommuniziert wird, daß es uns nicht passiert, wie in anderen Bereichen, sprich Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds, wo man letzten Endes anscheinend etwas Sinnvolles beschließt und dann auf dem Geld sitzenbleibt. Und wenn es so ist, wie Sie sagen, daß schon im Oktober die einen oder anderen Projekte beschlossen werden und daß das wirklich weiter vorangetrieben wird, umso erfreulicher. Insgesamt möchte ich auch hier festhalten, daß wir strukturell in diesem Lande anscheinend richtig unterwegs sind und eine richtige Richtung eingeschlagen haben.

Der Herr Gennaro ist heute nicht hier. Er hat anschließend der letzten Budgetdebatte seine Besorgnis über unseren Wirtschaftslandesrat ausgesprochen in der Form, daß er gesagt hat, unser Wirtschaftslandesrat ist eine zu schnelle Lokomotive. Ich möchte dem Herrn kommenden Gennaro auch dahin gehend widersprechen. Wir haben nämlich in einer Pressemeldung vom 27. August dieses Jahres ein Zeugnis ausgestellt bekommen mit der Headline „Strukturpolitik – Steiermark hat die Wende geschafft“. Und das ist nicht eine Botschaft vom Wirtschaftslandesrat, sondern das hat – glaube ich – das nicht anzuzweifelnde WIFO in Österreich, der Herr Dr. Geldner, so festgestellt und formuliert.

Arbeitsmarkt hat sich hierzulande deutlich besser als in anderen Bundesländern entwickelt. Technologiewandel scheint gelungen. Und ich denke, das sollen wir hier bewerten und nicht aus den Augen verlieren, und es geht darum, daß wir derartige Bewertungen in der Steiermark als Ansporn verstehen, politische Strategien, Visionen und Konzepte konsequent zu verfolgen und auch tatsächlich umzusetzen. Und es war in der Tat so, ich persönlich habe aus Überzeugung den beiden Landesbudgets 1996 und 1997 zugestimmt, und da haben mir zwei Dinge imponiert. Das erste Kriterium war, daß es gelungen ist, in der Steiermark ein Ressortsparmodell mit minus 10 Prozent durchzubringen, und zum Zweiten war es das Sonderinvestitionsprogramm mit den insgesamt 2,5 Milliarden, ein längerfristiger Ansatz bis zum Jahre 2000. Und es geht wirklich darum, daß wir alle gefordert sind, unsere Konzepte auch tatsächlich umzusetzen.

Ich darf weiter darauf verweisen, daß es uns in der Steiermark schon gelungen ist – der Herr Landesrat hat es heute schon in der Anfragebeantwortung ausgeführt –, daß allein die Aktion „Werde Unternehmer“, eine zum Teil auch kritisierte Aktion, jetzt schon 53 neue Unternehmen in der Steiermark hervorgebracht hat. (Abg. Vollmann: „Und wie viele sind eingegangen?“) Herr Kollege Vollmann, es gibt eine Analyse von der Wirtschaftsuniversität Wien, daß gegründete, geförderte, junge Unternehmen zu 75 Prozent nach fünf Jahren immer noch am Leben sind.

Ich denke, wir sollten hier eine gewisse Risikobereitschaft an den Tag legen. Wir können nicht genug steirische Menschen motivieren, den Weg in die Selbständigkeit zu gehen, wenn wir auf der anderen Seite ohnedies Arbeitsplatzdefizite haben.

Ich hoffe, daß wir auf diesem Weg, Herr Wirtschaftslandesrat, weiter bleiben und besonders aktiv tätig sind. Darüber hinaus sei auch noch erwähnt, daß auch

das Projekt Telekommunikation in der Steiermark seine Früchte tragen wird und daß wir hier in Kürze auch ein entsprechendes Glasfasernetz verstreut über die Steiermark gelegt haben werden.

Ich komme zu einem Schlüsselschwerpunkt meiner Ausführungen, das ist das Qualifikationsthema, und hier geht es um die vielstrapazierte Lehrlingsdiskussion. Auch hier ist fürs erste einmal festgehalten, daß auch eine sehr einfach konzipierte Aktion „Schaffe Lehrplätze“ bis dato 1030 Ausbildungsplätze in der Steiermark zusätzlich zustande gebracht hat. Man kann das bewerten, wie man will, aber man darf die Erfolge auch in diesem Hause und generell in unserer Diskussion nicht unter den Tisch kehren.

Zur Lehrlingsdiskussion noch eines: Es wird – Herr Vollmann – sehr stark der sogenannte Berufsausbildungsfonds diskutiert, und ich sage Ihnen trotzdem, daß das nicht der richtige Weg ist. Wir sollten vielmehr in dieser Diskussion versuchen, die Ausbildungsbetriebe zu belasten, und nicht andere Unternehmen zu belasten. Wenn wir andere belasten, werden wir bei den Ausbildungsbetrieben keine besondere Motivation zustande bringen, um hier weitere Ausbildungsplätze bereitzustellen. Aber ich denke, daß wir hier mit diesem Impuls ein entsprechendes Zeichen in der Steiermark gesetzt haben.

Darüber hinaus auf der Qualifikationsseite sei auch noch auf die Entwicklung des Fachhochschulsektors verwiesen, und es werden in diesen Tagen in der Steiermark drei weitere Studiengänge vom Stapel laufen, der eine ist die Fachrichtung Fahrzeugtechnik, und das ist, glaube ich, im Verbund unserer Fahrzeuginitiativen in der Steiermark eine sehr gute Ergänzung, und es wird in unserem Hause, im WIFI Steiermark, ab dieser Woche die erste Fachhochschulausbildung für Berufstätige in unserem Lande geben. Und auch hier sind entsprechende Initiativen von unserem Wirtschaftslandesrat und von der gesamten Landesregierung gesetzt worden.

Ich darf zum Schluß auch noch einige Dinge anführen, wo wir nicht die richtige Richtung erwischt haben. Herr Kollege Heibl, bei der Gewerbeordnung bin ich bei Ihnen. (Abg. Heibl: „Bravo!“) Wir müssen die Gewerbeordnung weiterentwickeln, und hier sage ich als Vertreter der Wirtschaft „nicht demolieren, sondern renovieren“. Renovieren in der Form, daß wir wirklich die Gewerbeordnung zu einem Qualifikationssystem weiterentwickeln. Und wenn das mit der Meistersache so ist, wie Sie das sagen, was ich mir vorstellen kann, dann denke ich, daß wir gemeinsam aufgerufen sind, hier etwas weiterzubringen. Aber die falsche Richtung haben wir sicherlich bei uns in Österreich in einem zu großen Ausmaß noch in der rechtlichen Behinderung unserer Wirtschaft. Was helfen uns die Bauinitiativen und die Wirtschaftsinitiativen und sonstigen Initiativen, wenn wir das mit Bürokratie und Reglementierungsinitiativen wiederum eindämmen oder gar zu Fall bringen? Und ich möchte das nicht überstrapazieren, aber doch sind die Bestimmungen rund um den Dienstnehmerschutz, um die Arbeitszeit, um die Flexibilisierung, um das Betriebsanlagenehmigungsverfahren – hier sollten wir die Courage haben, Herr Heibl als Gewerkschafter, genauso seriös mit dem guten Willen wie bei der Bauinitiative sozial-

partnerübergreifend versuchen, die Dinge ins richtige Lot zu bringen. Ich darf eine OECD-Empfehlung zitieren, die hier zum Ausdruck bringt: „Die Europäer sollen beginnen, ihren Arbeitsmarkt und ihr gesamtes wirtschaftliches Leben zu deregulieren, und die Amerikaner sollten ihre Sozialaufwendungen erhöhen.“

Auch sollte man Beschäftigung eher subventionieren als Arbeitslosigkeit. Ich bin hier vielleicht, Herr Kollege Prutsch, bei Ihnen vom Arbeitsmarktservice, wir haben jetzt gerade die Diskussion um das Feldbacher Projekt, und ich denke rundherum, wir sollten die Prioritäten richtig setzen. Und Sie wissen es genau, in der Steiermark werden pro Tag vom Arbeitsmarktservice 11 Millionen Schilling in die Arbeitslosigkeit investiert. Und auf der anderen Seite feilschen wir hier um Beträge herum und bringen sinnvolle Dinge nicht weiter. Es müßte uns politisch gelingen, hier die Prioritäten zu verändern.

Ich schließe mit dem Appell, daß wir das Gute, das in unserem Lande vorangeht, auch sehen sollen und darüber hinaus jene Dinge, die nicht richtig vonstatten gehen, größtenteils sind das Bundesauflagen, daß wir uns auch als steirische Repräsentanten bemühen, mit unseren Partnern auf Bundesebene vehement zu diskutieren, daß auch dort die richtigen Weichenstellungen vorgenommen werden. Danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. – 16.31 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Kollege Dipl.-Ing. Vesko. (Abg. Tasch: „Das hat jetzt auch nicht gestimmt, du warst zuerst ganz hinten!“ – Abg. Vollmann: „Das haben Präsidenten so an sich!“)

**Abg. Dipl.-Ing. Vesko (16.31 Uhr):** Ich war an und für sich ganz vorne, ich habe nur warten müssen, bis ich jemanden finde, der mich oben ablöst. Und nachdem du das nicht machen konntest, habe ich bis jetzt warten müssen. (Abg. Tasch: „Dann wäre einmal ein Gescheiter oben gewesen!“)

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, mit viel Geduld habe ich vieles in der Zwischenzeit gehört, zum Teil sehr Interessantes, zum Teil doch einiges, das doch zu einer Diskussion Anregung bietet. Die Bauinitiative selbst, der Gegenstand des heutigen Tagesordnungspunktes, ist ein Bereich, den wir begrüßen. Ich glaube, daß die Maßnahme, die hier gesetzt wird, sinnvoll ist, und man kann nur hoffen, daß sie auch greift in dem Maße, wie wir uns das wünschen. Das bedeutet, daß in allen Bereichen, auch in der Verwaltung und überall, die damit verbundenen Intentionen eingehalten werden und somit ein Umsetzen dieses Modells möglich ist, weil sicherlich in allen Bereichen die Bauindustrie, die Bauwirtschaft immer der Indikator für einen Aufschwung ist, weil es doch in vielen Bereichen Folgewirkung hat und auf diese Folgewirkung wir ja auch im wesentlichen bauen müssen.

Zum Beschlußantrag des Abgeordneten Flecker bezüglich des Vorziehens der letzten drei Jahre des fünfjährigen Investitionsprogrammes sage ich durchaus vom Sinn her ja, nur, es ergibt sich bereits die erste Hürde darin, daß man hergeht und sagt, jawohl, aber wir müssen das an den Konvergenzkriterien vorbeischieben, weil wir ja keine zusätzliche Neuver-

schuldung haben können, weil wir ja gezwungen sind, Konvergenzkriterien zu erfüllen, und diese Kriterien bereiten nicht nur uns, sondern allen anderen gesellschaftlichen Körperschaften große Schwierigkeit, und ich kann mir nicht vorstellen, daß das so locker über die Bühne geht, wie es hier gelaufen ist. Kollege Brünner hat hier sehr ausführlich darüber referiert, und ich kann diese Meinung nur teilen. Nichtsdestotrotz soll man den Versuch unternehmen, möglichst viel in Bewegung zu setzen, weil all das, was man hier an Initiativen setzt und schlußendlich auch erfolgreich ist und dann auch im Zusatz dazu mehr Arbeit und mehr Arbeitsplätze, schlußendlich aber auch mehr Steueraufkommen und mehr Geld, das sich bewegt, in den Kreislauf einbringt, desto besser ist es, und man wird also Möglichkeiten und Diskussionen darüber zu führen haben, wie man, wenn möglich, beides erfüllen kann.

Daß wir im Zusammenhang mit den Wünschen aus den Regionen und mit den Wünschen aus dem Haus, den Wünschen der einzelnen Berufsgruppen eine Fülle von Vorstellungen haben, mag durchaus richtig sein. Es soll aber uns allen vorbehalten bleiben, solche Wünsche weiterhin zu hegen, und jede Region hat ihre Vorstellungen, und diese Vorstellungen beruhen ja nicht auf Jux und Tollerei, sondern präsentieren ja einen Katalog der Notwendigkeiten, die anzubringen wären, um das eine oder andere anzukurbeln oder den einen oder anderen Mißstand zu beheben. Richtig ist allerdings, und darauf legen wir großen Wert, und dazu soll man sich endlich einmal entscheiden, wenn man glaubt, dieses Land so diktatorisch regieren zu wollen, wie das derzeit der Fall ist, daß man die entsprechenden Prioritäten setzt, und danke, Kollege Brünner, auch da sind wir einer Meinung, diese Prioritäten sind zu setzen, und zwar nach jenen Maßnahmen, die es uns ermöglichen, auf der einen Seite mit dem bescheidenen Gerstl, wenn ich so sagen darf, noch auskommen können, und auf der anderen Seite ein größtmögliches Potential zustande zu bringen.

Es soll aber nicht dazu führen, daß wir jetzt alle die Hand aufhalten und sagen, Patschi gib, ich brauche Subventionen, ich brauche Hilfe, sondern wir sollen eigentlich - und das ist das Faszinierende an der Bauinitiative - einfach einen Katalysator setzen, der gar nicht so groß sein braucht, um andere Initiativen in Bewegung zu setzen. Das heißt, wir sollen Triebmittel sein. Es soll die Germ sein, die schlußendlich den Teig dann zum Gehen bringt und schlußendlich dazu führt, wenn man die richtige Temperatur erwischt, daß auch noch ein guter Kuchen daraus wird.

Und jetzt möchte ich noch die Fülle all der Projekte, die im Laufe des bisherigen Diskussionsbereiches angesprochen wurden, von meiner Warte aus betrachten, weil ich selbstverständlich auch die leidige Diskussion vom Semmeringbasistunnel bis zum Terminal Wernsdorf, der Koralmbahn, der Südostspange und alle anderen Wünsche an das Christkind, meine Damen und Herren, wenn Sie es so wollen, weil Sie es selbst so bezeichnet haben, herausnehmen. Nur, auch das sind Wünsche und Vorstellungen, die zum Teil berechtigt sind und unsere Unterstützung haben.

Nur, eines muß ich schon sagen, es kann einfach nicht angehen, daß der zuständige Minister kommt und sagt, ja, das ist jetzt alles anders, wenn wir eine

private Beteiligung kriegen, dann funktioniert es. Und diese Diskussion haben wir schon vor zwei Monaten, das heißt, die haben wir vor dem Sommer schon geführt, weil wir diese Mitteilung bekommen haben. Dann ist der große Herr Bundeskanzler gekommen und hat gesagt, man darf das alles nicht so ernst nehmen, wir werden das schon schaffen! Jetzt ist der Sommer vorbei, jetzt haben wir dieselbe Aussage wieder, und da sitzen sie alle wieder und schreien dasselbe Lied von vorher, es muß etwas gemacht werden. Wer glaubt denn den Herren in Wien noch ein Wort? Wer hat denn noch jene grenzenlose Naivität, Kollege Schrittwieser, den ständigen Märchenonkeln zu glauben? Wer hat sie denn noch? (Abg. Riebenbauer: „Den Wienern glauben alle nichts mehr!“)

Das heißt also, und jetzt sind wir wieder in der Situation. Ich bin überzeugt davon, Kollege Schrittwieser, daß der Herr Bundeskanzler bei passender Gelegenheit kommt und sagt, „selbstverständlich werden wir das alles regeln, und es braucht kein Mensch Angst haben, und wir werden alles versprechen“. Und wenn das nichts hilft, wird er einen Brief an die Pensionisten schreiben und wird dort lügen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist nur deine Einschätzung!“) Nein, das ist nicht meine Einschätzung, sondern das ist derzeit die Realität. Ich würde mich freuen, sage ich ganz offen, wenn es endlich so würde, daß das, was angekündigt wird, auch umgesetzt wird. Und zwar so umgesetzt wird, daß man nicht nur sagt, wir werden, sondern daß man auch tut.

Meine Damen und Herren in diesem Hause, Ihre Fraktionen haben draußen in Wien das Sagen, und mit dem Sagen ist auch das Tun verbunden. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Schrittwieser: „Wie gut für dieses Land, daß wir das Sagen haben!“)

Ja, selbstverständlich, darum geht ja so wahnsinnig viel weiter. Zwischen Sagen und Ansagen ist der faszinierende Unterschied. Und ihr habt das Wort „an“ noch nicht ablegen können. Nicht, weil ihr am Anfang steht, sondern weil ihr das Sagen noch nicht kennt.

Aber jetzt komme ich noch einmal auf das zurück. Wir haben das in allen Bereichen. Kollege Schrittwieser, ich glaube, es sind alle Sitzungen, Diskussionen, Meetings mit dem Komitee dort und mit dem anderen Komitee sinnlos und verschwendete Zeit, wenn wir dort permanent belogen werden. Weil wenn die Herren sagen, es geht momentan nicht, reden wir in zwei Jahren darüber, dann weiß ich, woran ich bin. Nur, eure Politik ist eine andere. Wichtig ist, daß wir etwas versprechen, unbedeutend ist, daß wir es erhalten müssen. Und das wird der Bürger euch nicht mehr abnehmen. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Schrittwieser: „Die letzte Nationalratswahl hat aber anderes gezeigt!“)

Ich weiß, selbstverständlich! Solche Briefe haben wir ja öfter gehabt. Weiß ich schon! Aber, Kollege Schrittwieser, der viel beredete Spaten des Herrn Klima, den hat er nicht einmal im September mitgehakt, wie wir den ersten Schneefall gehabt haben, weil der ist verlorengegangen. Er hat in der Zwischenzeit wahrscheinlich die Konsequenz gezogen und hat sich auf einen anderen Bereich zurückgezogen. Der neue Verkehrsminister wandert mit demselben Spaten herum, nur, es hat sich nichts geändert. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Er hat ihn nicht mehr! Ich habe ihn gefragt!“)

Er hat ihn nicht mehr, hast du ihn gefragt? Danke, das ist gut. Also er hat ihn nicht mehr, dann würde ich bitten, Kollege Schrittwieser, daß man ein Komitee ins Leben ruft, daß wir den Spaten wieder finden, damit wir endlich mit Werndorf anfangen können. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Kollege Vesko, nur ein Wort. Du warst selbst dabei in der Wirtschaftskammer, und der Herr Landesrat ist gefordert, die Wirtschaft wieder zu verpflichten, wo der Generaldirektor Draxler gesagt hat, dieses Terminal wird nur gebaut, wenn die Wirtschaft, die steirische, sich mit einbringt und das bestellt!“)

Danke, daß du das sagst, sonst hätte ich es vergessen. (Abg. Schrittwieser: „Seit September 1995 gibt es keine einzige Initiative in dieser Frage von seiten der steirischen Wirtschaft. Sie verlangen es nur von der ÖBB und vom Minister!“)

Darf ich dazu was sagen? Es ist sehr schön, wenn ich die Bundesbahn nehme und sage, so, das geht mich jetzt nichts mehr an. Ihr könnt, wenn ihr wollt, da etwas bauen, und wenn ich gut aufgelegt bin, dann werde ich dort auch vielleicht fahren. (Abg. Schrittwieser: „Das ist polemisch!“)

Nein, nein, das ist nicht polemisch. Ich war bei dieser Besprechung dabei. Und ihr wart selber genauso empört wie ich, nur mit dem Unterschied, daß es eben euer Genosse war, und nicht meiner. Ich habe meiner Empörung auch Luft machen können. Das war der Unterschied. Nur bitte, es kann nicht gehen, daß ich sage, jawohl, ihr tut, und wenn es mir dann genehm ist, weil dann muß ich nämlich den nächsten Schritt auch noch gehen. Er hat gesagt, im übrigen interessiert mich alles nicht. Mich interessiert auch keine Nebenbahn. Und mich interessiert auch das und das nicht. Mich interessiert nur eines, von Wien auf der Westbahn möglichst achtspurig, möglichst unterflurig dort hineinzufahren, weil das ist eine Cashflow. Da kann ich etwas verdienen.

Nur, die Versorgungspflicht, meine Damen und Herren, für die etwas abgelegenen Bereich unseres Landes, für die benachteiligten Bereiche unseres Landes, ob das jetzt bei der Energie ist, bei der Erreichbarkeit – sprich dem Verkehr – ist, ob es im Schulwesen ist und, und, und, die dürfen wir nicht dadurch abbeuteln, daß wir sagen, das geht mich nichts mehr an. Wir müssen also die Voraussetzungen schaffen. Und ich sage euch noch etwas, es kann aber auch nicht angehen, daß überall dort, wo die Versprechungen der Politiker des Bundes nicht funktionieren, dann das Land einspringen muß und sagen, wenn es ihr nicht zusammenbringt, dann machen es wir. Weil das – unter uns gesagt – können wir uns wirklich nicht leisten. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Wenn ihr die letzten Jahre zurückverfolgt, habt ihr bei vielen Bereichen mitgetan, wenn es um Verkehrsprobleme gegangen ist, und es ist nicht so oft. Seit der Ressel das Ressort hat, gibt es den Verkehrsverbund flächendeckend, gibt es den Nahverkehrsvertrag. Seit Jänner/Februar geht endlich etwas weiter!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Paierl „Bitte, Schrittwieser, das ist doch die billigste Methode. Wer hat denn das vorbereitet?“) Wo ist der bitte? Das einzige, was sich geändert hat, seitdem der Herr Landesrat Ressel Verkehrsverantwortlicher ist, daß du nicht mehr so laut schreist. Weil vorher hast du all

das, was du zu fordern gehabt hast, von den anderen gefordert. Aber nie jetzt, seither. Das ist ja das Wunderbare. Seit es in eurer Verantwortung ist, ist ja so alles in Ordnung, weil ihr nichts mehr sagt. Aber ich will ja gar nicht so polemisch werden. (Abg. Schrittwieser: „Der Verkehrsverbundvertrag ist unterschrieben; das weißt du!“)

Ich habe ja Verständnis dafür, daß du Probleme hast in deiner Region, weil sie ja dich angehen und fragen, was ist jetzt mit dem Verkehrsverbund. Du bist ja zwei Jahre gerannt wie die tibetanische Gebetsmühle und hast alle anderen an den Pranger gestellt. Jetzt ist der Schrittwieser ruhig geworden. Der einzige Schrittwieser, den man jetzt noch hört, ist der bei der Basketballmannschaft, weil er hie und da gewinnt. Das ist bei dir schon lange nicht mehr der Fall.

Aber, meine Damen und Herren, ich möchte nicht zu lange werden, daher möchte ich meine Wortmeldung abschließen. Wir können uns dann gerne weiter unterhalten. (Abg. Schrittwieser: „Das ist unrichtig! Du schmetterst die Leute an, und nicht ich. Das ist nicht die Wahrheit!“)

Nein, es ist nicht unrichtig, sondern es hat ein sehr großes Maß an Wahrheit, nur du siehst es ein bißchen anders.

Was ich noch dazusagen möchte, meine Damen und Herren, ist der Wirtschaftsstandort Steiermark. Meine Damen und Herren, wir haben gerade aus berufenem Munde gehört, daß in dieser Steiermark 50 Unternehmer neu geschaffen worden sind. Stellen wir dem gegenüber, was im heurigen Jahr an Arbeitsplätzen verlorengegangen sind, was an Unternehmungen durch Konkurse, Insolvenzen verschwunden ist, und stellen wir gegenüber, was das für Wertigkeiten hat. Alfinger im Ennstal geht verloren, Größenordnung mit allem, was rundherum ist, über 200 Arbeitsplätze. Herr Landesrat Paierl, da helfen 50 Software-Gurus und Hardware-Einmanningenieurbüro, die allenfalls ihre Gattin noch für den sekretariellen Teil miteinbeziehen, nicht, weil sie das, was an Potential verlorengeht, in keiner Weise aufwiegen. Ich muß zu dem 50er auch dazusagen, 50mal Arbeitsplatz. Und wenn ich 50 neue Arbeitsplätze schaffe und mir auf der anderen Seite Arbeitsplätze in den Tausenderpotenzen verloren gehen, dann kann es noch nicht so weit sein, daß wir die Jubelmeldungen, die wir in den Zeitungen lesen, und wir wissen ja, wie das bearbeitet und gesteuert wird und wann, zu welchem Zeitpunkt, die richtige Pressemeldung kommen muß und wann die richtigen Aussagen kommen müssen, meistens zu einer Wahl, nach der Wahl schaut es so wieder anders aus.

Aber ich glaube, daß wir mit den Maßnahmen, die wir hier diskutieren, nicht nur erreichen sollen, daß wir jetzt mit Zahlen jonglieren können, sondern wir müssen dafür sorgen, daß wir Voraussetzungen schaffen, daß ein Unternehmer oder ein junger Mensch sich auch traut, ein Unternehmen anzufangen. Und wenn ich mir die Hürden, die hier aufgebaut werden, und das sind bitte nicht nur die Hürden, die das Arbeitsinspektorat macht, oder die Hürden, die die Kammer macht, oder die Hürden, die eine Gewerbeordnung mit sich bringt oder was immer. Selbst das Finanzamt sagt, wir müssen einmal schauen, und ich möchte dem



nicht vorgreifen, was der Herr Landesrat heute noch sagen wird, weil ich annehme, daß er das selbst tun wird.

Es gibt in der Zwischenzeit Länder, die jenes deregulieren - und da bin ich wieder mit dem Kollegen Brünner, der die Deregulierung als eine Maxime für die nächsten fünf Jahre hier sieht, weil das die Hürden sind, die unsere Wirtschaft auch sehr wesentlich beeinflussen, und zwar negativ beeinflussen, daß wir die Rahmenbedingungen schaffen. Und das ist nicht nur mit den Lohnnebenkosten abgetan und mit all den Dingen, sondern da gehört viel, viel mehr dazu, daß wir diese Dinge schaffen, damit wir ein Klima schaffen, in dem sich Leute trauen zu investieren, und auch ein Klima schaffen, in dem nicht nur Österreicher sich trauen zu investieren, sondern auch Industriebetriebe aus dem Ausland wieder bereit sind, hierher nach Österreich und vor allem zu uns in die Steiermark zu kommen. (Abg. Vollmann: „Jetzt kenne ich mich aber nicht mehr aus. Zuerst redet ihr davon, daß wir Österreich ausverkaufen an fremde Betriebe, und jetzt sagst du, es wird wieder Zeit, daß welche hereinkommen!“) Ich habe nicht gesagt, daß wir ausverkaufen. (Abg. Vollmann: „Aber bitte schön, soll ich es dir vorlesen?“) Ich habe kein Wort vom Ausverkauf verloren, aber vielleicht hast du es bei einer Parteiveranstaltung von dir gehört, ich weiß es nicht, es ist mir auch egal.

Ich sage nur, mir geht es darum, daß ich hier Arbeitsplätze brauche und daß ich für unsere Leute hier Arbeitsplätze brauche, und diese Maßnahmen müssen wir setzen, und diese Voraussetzungen müssen wir schaffen. Wir brauchen nicht immer alles mit Geld machen, es genügt auch, wenn man ein entsprechendes Klima macht, und auf dieses Klima sollten wir uns losbegeben. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. - 16.48 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schleich (16.48 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn heute hier in der Debatte die Bauinitiative Steiermark abgeführt wird, dann geht es wohl darum, um Arbeitnehmer und natürlich auch um Arbeitsplätze. Und wenn ich zu einem Ereignis in unserem Bezirk dazu Stellung nehme, um vielleicht es auch hier im Landtag erörtern zu können, dann hoffe ich auch um Verständnis.

Es geht um das Langzeitarbeitslosenprojekt, wo 64 Langzeitarbeitslosen die Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß ermöglicht werden soll. Und zwar geht es hier um den ASB. 14 Millionen Schilling hätten in unsere Region fließen sollen, bezahlt von der EU, von AMS, Land und den Gemeinden, das heißt mit einem Stichwort die Region, denn Sie alle wissen wohl, daß sich für uns einiges verändert hat. EU-Gelder gibt es nur dann, wenn auch die Region dazu steht, das heißt, wenn der Investor vor Ort auch seinen Beitrag dazu leistet. Wir waren alle großer Hoffnung, daß wir eines dieser wenigen Projekte, die es in den Bezirken gibt, dies auch in Feldbach verwirklichen können.

Am 12. Juni war es auf der Tagesordnung des Sozialhilfeverbandes, daß die 800.000 Schilling aus der Region vom Sozialhilfeverband bezahlt werden. Warum vom Sozialhilfeverband? Wir hatten vorher ein Projekt, das hieß WAF, Wirtschafts- und Arbeitsmarktoffensive, wo 80 Prozent der damals von zwei Firmen arbeitslos gewordenen Menschen wieder eingegliedert werden konnten auf dem Arbeitsmarkt. Das heißt 80 Prozent, ich glaube, das ist eine hohe Quote, und damals haben die Gemeinden dies direkt bezahlt, und es hatten nur 27 Gemeinden daran teilgenommen. So glaubten wir, daß es besser sein wird, wir machen es über den Sozialhilfeverband, denn der Sozialhilfeverband ist ja der Verband der Gemeinden. Das heißt, die Gemeinden zahlen dort ihre Beiträge hinein und haben natürlich dadurch auch ihre Ansprüche. Und wenn jemand glaubt, oder wie es heißt, Feldbach will nur, weil sie mehr Arbeitslose haben, bei diesem Projekt nicht soviel zahlen, dann wissen wir alle, daß sich die Einzahlung aus einem Schlüssel zusammensetzt, der die Finanzkraft bestimmt. Und daß eine Stadt mit einer hohen Steuerkopquote wesentlich mehr zahlt pro Kopf und natürlich pro Einwohner wie eine Landgemeinde, ich glaube, damit gleicht sich das Ganze ja wohl auch mit Sicherheit aus. Aber es zeigt auch, daß bei diesem Projekt diese 64 Langzeitarbeitslosen natürlich aufgeteilt waren auf verschiedenste Gemeinden.

Ich bringe aber nur zwei Beispiele: In Feldbach waren 16 Arbeitslose, aus Gnas waren es 17, aus einer wesentlich kleineren Marktgemeinde. Ich glaube, das widerspricht wohl jener Meinung, wenn jemand glaubt, da hätte nur eine Stadt profitiert. In Wirklichkeit wäre das ein ausgeglichener Schlüssel, der sicher gewirkt hätte und jenen Gemeinden geholfen hätte, die finanzschwächer sind und vielleicht nicht so viele Arbeitsplätze in ihrer Gemeinde haben. Aber dies geht natürlich auch dahin weiter, daß wir hier die Möglichkeit schaffen wollten, den Menschen zu helfen, die es brauchen. Aber was ist passiert?

Drei Monate später nach diesem Beschluß am 12. Juni gab es wieder eine Sozialhilfesitzung, und was stand auf der Tagesordnung? Für uns fast unglaublich, wieder der Tagesordnungspunkt, bei dem es um dieses Projekt geht. Ein Bürgermeister, der nicht bei der ersten Sitzung war, hat dort den Antrag gestellt, diese Entscheidung, diese 800.000 Schilling zu zahlen, wieder herunterzunehmen. Ich fragte ihn warum. Seine Begründung war, die Bürgermeister wären überfahren worden. Aber ich möchte Ihnen auch das hier erzählen, wie das war. Dieses Projekt hat der Altbürgermeister von Feldbach, Fritz Luttenberger, der Stadt Feldbach vorgestellt, der bei der WAF damals Mitglied war, und er hat es empfohlen. Und viele der ÖVP-Bürgermeister haben es auch für gut empfunden, sonst hätten sie wohl damals, am 12. Juni, nicht einstimmig dafür gestimmt. Aber diesmal hat Nationalrat Fink die Verordnung erteilt, daß alle Bürgermeister dagegenstimmen müssen. Und ich glaube, daß das eine politische Verpflichtung war, die aber von einem Arbeitnehmervertreter, wie es der Nationalrat Fink ist, eine unmögliche Lösung und Tatsache war. Aber mit Verwunderung mußten wir feststellen, daß nur wir drei Bürgermeister der Sozialdemokraten dafür waren und ein Vizebürgermeister

der ÖVP, das hat mich natürlich auch verwundert, weil dies der Vizebürgermeister aus Auersbach ist, der Vertreter des Bürgermeistersprechers, der aber leider nicht anwesend war.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unser größter Appell war dort, nicht über etwas zu schimpfen oder etwas schlecht zu machen, und wer meine Wortlaute dort kennt, und sie sind ja im Protokoll, der weiß, daß ich höflichst appelliert habe, dies nicht zu tun und dieses Projekt nicht beim Fenster rauszujagen und auf dieses EU-Geld, wo auch die EU-Wahl vor uns steht und die Menschen sowieso Verständnis brauchen für die EU, zu verzichten.

Aber es ging noch weiter. Einen Tagesordnungspunkt später war das nächste Projekt, das nächste ÖVP-Projekt – ich muß es jetzt wirklich so nennen –, es nennt sich WICKI, an der Reihe. Und dieses Projekt war auf der Tagesordnung, um beim nächsten Vorstand behandelt zu werden. Hier geht es um ein Projekt der Kinderbetreuung. Wir haben uns sofort ausgesprochen, und das habe ich auch persönlich dort gemacht. Ich bin seit 1989 Mitglied im Sozialhilfverband und habe gesagt, daß wir dafür sind, daß wir das auch gut meinen, daß der Sozialhilfverband dort hilft. Aber ich habe einen Zusatzantrag eingebracht, daß auch jene bestehenden Projekte, ob sie Behinderungsprojekte oder andere sind, die jetzt nichts bekommen, vom Sozialhilfverband auch hier mitverhandelt werden.

Aber Sie glauben es nicht, was ich Ihnen jetzt sage. Es haben zwar zirka zehn ÖVP-Bürgermeister für mich mitgestimmt, weil sie auch der Meinung waren, das wäre fairer, aber die Mehrheit hat es abgelehnt, nur das eine Projekt, das eben politisch hier vorgezeigt wurde. Ich glaube, diese zwei Beispiele zeigen schon, daß das eine Projekt ja, das machen wir, und das andere Projekt, wo es um Arbeitslose geht, um Langzeitarbeitslose, die in Wirklichkeit, wenn sie nicht die Wiedereingliederung im Arbeitsmarkt finden, der Sozialhilfe zur Last fallen. Denn das sind genau jene, die in Wirklichkeit dann von der Sozialhilfe erhalten werden müssen. Und auch der Bezirkshauptmann hat dort bei der ersten Sitzung gesagt, bei der zweiten natürlich nicht mehr, wenn wir nur zwei, drei retten können, dann hat sich das schon bezahlt gemacht.

Ich kann nur eines machen, hier noch einmal wirklich appellieren, daß man von zuständiger Seite der ÖVP – und ich glaube, es ist ja kein Geheimnis, wenn ich es hier sage – vielleicht kein Machtwort spricht, aber zur Vernunft aufruft, denn es haben einige Bürgermeister bei dieser Sitzung gefehlt, die Befürworter waren und natürlich nicht dort waren, weil es ihnen schwergewollt wäre, dagegenguzustimmen. Ich glaube, so kann man das in Wirklichkeit nicht machen. Ich hoffe hier auf Vernunft in unserem Bezirk, denn es geht nicht nur um diese 64. Es geht um jene, die in Zukunft um ihre Arbeit bangen. Die nicht wissen, ob sie nächstes, übernächstes Monat noch eine Arbeit haben, ob sie dann eine Chance bekommen zur Wiedereingliederung.

Ich habe einen Schulfreund, der hat 25 Jahre bei einer Firma gearbeitet. Nach 25 Jahren ging die Firma in Konkurs. Der hat nach 25 Jahren als fleißiger Mensch Probleme, wieder eine Arbeit zu suchen, weil er nur gearbeitet hat, und nicht gelernt hat, wie man

das macht. Ich glaube, der muß auch eine Chance haben, in einem Wiedereingliederungsprozeß, wie er hier stattfindet, wieder Motivation, wieder Mut zu finden, eine andere Arbeit anzugehen, eine andere Arbeit zu suchen. Man soll diese Menschen nicht am Rande stehen lassen. In diesem Sinne appelliere ich wirklich, daß Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Abgeordnete, mit diesem Beschlußantrag von uns mitgehen.

Ich bringe folgenden Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schleich, Dr. Flecker, Prutsch Günther und Vollmann ein, betreffend die Förderung des „Arbeitsmarktpolitischen Selbstorganisationsprojektes“ (ASP) im Bezirk Feldbach.

Das „Arbeitsmarktpolitische Selbstorganisationsprojekt“ (ASP) im Bezirk Feldbach würde 64 Langzeitarbeitslosen einen Wiedereinstieg ins Berufsleben sichern, indem eine elfwöchige Berufsorientierung angeboten und dann individuelle Ausbildungspläne erstellt und abgearbeitet werden. Gleichzeitig würde mit interessierten Gemeinden die Vorbereitung für geeignete Beschäftigungsprojekte durchgeführt.

Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmarktservice Steiermark soweit vorbereitet, daß rund 3,3 Millionen Schilling an Fördermitteln der Europäischen Union lukriert werden könnten. Durch den Ausstieg des Sozialhilfverbandes Feldbach im Rahmen der Kofinanzierung fehlt dem Projekt für eine EU-konforme Förderung des „Arbeitsmarktpolitischen Selbstorganisationsprojektes“ (ASP) im Bezirk Feldbach aber die unbedingt notwendige Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden im Bezirk.

Um dieses Projekt doch noch mit EU-Mitteln fördern zu können, sollte die Landesregierung dafür sorgen, daß die Mehrheit der betroffenen Gemeinden als Kofinanzierer des Projektes auftritt.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, das zuständige Mitglied der Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das „Arbeitsmarktpolitische Selbstorganisationsprojekt“ (ASP) im Bezirk Feldbach durch die Zustimmung der Mehrheit der Gemeinden zur Schaffung von Arbeit für unser Land EU-konform gefördert werden kann.

Ich bitte um Zustimmung, danke! (Beifall bei der SPÖ. – 16.59 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Lopatka das Wort.

**Abg. Dr. Lopatka (16.59 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin leider gezwungen, in einigen Punkten zu den Ausführungen meines Vorredners schon einige Richtigstellungen vorzunehmen. Ich möchte vorneweg drei Punkte festhalten. Es ist unrichtig, daß aus parteipolitischen Gründen vom Abgeordneten Fink beziehungsweise von ÖVP-Bürgermeistern versucht worden ist, hier ein Projekt zu verhindern.

Das zweite, der Antrag, der hier im Hohen Haus eingebracht worden ist, hat in Wirklichkeit hier nichts verloren, nämlich dann, wenn wir Gemeinde-

autonomie ernst nehmen. Weil es ist nichts leichter als das, wenn das Land hier beschließt, was die Gemeinden zu bezahlen haben.

Der dritte Punkt: Die Förderung und die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen und die dafür vorgesehenen Mittel aus dem Arbeitsmarktservice beziehungsweise auch aus Geldern der EU sind kein parteipolitisches Monopol irgend einer Partei, sondern haben eben – das ist richtig von der grundsätzlichen Intention her – im Einvernehmen mit den Verantwortlichen der betreffenden Region eingesetzt zu werden. Nirgends ist festgelegt und auch aus dem Gesetz nicht abzulesen, daß das der Sozialhilfeverband sein muß. Ich werde das auch anführen, es gibt genug Projekte in der Steiermark, wo das anders sehr gut geregelt wird, auch zum Beispiel in meinem eigenen Bezirk.

Ich möchte hier schon etwas weiter ausholen, weil dieser Vorwurf nicht im Raum stehenbleiben darf, daß die Gemeinden im Bezirk Feldbach nichts zugunsten von Langzeitarbeitslosen beitragen wollen. Gerade in kleinen Gemeinden wird oft mit großem persönlichem Einsatz der Bürgermeister, der Gemeindeverantwortlichen versucht, Verbesserungen für die Situation von Arbeitslosen herbeizuführen. Und es hat hier in Feldbach schon ein Projekt gegeben, das ist auch angeschnitten worden, nur ist nicht alles gesagt worden, nämlich diese Regionalstiftung 1994. Finanziert wurde damals diese Regionalstiftung nämlich nach einem Schlüssel, anteilmäßig nach der Anzahl der dort wohnhaften Arbeitnehmer, und nicht nach dem Umlageschlüssel des Sozialhilfeverbandes.

Nur, jetzt gilt das plötzlich nicht mehr. Damals zahlte dann die Stadt Feldbach 160.000 Schilling, weil eben dort 18 Prozent der Arbeitnehmer in dem Bezirk wohnen. Zum Beispiel Riegersburg zahlte 54.000 Schilling, und weil von dir die Gemeinde Auersbach – glaube ich – erwähnt worden ist, die hat damals 16.500 Schilling gezahlt. Diese Regionalstiftung hatte großen Erfolg. Es ist sogar Geld übriggeblieben, was dir auch bekannt sein dürfte. (Abg. Schleich: „Aber du weißt wahrscheinlich nicht, daß das auch politisch zurückgezogen wurde, sonst hätten wir jetzt 500.000 Schilling. Das war mein persönlicher Vorschlag!“)

Dann ist der Vorschlag gekommen vom Verein Wirtschafts- und Arbeitsmarktoffensive Feldbach, und nicht von der ÖVP, wieder ein Projekt durchzuführen, diesmal für Langzeitarbeitslose. Und ich zitiere jetzt aus einem Brief des Obmannes Reinhard Puffer vom 2. Mai dieses Jahres an die Gemeinden, wo er folgendes sagt: „Die voraussichtlichen operativen Kosten, die eben von den Gemeinden zu tragen sind, werden 872.025 Schilling betragen.“ Diese Summe, die jetzt auch durch die Medien bekannt ist. Und jetzt kommt der entscheidende Punkt: Er sagt, und der Vorstand des WAF, nämlich diese Wirtschafts- und Arbeitsmarktoffensive Feldbach, kurz „WAF“ genannt: „Der Vorstand des WAF hat sich zu folgender Vorgangsweise entschlossen und schlägt vor, daß nur jene Gemeinden einen Beitrag zu den operativen Kosten bezahlen, aus denen auch Arbeitslose am ASP teilnehmen.“ Genau das ist die Ansicht vom Nationalratsabgeordneten Fink und auch die Ansicht der Bürgermeister im Bezirk Feldbach, der Mehrheit der Bürgermeister im Bezirk Feldbach. (Abg. Schleich:

„So kannst du das nicht sehen, lieber Freund, die haben einstimmig beschlossen!“)

Da war keine Rede von der Finanzierung durch den Sozialhilfeverband. Ich komme schon noch zum Beschluß. Da sollte ein System zur Anwendung kommen, das auch in Bereichen bei solchen Maßnahmen seitens der Gemeinden erfolgreich umgesetzt worden ist. Es waren dann ÖVP-Gemeinden, die Gemeinderatsbeschlüsse gefaßt haben, um für diese Vorgangsweise eine Finanzierungszusage abzugeben, wie sie von der WAF gefordert worden ist. Einen solchen Beschluß hat es in der Stadt Feldbach nicht gegeben, und wenn ich richtig informiert bin, auch in deiner Gemeinde nicht gegeben, Abgeordneter Franz Schleich. (Abg. Schleich: „Die haben einstimmig mitbeschlossen!“) Aber sehr wohl in den ÖVP-Gemeinden, damit nicht gesagt wird, daß hier keine Bereitschaft da war, mitzubezahlen. Und jetzt kommt man mit dem Argument, das geht ja nicht, daß die Gemeinden auf Grund dieses Schlüssels mitzahlen, der Datenschutz. Ist schon eigenartig! Der Abgeordnete Schleich ist hier heraußen gestanden und hat genau die Zahlen der Gemeinden gewußt, nämlich die Zahlen der Arbeitslosen. (Abg. Schleich: „Keine Namen!“)

Genau, und darum geht es mir. Wenn keine Namen auftauchen, gibt es auch kein Problem im Datenschutz. Genau du hast den Beleg dafür geliefert. Genau das wollte ich sagen. Daß es selbstverständlich geht mit dieser Abrechnungsmethode, ist ja auch bei der Arbeitsstiftung 1994 gegangen.

Man muß es nur wollen. Aber wenn der Wille fehlt, kann ich das vorschieben. (Abg. Schleich: „Weißt du, daß ein Bürgermeister brieflich geschrieben hat, daß er die Namen haben will!“)

Nein, das weiß ich nicht. Es geht ja hier, ob dieses System möglich ist oder nicht. Dieses System ist möglich, daß die Gemeinden auf Grund der Zahl der Arbeitslosen, die sie haben, ihren Beitrag leisten.

Es hat dann am 13. Juni diese Sozialhilfeverbandsitzung stattgefunden. Dazu muß man aber auch eines sagen: Auf der Tagesordnung ist gestanden, der Obmann des Vereins WAF stellt das Projekt vor. Es ist kein Wort davon gestanden, daß es dort schon zu einer Beschlußfassung kommen sollte. Es ist dann dem Feldbacher Bürgermeister Deutschmann gelungen, die Bürgermeister zu überrumpeln, indem er einen Antrag gestellt hat und so diesen Beschluß herbeigeführt hat. Ich war lange genug Geschäftsführer eines Sozialverbandes. Auch wir haben Beschlüsse geändert im Sozialverband, ohne daß das für große Aufregung gesorgt hätte, weil die Bürgermeister draufgekommen sind, daß es eine bessere Lösung gibt. Das ist auch in Feldbach passiert. Der einzige Grund ist der, und ich sage es noch einmal, daß es natürlich sehr einfach ist, auf Kosten kleinster Gemeinden, die dann keinen Groschen zahlen müßten, weil sie eben keine Betroffenen haben, aber im Sozialhilfeverband müßten auch die ärmsten Gemeinden mitzahlen. Das Mißverhältnis zwischen der Stadt und den Kleinstgemeinden ist nirgendwo so kraß wie im Bezirk Feldbach.

Die Stadt Feldbach, dank der Arbeit von Bürgermeister Harmtodt und anderen Bürgermeistern, hat eine Steuerkraftkopfquote von 14.141 Schilling, liegt damit an der Spitze der Steiermark, während der Bezirk nicht einmal die Hälfte dieser Steuerkraftkopfquote

erreicht mit 7040 Schilling. Hier geht es darum, findet auch innerhalb eines Bezirkes hier eine solidarische Vorgangsweise statt oder müssen ärmste Gemeinden, die in dem Fall nicht betroffen sind, der reichen Stadt Feldbach auch noch etwas dazuzahlen. Ist das gerecht? Diese Frage wird man wohl stellen dürfen. Es geht nicht darum, hier ein Projekt zu verhindern, sondern es geht darum, zu einer Lösung zu kommen, die nicht von der ÖVP, sondern von dieser Gruppe WAF, die von der SPÖ sehr unterstützt wird, vorgeschlagen worden ist – eine Vorgangsweise, die sich 1994 auch bewährt hat. Daher meine Bitte: Sachlichkeit wird uns immer mehr in Sozialfragen zum obersten Gebot werden müssen, und nicht rückwärts Forderungen an Abgeordnete, die bemüht sind, zu einer sachlich richtigen Lösung zu kommen.

Lassen Sie mich hier noch eine grundsätzliche Frage anschneiden, die wir hier sehr ernst einmal diskutieren sollten. Auch bei uns in der Steiermark werden in arbeitsmarktpolitischen Selbstorganisationsprojekten und in AMS-Projekten zweistellige Millionensummen eingesetzt. Da stellt sich für mich die Frage, ob es dann nicht auch erlaubt ist, hier nach der Effizienz von solchen Projekten zumindest fragen zu dürfen, ohne daß man sofort als asozialer und gewissenloser Schurke hingestellt wird, der gegen Langzeitarbeitslose, gegen arme Menschen etwas hätte. Ich nenne ein Beispiel aus meinem Bezirk, wo ich mich frage, ob eine solche Methode sinnvoll ist. Nun soll bei uns im Bezirk, Sigi Herrmann wird es wissen, eine neue Arbeitsmarktinitiative gestartet werden, wo Frauen zu Tagesmüttern ausgebildet werden. Nichts dagegen einzuwenden, wenn nicht gleichzeitig folgendes passierte: Auch bei uns im Bezirk werden Frauen, die vor Jahren über das Arbeitsmarktservice zu Tagesmüttern ausgebildet worden sind, gleichzeitig gekündigt. Sie werden dann wiederum zu arbeitslosen Tagesmüttern, müssen Arbeitslosengeld beziehen und kommen dann vielleicht wiederum in die nächste Umschulungsinitiative. Ist das sinnvoll, wenn ich in einem Bezirk schon arbeitslose Tagesmütter habe, wieder ein Projekt zu starten, um noch einmal Tagesmütter auszubilden? Das ist nur ein Beispiel, ich könnte aber noch andere Beispiele nennen. Hier müssen wir sehr aufpassen, und da habe ich ein großes Bauchweh, ich sage es Ihnen ganz offen.

Es kommen wieder Milliardenbeträge aus der EU über den europäischen Sozialfonds in die Steiermark. Wo können wir hier mitreden? Wo kann hier die Landesregierung mitreden? Das ist zu 100 Prozent eine Angelegenheit des Sozialministers. Wissen Sie, wie das in Deutschland ist? In Deutschland können selbstverständlich die Bundesländer mitreden, selbstverständlich, denn in vielen Bereichen ist auch das Land gefordert mitzuzahlen, beinahe in allen Bereichen. Über diese Fragen sollten wir auch diskutieren. Und da lasse ich mich nicht in irgendein Eck stellen, wenn ich auch die Frage nach der Effizienz solcher Projekte stelle, und wenn ich auch dafür eintrete, daß wir die Gemeindeautonomie ernst nehmen. Die Milliarden des Arbeitsmarktservice geben dem Arbeitsmarktservice nicht das Recht, den Gemeinden, den Regionen vorzuschreiben, wie sie sich an diesen Projekten beteiligen. Das geht nicht. (Abg. Günther Prutsch: „Glaubst du das wirklich selber, was du sagst?“) Ja, ich weiß, du

bist in diesem Bereich beschäftigt, Kollege Prutsch. (Abg. Günther Prutsch: „Du bist ein Christlichsozialer; wenn es vor allem um Arbeitslose geht, meldet ihr euch komplett ab!“)

Genau das Gegenteil ist der Fall. In der SPÖ-Bezirkshauptstadt Feldbach gibt es keinen Beschluß, hier mitzuzahlen. Kollege Schleich hat in seiner Gemeinde keinen Beschluß, während andere ÖVP-Gemeinden die Beschlüsse gefaßt haben. Es geht nur um die Gerechtigkeit des Systems. 1994 hat auch das System gefaßt. Auch bei uns im Bezirk Hartberg ist zwischen den ÖVP-Gemeinden gestritten worden, als es um die Finanzierung gegangen ist, auch bei der Arbeitsstiftung, weil auch die reichere Stadt Hartberg lieber den Kopfschlüssel nach der Einwohnerzahl gehabt hätte, als einen Schlüssel, wo auf die Steuerkraft abgestellt wird. Und das sind Fragen, die die Gemeinden selbst zu entscheiden haben, und wo nicht von außen her die Gemeinden zu einer Vorgangsweise gezwungen werden sollen.

Ich darf noch einen Bereich hier anschneiden, den Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds – nur mit einigen Sätzen: War sicherlich gut gemeint. Ich habe von vornherein gesagt und kann es anhand von einem halben Dutzend von Aussendungen belegen, daß dieser Fonds von vornherein eine Fehlkonstruktion war. Warum? Wir können stolz darauf sein, daß wir ein dichtes soziales Netz haben, einerseits die Sozialhilfe, andererseits eine Reihe anderer Sozialleistungen, ob das Arbeitslosengeld ist, ob das Notstandshilfe ist, ob das unsere Pensionsregelungen sind. Und hier sozusagen systemfremd einen Fonds einzusetzen, das kann dann nur so enden, wie es bei uns mit diesem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds geendet hat, nämlich daß man nach einem Jahr draufkommt, daß man das Geld nicht ausgeben konnte. Warum? Entweder stelle ich auf die soziale Bedürftigkeit ab und auf das, was die Menschen bei uns im Land für ihre Arbeit verdienen. Und da sage ich Ihnen eines: Es können jetzt ruhig noch Zusatzanträge kommen, um Sonderlösungen zu finden für Personen, die gerade auf Grund einer starken Gewerkschaft hohe Kollektivvertragslöhne gehabt haben und auch entsprechend hohe Pensionen haben und daher jetzt ein Vielfaches von dem haben, was zum Beispiel alle Arbeitnehmerinnen bei der Firma Triumph in Hartberg verdienen. Glauben Sie, daß diese Frauen das verstehen, daß sie für harte Fließbandarbeit natürlich nichts aus diesem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds bekommen, aber wir daneben wieder eine Sonderlösung finden, wo wir unsere Richtlinien außer Kraft setzen – in Judenburg ist das so geschehen – und wo dann Personen, aus welchen Gründen auch immer, aus diesem Fonds zusätzliche Mittel bekommen, obwohl sie schon ein Vielfaches an Familieneinkommen haben, wie andere Frauen, die hart arbeiten müssen und die zwischendurch sogar, um ihren Arbeitsplatz zu sichern, in Kauf nehmen müssen, daß sie unbezahlt in den Urlaub geschickt werden, weil die Firma eine Woche einfach eine Pause einlegen muß, weil die Aufträge fehlen. Hier müssen wir sehr aufpassen, daß wir uns nicht zu Fehlentwicklungen gegenseitig hier durch Anträge, die wir Sitzung für Sitzung stellen, weiter verleiten.

Daher mein Vorschlag an die Landesrätin, die momentan nicht anwesend ist, aber wir haben morgen zu Mittag die Gelegenheit, weil wir eine Sitzung haben, was den Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds betrifft: Setzen wir uns zusammen, und denken wir nach, ob es der sinnvollere Weg ist, in jeder Landtags-sitzung für eine Einzelgruppe Sonderanträge einzu-bringen, bis wir das Geld dann letztendlich irgendwie verbraucht haben, oder ob wir nicht nachdenken sol-len, ob wir zu einer anderen, zu einer besseren Lösung kommen. Das Geld soll ruhig im Ressortbereich von Landesrätin Rieder bleiben, denn sie hat genug Bereiche, wo sie bitter notwendig das Geld braucht in ihrem Ressort, aber ob wir nicht zu einer besseren Vor-gangsweise kommen als zur jetzigen, daß wir Sitzung für Sitzung für Einzelgruppen hier Anträge stellen.

Daher zum Schluß, Kollege Schleich, dich direkt ansprechend: Mein Ersuchen ist hier, es zur Kenntnis zu nehmen, daß Sozialpolitik nicht das Monopol einer Partei ist. Jede Partei, die hier im Landtag vertreten ist, in unterschiedlicher Art und Weise, will hier einen Bei-trag leisten, daß wir gemeinsam zu guten Lösungen kommen. Sozialpolitik wird in den nächsten Jahren ein sicherlich viel schwierigeres Terrain, als es in den letz-ten Jahren der Fall war. Daher sollte alles von uns unternommen werden, daß wir wieder zu einer ge-meinsamen Vorgangsweise zurückkommen.

Mein Vorschlag: Diskutieren wir einmal im Sozial-Ausschuß, gerade was die Mittel aus der Europäischen Union betrifft, wie wir hier als Landtag, aber auch die Regierung, in Zukunft stärker eingebunden sind, denn wir werden nie die Mittel haben, die über den ESF ins Land kommen und das Arbeitsmarktservice zur Ver-fügung hat. Wir werden aber immer gebeten werden, einen viel kleineren Teil zu leisten und dazuzuzahlen. Da sollten wir auch zumindest mitreden dürfen, wenn wir schon dann letztendlich nicht die Entscheidung treffen können, wie die Mittel dann eingesetzt werden. Das wollte ich hier sagen. Ich bitte auch die SPÖ, hier die Sachlichkeit in den Vordergrund zu stellen, und nicht mit Unterstellungen zu arbeiten. (Beifall bei der ÖVP. – 17.16 Uhr.)

**Präsident:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung und daher außer der Reihe erteile ich dem Herrn Abgeord-neten Schleich das Wort.

**Abg. Schleich (17.16 Uhr):** Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Geschätzte Kollegen!

Lieber Kollege Lopatka, zum Schluß die Art, die war schon angenehm, daß wir gemeinsam etwas machen sollen, und ich glaube es dir auch, daß du es so ge-meint hast. Aber über die Tatsache im Bezirk Feldbach warst du nur informiert, und anscheinend nicht richtig. Und daher bin ich auch hier zur tatsächlichen Berichtig-ung und muß ein paar Dinge ausbessern, denn ein jeder kann es so verstehen, wie er glaubt, und es schaut so aus, wie wenn ich das Falsche hier kund-gehan hätte. Ich glaube, das kann man jetzt wirklich klarlegen.

Wenn ich zum WAF zurückgehe, das war das erste Projekt, das sehr erfolgreich war, so wie du auch gesagt hast, wo nicht der Sozialhilfverband bezahlt hat, sondern die Gemeinden. Da kamen 27 Beschlüsse

von 55 Gemeinden zusammen. Die anderen haben nicht bezahlt, hatten aber auch in ihren Gemeinden Arbeitslose. Das sagt nicht, daß die anderen keine Arbeitslosen gehabt haben, aber man konnte sie dazu nicht zwingen. Und dadurch waren die anderen eigentlich indirekt die Geprellten, die haben bezahlt. Das waren aber ÖVP-Gemeinden, die nicht bezahlt haben. Das muß ich auch sagen. Beim zweiten jetzt, beim ASP, ging vom Obmann natürlich der Brief raus, das war die erste Idee, wieder das gleich zu machen wie vorher, weil beim WAF ist dann Geld übrig-geblieben, zirka 500.000 Schilling. Diese 500.000 Schilling wurden dann an die Gemeinde zurück-bezahlt, wo wir appelliert haben, sie sollen es im Fonds lassen, in der WAF.

Für das nächste Projekt wäre schon ein Geld hier, wir hätten nur mehr 300.000 Schilling gebraucht. Zu diesem Zeitpunkt – ich will es anders nicht nennen – war auch eine Aufforderung vom Nationalrat Fink, das so zu machen, er hat es auch in der Öffentlichkeit so gemacht, ist ja kein Geheimnis, ist ja wohl eine politi-sche Aufforderung. Dann geht es um das Projekt der ASB. Der Obmann schreibt an die Gemeinden, das war der erste Vorstoß, die Gemeinden sollen zahlen, jene, die was haben. (Abg. Dr. Lopatka: „Der Vorstand hat den Beschluß gefaßt!“)

Der Obmann im Namen des Vorstandes, wenn du es so haben willst, ist kein Problem, natürlich waren Feld-bach, Bairisch-Köllndorf und Leitersdorf – wenn du jetzt uns ansprichst als sozialdemokratische Gemeinden, bereit, hier zu zahlen. Wir haben noch keinen. Be-schluß gehabt, denn einen Beschluß hatten nur jene Gemeinden, die gerade schon die Gemeinderats-sitzung auf der Tagesordnung hatten, die haben natür-lich sofort beschlossen, das hätten auch wir gemacht, wenn wir gerade eine gehabt hätten, und inzwischen kam aber der Aufruf, daß man sich geeinigt hat, daß das auf die Sitzung des Sozialhilfverbandes kommt, weil das ja der Verband ist, wo alle Gemeinden rein-zahlen, und zwar nach der Finanzkraft. Du hast vorher schlecht zugehört. Nach der Finanzkraft, da zahlt die Stadt Feldbach, weil sie immer so eine hohe Kopfquote hat, wie du sagst, die Vorgänger haben die gemacht, natürlich wesentlich mehr. Und glaubst du nicht, daß das ein Vorteil ist für die kleineren Gemeinden? Was macht eine kleine Gemeinde, die 500 oder 1000 Ein-wohner hat und hat zehn Arbeitslose, und die müßte für zehn bezahlen. Dann brauchst du keine Autover-sicherung, brauchst dein Haus nicht versichern lassen, der Bauer braucht keine Hagelversicherung, weil wenn er Pech gehabt hat, muß er momentan zahlen, und er ist weg. Du gefährdest deine kleinen Gemein-den mit deiner Aussage. So kann man nicht vorgehen, und so ist es in Wirklichkeit auch nicht. Ich wollte das wirklich hier richtigstellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit bin ich auch schon fertig mit der tatsächlichen Berichtig-ung. Ich glaube, wir müssen auf etwas wieder zurück. Man soll eine ausgleichende Art finden. Da ist der Sozialhilfverband der richtige, weil er ist auch der betroffene. Wenn der keine Arbeit hat, und jede Gemeinde hat ein, zwei Langzeitarbeitslose, die in Wirklichkeit schon zum Sozialhilfverband gehören und nicht in Wirklichkeit zur Arbeitsmarktverwaltung. Gerade um jene zu schützen und um diese Kosten

nicht zu übernehmen, wäre das ein guter Schlüssel gewesen. Ich könnte jetzt auch sagen, misch dich bei uns nicht ein in dieser Sache. In Wirklichkeit haben dort 55 Bürgermeister oder jene, die anwesend waren, einstimmig im Juni beschlossen, daß sie damit einverstanden sind. Und drei Monate später, weil der Aufruf gekommen ist, haben sie nichts mehr gewußt davon und haben gesagt, das muß ein anderer Schlüssel sein, der die kleinen Gemeinden gefährden würde. Ich glaube, das wäre nicht nötig gewesen, einen Beschluß nach drei Monaten umzuschmeißen, schon im Interesse jener, die derzeit keine Arbeit haben, oder jener, die in Zukunft arbeitslos sein werden. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 17.20 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

**Abg. Korp (17.20 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren!

Franzi Schleich, du hast schon recht, ich erinnere mich unwillkürlich an einen Ausspruch von der rechten Seite dieses Hauses, der da irgendwann einmal geläutet hat: „Miteinander reden, aufeinander hören und dann gemeinsam handeln!“ Wenn das auch in diesem Projekt so geschieht, dann würde denen, die davon betroffen sind, sicherlich sehr geholfen sein. Das, eine sehr persönliche Feststellung dazu.

Verehrte Damen und Herren, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, das hat einen einfachen Grund: Eine Wirtschaftsdebatte sollte meiner Meinung nach nicht ohne Lehrlingsthematik abgehen. Hier geht es um die Jugend, und das ist einfach ein so wichtiges Thema. Ich bin eigentlich dankbar dafür, daß Vordredner dieses Landtages bereits darüber kurz in wenigen Sätzen aus ihrer Sicht der Dinge dazu gesprochen haben. Erlauben Sie mir zu diesem Thema, das der Herr Mag. Hohegger als Wirtschaftssprecher seiner Fraktion als vielstrapaziert bezeichnet hat, ich denke mir jetzt einmal so frei von der Leber weg, die Jugend muß für uns hier im Hohen Haus immer ein Thema sein, das man gar nicht oft und viel genug strapazieren kann, und speziell in der Lehrlingsthematik geht es einfach darum, daß man den jungen Leuten Perspektiven eröffnet, daß man ihnen Zukunftshoffnung gibt, und wir hier, die wir hier sitzen, da muß es wohl einem jeden von uns ein Anliegen sein, hier etwas weiterzubringen, wenn ich das einmal so salopp formulieren darf.

Es ist in der letzten Zeit zu diesem Thema in der Tat sehr viel gesagt worden von den verschiedensten Stellen, und ich bin eigentlich stolz darauf, daß wir als Sozialdemokraten hier im steirischen Landtag schon lange vor vielen Monaten, entsprechende Vorschläge, Anträge in der Sache zu diesem Thema eingebracht haben, weil wir glauben zu wissen, wovon wir hier reden. Wir haben ständigen Kontakt mit sogenannten Lehrlingsausbildnern, vor allem auch mit industriellen Lehrlingsausbildnern, die tagtäglich mit jungen Leuten zu tun haben und die also wirklich wissen, wo es eigentlich hier langgehen sollte. Und die in einer sehr deutlichen Sprache immer wieder aufzeigen, woran es liegt. Es liegt einfach darin, daß die Lehre, die vor 20 Jahren noch geboomt hat, inzwischen

zukzessive nach unten gegangen ist. Ich selber komme ja bitte aus einem Bezirk, wo 70 Prozent im Vergleichszeitraum des Vorraumes mehr Lehrstellen-suchende sind, und im Gegenzug dazu faßt ebensoviel Prozent weniger offene Lehrstellen. Das sind einfache Dinge, die unter den Nägeln brennen, und wenn man hier als Mandatar dieses Hauses dazu nicht Stellung bezieht, dann ist man wahrscheinlich fehl am Platz. Ich sage das in dieser Deutlichkeit und Offenheit.

Es ist – wie ich schon erwähnt habe, und ich wiederhole mich hier wohl – zunächst einmal der Kostenfaktor, die spitze Feder, die hier in den letzten Jahren eine besondere Rolle gespielt hat. Und es liegt wohl auch am System selbst, und hier ist meiner Meinung nach einfach der Hebel anzusetzen. Es ist – glaube ich – auch wichtig zu erwähnen hier, daß man einfach verhindern muß, daß es zu einer Verschulung der Lehre kommt. Ich denke, daß das sicher nicht der richtige Weg ist. Es ist nicht gut, so auch meine persönliche Erfahrung, und reden Sie auch mit Leuten, die davon etwas verstehen, die werden das bestätigen können, daß Theorie ohne Praxis bepaukt wird, das heißt, ich bin einfach persönlich ein Verfechter des dualen Ausbildungssystems. Verstehen braucht einfach Zeit und entsprechende Vergleichsmöglichkeiten. So ist es einfach. (Beifall bei der SPÖ.)

Verehrte Damen und Herren! Ich möchte auch – weil ich gesagt habe, ich bin gegen eine Verschulung der Lehre – hier ganz deutlich und klar sagen, mit Lehrerbeschäftigungspolitik, bei allem Respekt vor den Berufsschullehrern, wird man das Lehrlingsproblem nicht in den Griff bekommen. Denn wenn in Berufsschulen die gleiche Zahl von Berufsschullehrern noch gegeben ist und nur mehr die halbe Zahl von Lehrlingen, dann ist das ein Faktum, dem man Rechnung zu tragen hat.

Und wenn man hier von Lobbyisten aus allen möglichen Ecken und Seiten Vorschläge, wie Ausbildung in einem Block und so weiter, hört, um diese Zunft abzusichern, dann hat man genau denen, denen man helfen will, nämlich der Jugend, überhaupt keinen Dienst erwiesen. Das ist auch meine ehrliche Überzeugung: Woran liegt es eigentlich? Wo mangelt das System? Und da wären aus meiner Sicht der Dinge ein paar kurze Punkte anzuführen.

Das sind einmal die hier schon erörterten Berufsbezeichnungen. Aber man hat hier im Bund schon Maßnahmen getroffen, diese sind aber noch zuwenig. Sie sind von den Inhalten her noch viel näher zu durchleuchten. Bezeichnungen, wie der Starkstrommonteur, sind einfach out. Das gibt es heute nicht mehr, und das ist zu vergessen. Wir brauchen, um in dieser Elektrobranche zu bleiben, Bezeichnungen, wie Kommunikationselektroniker, Industrieelektroniker. Das klingt ganz anders. Und da sind interessanterweise, und so ist es nun einmal, die Eltern viel lieber bereit, ihre Kinder in eine Lehre zu schicken, wenn sie allein dieses Wort hören. Das ist etwas, was ich immer wieder in Gesprächen vernehmen darf. Weil Lehrlinge heute, junge Menschen, mit dieser rasend fortschreitenden Technik klar überfordert sind, muß man natürlich auch das ganze System, die Lehrpläne, ent-rümpeln.

Ich habe hier schon einmal das deutsche System der Flächenausbildung erwähnt, verehrte Damen und Herren. Das funktioniert seit einem Jahrzehnt bestens. Warum gehen wir nicht her und orientieren uns danach ein bißchen? Wie oft schreiben andere von uns etwas ab. Ich weiß schon, das betrifft den Bund, aber man kann auch im steirischen Landtag sehr deutlich und klar darüber sprechen. Das hieße bei einer dreieinhalbjährigen Lehre Fachausbildung zwei Jahre Grundausbildung, um diesen ganzen grundsätzlichen Dingen in dieser Breite und Komplexität Rechnung zu tragen, ein weiteres Jahr Fachausbildung und ein halbes Jahr Spezialausbildung. Das sind die Dinge, die uns sehr helfen könnten, um dieses komplexe System insgesamt entsprechend in den Griff zu bekommen. Schade, daß Kollege Hochegger nicht da ist, ich sage aber hier noch einmal in der Deutlichkeit, was den Lehrlingsausbildungsfonds betrifft.

Verehrte Damen und Herren! Jetzt frage ich wirklich, was gibt es denn bitte Gerechteres, als daß man jene Betriebe, die nicht bereit sind, aus welchen Gründen immer, junge Leute auszubilden und damit für junge Menschen etwas zu tun, daß man denen sagt, dann geht wenigstens her und zahlt in den Fonds hinein. So ist es einfach. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann einfach nicht verstehen, daß man genau diese Klientel schützen will, die dann hergehen und von anderen ausgebildete Facharbeiter mit ihrem Geld Ausgebildete heranziehen und für ihren Betrieb verwenden. Die sollen auch ihren Beitrag leisten, selbstverständlich. Und ich kann einfach nicht verstehen, daß die Wirtschaft sich hier so sträubt. Verehrte Damen und Herren, es sind zu diesem Tagesordnungspunkt noch sehr kompetente Damen und Herren zu Wort gemeldet. Ich möchte daher Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Das sind einfach die Dinge, die mich berühren. Ich sage immer wieder, eine Gesellschaft, die die Jugend aufgibt, die gibt sich selbst auf. Und das sollten wir uns nicht leisten. (Beifall bei der SPÖ. – 17.29 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Posch das Wort.

**Abg. Posch (17.29 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich hätte mich an sich nicht mehr gemeldet, wenn ich mich nicht schon am frühen Nachmittag gemeldet hätte. Ich glaube, daß speziell zum Thema Bauinitiative in einigen Wortmeldungen doch das Wesentliche gesagt worden ist. Ich werde aber versuchen, in aller Kürze zur Initiative, ableitend zum Bezirk Liezen, einige Gedanken noch zu sagen, die noch nicht gesagt worden sind.

Vorweg möchte ich festhalten, daß ich grundsätzlich dieser Bauinitiative positiv gegenüberstehe. Es gibt jedoch einige Gedanken und Gesichtspunkte, von denen ich glaube, daß man sie herausarbeiten muß. Ich bin positiv eingestellt und sage dies, obwohl ich den meisten wirtschaftlichen Eingriffen, Lenkungsversuchen und dergleichen durch die öffentliche Hand durchaus skeptisch gegenüberstehe. In der Vergangenheit haben die meisten staatlichen Eingriffe, wohl gutgemeint, zumeist nur eine Verlängerung der Leiden eines Wirtschaftspatienten, jedoch sehr oft keine

Heilung gebracht. Traurige Beispiele aus unserem Bezirk über die Jahre drüber – die ehemalige VÖEST, Bauknecht, Firma Servas, bis zuletzt aktuell Palfinger – haben dies ja gezeigt. (Hätte man seinerzeit unsere Norikum nicht umgebracht, hätten wir heute diese Debatte aus der Sicht unseres Bezirkes überhaupt nicht.) Leider ist es auch heute so, daß Unternehmen nicht anstehen, mit dem Weggehen (Standortverlagerung Richtung Osten) zu drohen, wenn die Förderungen nicht fließen. Das verstehen die Menschen nicht. Fördern, Weggehen und dann letztendlich von dort wieder Handeln. Da stimmt etwas nicht. Das ist für die meisten Leute nicht verständlich und gerade für uns aus dem Bezirk am Beispiel Palfinger nachvollziehbar, aber eben nicht verständlich.

Ich habe jedoch bei aller angeführten Skepsis eine positive Einstellung zur Bauinitiative und zum vorliegenden Antrag im gesamten. Auch bin ich dem SPÖ-Antrag, der nachfolgend für den Bezirk Bauvorhaben auflistet, genauso positiv gegenübergestellt und unterstütze ihn. Bei der Bauinitiative wurde heute schon einmal ein Satz erwähnt, den ich nur als Nebensatz hier mitnehme. Die Winterarbeitszeit oder die Winterarbeit ist sicherlich auch durch eine Initiative aus klimatischen Gründen und von den verschiedensten Arbeiten her im Zusammenhang mit dem Klima, mit der Temperatur nicht per Gesetz zu verordnen und nicht in jedem durchzuführen. Ich möchte bei dieser Gelegenheit ein bißchen in den Bezirk kommen und einige Probleme und Punkte beleuchten, die im Bezirk Liezen vor einiger Zeit zur Debatte gestanden sind oder zur Debatte stehen, und anhand von zwei Sichtweisen, wie es in der letzten Zeit im Bezirk in der Presse sehr stark sichtbar war, darstellen, wobei die grundsätzliche Haltung zu den Problemen im Bezirk durchaus auch zum Land ausgetauscht werden kann, und einige Beispiele sind im Bezirk oder im Land ebenso anwendbar.

Vorweg möchte ich sagen, ein paar Bemerkungen von mir werden irgendwo auch in Richtung Arbeitslose und die Situation im Bezirk sein. Ich sage es vorweg, Bezirk Liezen ist gemeint, es steht mir kein Urteil zu, was in Feldbach ist, und ich keine Äußerung, wie auch immer, dorthin abgebe. Damit möchte ich gleich vorweg Mißverständnisse in dieser Richtung vermeiden. Unser Bezirk zeichnet sich durch eine Vielfalt von Industrie, Gewerbe, Landwirtschaft, Fremdenverkehr aus. Das bringt einerseits verschiedene kompliziertere Probleme und Anforderungen, aber auch mehrere Standbeine und Chancen. Wir haben neben anderen Sorgen in erster Linie Probleme mit der Bauwirtschaft und damit verbunden auch eine stärkere Arbeitslosigkeit. Ich stelle meinen Ausführungen voran, es ist um jeden Arbeitslosen zu viel, der arbeiten will und nicht kann. Derzeit hat man jedoch das Gefühl, daß aus manchen Bereichen damit eine Katastrophenstimmung erzeugt wird, die nicht den Tatsachen entspricht. Sorge um die Entwicklung ist gut und wichtig, aber nur negative Meldungen bringen auch dort eine schlechte Stimmung, wo sie nicht notwendig ist. Es werden vielfach nur die fleißigen Unternehmer und deren Dienstnehmer zusehends verunsichert. Katastrophenmeldungen, noch dazu überzogene, gefährden den positiven Prozeß, den man ja letztlich einleiten und unterstützen will. So ist es ja

nicht, weder im Bezirk noch im Land, daß man eigentlich nur der Katastrophe das Wort reden muß. Persönlich kenne ich eine Reihe von Betrieben aus meinem beruflichen Umfeld aus den verschiedensten Branchen, die durchaus ausgelastet sind. Der Satz „Die Guten haben Arbeit“ gilt nicht ganz, aber er gilt vielfach und er beleuchtet sicher nicht das gesamte Spektrum.

Es gibt Betriebe, die Mitarbeiter bräuchten, aber keine bekommen – eigenes Beispiel im eigenen Ort. Ein großer Forstbetrieb bräuchte Leute, chancenlos, denn sie kommen nicht, auch wenn die gleichen tagsüber spazieren gehen. Es gibt Arbeitslose, die sagen, interessiert mich überhaupt nicht, denn jetzt nütze ich einmal alles aus. Es gibt aber viele, speziell aus dem Palfinger Bereich, dort ist das Beispiel gemeint, die arbeiten schon wieder, haben Umschulung und bemühen sich sehr um einen Arbeitsplatz. Letztlich einige Uninteressierte, steirisch gesagt „verhauen“ jedoch den Guten die Stimmung. Es gibt Gebiete, wie bei uns – Gesäuse, Admont –, die haben durchaus steigende Nächtigungszahlen und steigende Tendenzen im Fremdenverkehr. Gerade beim Fremdenverkehr sind die Katastrophenmeldungen kontraproduktiv. Ich bekenne mich zu dem vorliegenden Vorhaben bis zur Bezirksliste, ersuche jedoch, damit keine Panikmache durchzuführen.

Ein zweiter Umstand stimmt mich nachdenklich, und ich möchte meine Gedanken dazu ebenfalls darlegen. Bei allem Verständnis für eine umfangreiche Wunschliste quer durch den ganzen Bezirk – durch das ganze Land, könnte man es auch sagen, ich bleibe beim Bezirk –, bleibt das Gefühl, daß mancherorts einfach mit einer Wunschliste an das Christkind gearbeitet wird. Den Begriff habe ich heute schon einmal am Nachmittag gehört. Manche werfen mit ein paar 100 Millionen um sich, ohne zu bemerken oder bemerken zu wollen, was im Staate los ist. Ich sehe darin eine große Gefahr, denn alles wird auch für uns nicht erreichbar sein. Es liegt die Gefahr jedoch in einer überzogenen Wunschliste, die dann nicht erfüllbar ist, und daher frustrierte und enttäuschte Menschen überbleiben. Damit das nicht eintritt, sollten Projektlisten mit allem, was gut und teuer ist, nicht hemmungslos durch die Tagespresse gejagt werden, was der Fall war und was durchaus meine Beispiele ein bißchen aufzeigen sollen. Manche der Vorhaben sind nicht einmal in der eigenen Umgebung unumstritten, einige sind schlicht und einfach nicht machbar, und alles gleichzeitig wird nicht finanzierbar sein.

Damit am Ende einer Entwicklung nicht bei vielen die Resignation steht, ist vor allem die realistische Machbarkeit zu hinterfragen. Hier möchte ich die Frage unseres Abgeordneten Hohegger im letzten Ausschuß nochmals in Erinnerung bringen und dem nachstoßen und das Ersuchen an die Landesregierung und vor allem an den Finanzreferenten richten, ein realistisches Finanzkonzept darüber zu stellen. Ich weiß auch, daß eine Wunschliste einfach drüberliegen muß, damit man wenigstens einiges erreicht. Wenn diese Liste jedoch um viele 100 Millionen – nur auf den Bezirk bezogen – über der realistischen Budgetsituation liegt, dann sollte man in Zeiten wie diesen die Menschen damit nicht täuschen wollen. Ein Großteil

glaubt diese Ankündigungen ohnehin nicht so richtig. Das Ergebnis ist jedoch, die Menschen gehen halt ein andermal, wo es realistischer wäre, auch nicht mehr so richtig mit. Die Politiker versprechen ja nur.

Weil das wirtschaftliche Thema schon am Tisch ist, einige Punkte, die uns im Bezirk besonders wehtun, einige Schwerpunkte, ohne wirklich eine vollzählige Auflistung hier vornehmen zu können und zu wollen. Zum einen ist es die Mautentwicklung.

Die Mautentwicklung bringt ungleiche wirtschaftliche Chancen für Betriebe innerhalb unserer Gebirgsregionen, zu denen außerhalb, die es ohnehin leichter haben. Es ist die Verkehrsfrage Ennstal. Ich betone die Verkehrsfrage Ennstal. Hier fehlt eine Gesamtlösung. Einzelne Kreuzungen und auch die Ennsnahe Trasse sind Details, aber keine Lösung der Probleme im gesamten Ennstal. Die Frage muß geklärt werden, sollen wir im gesamten Bereich eine Transitschneise zwischen den beiden Autobahnen werden, dann muß man es sagen. Ursprüngliche Planungen vor Jahrzehnten haben dies ja seinerzeit so vorgesehen. Oder wird dabei zuviel zerstört, dann muß man wohl den Transit aussperren und die landwirtschaftlichen Fahrzeuge von der Bundesstraße bringen und dafür auch eine Ersatzlösung anbieten. Eine Mischvariante, von allem ein bißchen, wird nicht gehen und vor allem die Probleme nur verlängern und nicht lösen. Ich möchte bei der Ennsnahen Trasse kein Öl ins Feuer gießen. Unabhängig vom unterschiedlichen Wunschbild, eine rasche Beendigung der juristischen Streitereien muß das Ziel sein, eine Entscheidung, die in das zu findende Gesamtkonzept paßt, sollte hier den Vorrang genießen.

Verkehrsanbindung schlechthin ist das Problem, aber die Verkehrsanbindung in erster Linie nach außen in Richtung Pyhrnautobahn, Autobahnanschluß Oberösterreich und auch in den deutschen Raum, Eisenbahnschienenverbindungen, wobei einfache Fahrplanänderungen zugunsten des unteren Ennstales wahrscheinlich mehr brächten, einfacher und schneller umsetzbar wären wie andere große Projekte. Betriebsansiedlungen, die in unsere landwirtschaftliche Fremdenverkehrsstruktur passen, positive Beispiele, die angestrebt werden, Fachhochschule Rottenmann, Raumberg, Gründerzentrum Liezen, eine Giftmüllverbrennung in Trieben wird das wohl nicht sein.

Ein gutes Beispiel aus jüngster Zeit, Naturpark Eisenwurzen der Gemeinden im Gerichtsbezirk St. Gallen, eine Initiative, die dort aus den Gemeinden gewachsen ist und hier wirklich ein sehr gutes Ergebnis gebracht hat und eine Zukunftschance, die heute schon bei einer Anfrage beantwortet wurde, Nationalpark Gesäuse. Aufbauend auf den Naturpark Eisenwurzen könnte dieser Nationalpark für alle Gebiete rund um das Gesäuse ein Leitprojekt ungeahnten Ausmaßes sein. Hier hoffe ich auf eine gute gemeinsame Linie aller im Landtag vertretenen Parteien, deren Abgeordneten und zu Hause auf die Bürgermeister. Derzeit werden Projektkosten von in etwa 30 Millionen Schilling, davon ein Viertel für das Land, geschätzt. Diese Summe müßte angesichts der Millionen, die anderswo durch den Bezirk gehandelt werden, eigentlich aufbringbar sein. An 7,5 Millionen Schilling dürfte so eine Zukunftshoffnung nicht scheitern dürfen.



Ich fasse nochmals mit einigen Schlagwörtern zusammen: Ich habe eine positive Einstellung zum Projekt Bauinitiative, eine positive Einstellung zur vorliegenden Bezirksliste der SPÖ. Warum? Bei aller Skepsis ist das sicherlich derzeit das einzig Richtige, aber keine Katastrophenstimmung. Das schadet nur den vielen Fleißigen, die etwas erreichen wollen. Aber nicht nur den Riesenprojekten nachlaufen, bei deren Scheitern alles oder nichts ein Riesenloch bleibt, sondern viele kleine Vorhaben quer durch die Gemeinden stützen, ist nicht so spektakulär, aber auf Dauer sicherer und wirksamer. Daher ist vor allem vorher ein realistisches Finanzkonzept zu erstellen, mit dem wir gemeinsam als Motor für die wirtschaftliche Entwicklung im Bezirk sowie im Land arbeiten können. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 17.41 Uhr.)

**Präsident:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Vollmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Vollmann (17.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Die Problematik der Wirtschaftsdebatte entwickelt sich ansonsten immer erst um die Weihnachtszeit, wenn es gilt, das neue Budget zu beschließen, wenn wir drei Tage hier sitzen, miteinander reden, die verschiedensten Probleme zwei Tage lang wälzen und im Endeffekt für den Bereich Wirtschaft kaum Zeit haben und jeder seine Wortmeldungen dann noch zurücknimmt. Ich freue mich darüber, daß wir diesmal ein bißchen mehr Zeit haben, weil noch nicht die Budgetdebatte ist und weil es in einen Bereich und in eine Zeit hineinfällt, die – so scheint es für uns – eine sehr wichtige ist.

Ich möchte aber meinen Teil der Wirtschaft auch in jenen Teil teilen, wo meine Vorredner bereits gemeint haben, daß Wirtschaft nicht allein nur Arbeit ist und Erzeugung, sondern auch Voraussetzung, um diese Leistungen zu erbringen. Es haben sich meine Vorredner bereits zum Teil mit dem Semmeringtunnel und mit der Semmeringbahn beschäftigt. Meine Damen und Herren, das Spiel, das hier unser Nachbar betreibt, ist ein fürchterliches. Ich sage das mit jenem Unterton, weil ich glaube, daß es wirklich so ist.

Es hat der Herr Prof. Brünner zum Anlaß genommen, ein Gutachten der Technischen Universität Wien, das sich auch in meinem Besitze befindet, zu zitieren, das aufgetaucht ist anlässlich der Enteignungsfrage in Niederösterreich und der Entscheidung des Herrn Bundesministers Scholten, wobei ich bemerken darf, daß wir das Gutachten erst nach oftmaligem Intervenieren erhalten haben. Wir wissen, wer das Gutachten erstellt hat, aber es trägt nicht einmal eine Unterschrift. Es ist nur auf dem Papier der TU Wien geschrieben. Aber der Prof. Knoflacher macht ja in seinen Diskussionen in Niederösterreich und in anderen Bereichen kaum einen Zweifel davon, daß es von ihm ist. Nur, er versteigt sich in diesem Gutachten in Aussagen, die mich innerlich sehr treffen, meine Damen und Herren. Auf der Seite 5 dieses Gutachtens der Technischen Universität Wien heißt es: „Staatspolitik ist heute im Kontext mit Europa zu sehen. Österreich ist der EU beigetreten, und die EU plant,

finanziert und baut eine parallele Eisenbahnlinie durch Slowenien und Ungarn, was aus verschiedenen Gründen zweckmäßig und logisch ist, um den Gütertransport aus Polen, Tschechien, Slowakei, Rußland und den neuen deutschen Bundesländern sowie den östlichen Teilen von Skandinavien zur Adria zu erleichtern.“ Und dann versteigt er sich dazu: „Ein staatspolitisches Interesse ist daher aus dieser Sicht, nämlich aus der Sicht aller anderen Länder, nicht gegeben, den Semmeringtunnel zu bauen.“ Und er begründet das auch und sagt: „Auch muß heute kein peripheres Gebiet mehr von Wien aus kontrolliert werden, auch wenn die Steiermark großes Interesse bekundet, sich wirtschaftlich dem Zentrum unterzuordnen, was die logische Konsequenz einer besseren Anbindung an das Zentrum ist. Mit einer besseren Anbindung wird das Mürztal wirtschaftlich nur verlieren und der Zentralraum Wien gewinnen. Dies kann kaum im öffentlichen Interesse sein und vor allem nicht im Interesse Niederösterreichs und Wiens.“ Ich glaube das gerne, meine Damen und Herren, denn im Interesse Niederösterreichs und Wiens ist nur eine Investition von 44 Milliarden, nämlich der Ausbau in den Osten.

Und wenn man sich anschaut, daß bei diesem sogenannten eisenbahnrechtlichen Verfahren oder Enteignungsverfahren, wie es heißt, elf Grundeigentümer betroffen sind, wobei ein Grundeigentümer nur wirklich betroffen ist, denn der soll ein Stück seines Grundstückes hergeben, alle anderen sind nur sogenannte Tunnelservitute beziehungsweise Überdeckungen, die zwischen 25 und, man höre, 130 Metern liegen, also 25 und 130 Meter unter diesen Grundstücken soll der Tunnel durchgehen, wobei die Grundstücke an ihrer Oberfläche überhaupt nicht berührt werden, sondern nur darunter der Tunnel durchgehen soll. Wer hier noch Verständnis hat, meine Damen und Herren, für diese Einsprüche, dann frage ich wirklich, ob die Leute noch ganz normal sind. Ich sage aber auch dazu, und ich schließe nicht aus, daß die Frage der Ostspange zu sehen ist. Es gibt hier eine Argumentensammlung, die wir in den vielen Jahren unserer Tätigkeit für diesen Semmeringtunnel zusammengestellt haben, der ja nicht nur die Fragen der Alternativen des Nahverkehrsausbaues berührt, sondern natürlich auch darüber hinaus die Frage der Südostspange. Klar und deutlich ist hier einmal festzustellen, daß es sich bei der Südostspange um ein langfristiges Vorhaben mit einer Verkehrswirksamkeit handelt, die weit nach dem Jahre 2000 erst eintreten wird, das heißt also gar kein Verzicht auf diese Südostspange. Wir brauchen sie wahrscheinlich sogar, um zukünftige Verkehrsströme erfüllen zu können, aber ihre Wirksamkeit wird, so sagen alle Experten, da sind sich alle einig, kaum vor dem Jahr 2020 oder 2030 liegen, weil die Zeit nicht nur der Ablösen, und wir wissen alle, wie das vor sich geht, so lange dauert, sondern natürlich auch die ganzen vorbereitenden Maßnahmen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus ist noch zu beachten, daß der Semmeringbasistunnel keinesfalls ein Aus für die Spange und für die Semmeringbahn bedeutet. Es gibt auch hier eine Garantie, meine Damen und Herren. Ich glaube, man muß auch einmal ganz trocken sehen, daß die alte Ghega-Strecke, wie

sie heute immer genannt wird und die auch Herr Prof. Brünner genannt hat, in ihrem Ausbau mehr kostet als der Semmeringbasistunnel überhaupt. Es kostet nach den Berechnungen ein Ausbau der Ghoga-Strecke im erforderlichen Ausmaß 7,6 Milliarden Schilling, nämlich wenn die Viadukte auf jene Breite und Höhe ausgelegt werden, daß man auch Lkw-Transporte, die auch geplant sind, um sie von der Straße wegzubringen, machen kann.

Meine Damen und Herren, das den Semmering basierende Güteraufkommen wird bis zum Jahre 2010 um 65 bis 135 Prozent zunehmen. Wer da noch glaubt, daß das eine Straße oder die derzeitige Semmeringbahn allein bewältigen kann, der ist sicherlich ein Träumer. Aber, meine Damen und Herren, um das, was es wirklich geht, ist, wir brauchen eine schnelle Entscheidung. Diese schnelle Entscheidung können wir als Landtag allein gar nicht herbeiführen, sondern wir müssen darauf vertrauen, und ich sage das ganz bewußt, wir müssen darauf vertrauen, daß unsere Minister und daß diese Regierung so schnell als möglich diese Entscheidung treffen, und wir fordern sie auch ein. Wir fordern sie als Steirer ein, diese Entscheidung. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Heute wurde von vielen meiner Vorredner die Frage der Wettbewerbsfähigkeit in der Frage der Arbeit in den Vordergrund gestellt. Wettbewerbsfähig werden wir nur dann sein, wenn es uns gelingt, die Arbeitskosten insgesamt in einem Ausmaß zu beherrschen, wie es notwendig ist. Aber die Arbeitskosten als Arbeitsstunde allein treiben das Unternehmen nicht in den Ruin, meine Damen und Herren. Ich habe mir die Statistik des Kreditschutzverbandes angeschaut, wo der Kreditschutzverband bemerkt, daß 86 Prozent der Insolvenzen hausgemacht, also vom betroffenen Unternehmer selbst zu verantworten sind und daß die Frage der Personalkosten einen immer geringer werdenden Anteil an den Gesamtkosten ausmachen. Ich lese nur vor, was hier steht. Bereits 1990 lag der Personalkostenanteil inklusive Lohnnebenkosten der österreichischen Industrie im Durchschnitt nur mehr bei 25,7 Prozent, in etlichen Branchen sogar unter 15 Prozent, und diese Tendenz sei fallend.

Meine Damen und Herren! Die internationalen Studien kommen übereinstimmend zu dem Ergebnis, daß der entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Unternehmensführung nur dann gegeben ist, wenn die Faktoren der Ausbildung, Weiterbildung und Lohnkosten stimmen, weil natürlich mit entsprechender Bildung auch dann der Bereich der Kosten eher beherrscht werden kann. Zwischen 1980 und 1990, so sagt diese Studie, hat sich Österreichs Position bei den Lohnstückkosten in der Industrie gegenüber den Handelspartnern jährlich um 0,7 Prozent verbessert. Nur im vergangenen Jahr, also 1995, sind die Kosten geringfügig gestiegen gegenüber den Vergleichsländern, und das ist auf die Aufwertung des Schillings zurückzuführen. In Deutschland haben die Arbeitskosten um 25 Prozent höher zugenommen als in Österreich im gleichen Zeitraum.

Jetzt weiß ich schon, meine Damen und Herren, daß es unser Bestreben war, an dieses europäische Niveau heranzukommen, und daß die Frage der Wettbewerbsfähigkeit eine besondere war. Aber sie war nicht an

den Lohnkosten und Arbeitskosten in diesem Sinne gesehen, sondern an der Abwertungs- oder Hochzinspolitik, die man mit dem Schilling betrieben hat, nämlich in der Parität der Währungen des Schillings zur D-Mark, zum Dollar, zur Lire und zu allen anderen, die sie finden. Ich empfehle auch jedem, einmal den Artikel der „Zeit“ zu lesen, wo es heißt, „wenn der Profit zur Pleite führt“. Man möge diesen Artikel einmal studieren.

Meine Damen und Herren! Es ist auch heute von den Arbeitslosenziffern und von den Beschäftigten gesprochen worden. Die Statistik des Jahresdurchschnittes 1995 sagt, daß im Jahre 1995 im Durchschnitt 3.068.186 Millionen Beschäftigte und 215.716 Arbeitslose waren, das heißt also 6,6 Prozent. Im August 1996, ein anderes statistisches Material liegt mir noch nicht vor, gab es 3.130.694 Millionen Beschäftigte, 189.899 Arbeitslose und eine Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent. In der Steiermark waren das zum gleichen Vergleichszeitraum 410.745, 36.522 oder 8,2 Prozent, nämlich 1995, und im August 1996 422.243 Beschäftigte, 30.183 Arbeitslose vorgemerkt und eine Arbeitslosenquote von 6,7 Prozent.

Meine Damen und Herren! Wir haben im Grunde genommen keinen Grund, alles krankzujammern. Wir haben mehr Beschäftigte, wir haben weniger Arbeitslose. Ich sage aber dazu nicht, daß nicht jeder Arbeitslose, den wir zu verzeichnen haben, einer zuviel ist. Jeder einzelne ist einer zuviel.

Meine Damen und Herren, damit möchte ich auch den Übergang zu dem machen, was ich im Endeffekt als Beschlußantrag einbringen möchte. Wir haben den Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds geschaffen, um Härten, die entstehen, auszugleichen und helfen zu können. Darauf kommt es uns an, und das wollen wir auch gemeinsam. Ich freue mich, daß wir dazu auch die Koalition in diesem Sinne in Österreich bewegen konnten. Ich sage aber dazu, auch wenn wir heute diesen Beschlußantrag einbringen, dann kann es nicht so sein, daß wir damit die Bundesregierung und den Sozialstaat aus seiner Verantwortung entlassen. Wir haben alles zu tun, um in diesem Belastungspaket ungerecht vorgenommene Kürzungen, auf die sich die Menschen verlassen konnten, zu beseitigen. Wir werden nicht müde werden, in allen Parteien, so hoffe ich, das von den Verantwortlichen zu fordern, und wir tun das ja bereits. Ich glaube auch, meine Damen und Herren, wir haben, wie bei der Frage der Kapfenberger oder obersteirischen Notstandshilfe- oder Gnadenpensionsbezieher, wie es immer wieder heißt, einen Erfolg zu verzeichnen, wenn wir gemeinsam diesen Weg gehen und diesen Weg auch wollen.

Ich möchte gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages folgenden Beschlußantrag der Abgeordneten Vollmann, Purr, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Lopatka, Gennaro, Fußwald, Gross und Beutl, betreffend die Unterstützung der von der neuen Regelung bezüglich vorzeitiger Alterspension Betroffenen, einbringen.

Durch das Strukturanpassungsgesetz wurde eine Novellierung des ASVG dahin gehend vorgenommen, daß die Altersgrenze zur Erlangung der vorzeitigen Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit für Männer von 55 auf 57 Jahre hinaufgesetzt wurde. Davon betroffen sind vor allem Langzeitarbeitslose,

die im Vertrauen auf bestehende Regelungen aus ihren Betrieben ausgeschieden sind. Durch die neue Gesetzessituation müssen diese massive Einkommensverluste hinnehmen, da sie praktisch zwei Jahre länger auf eine Leistung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes angewiesen sind.

Die antragstellenden Landtagsparteien sind daher beim Bund vorstellig geworden und drängen auf die Lösung dieses Problems einvernehmlich. Eine solche kann durch die neuerliche Novellierung des ASVG gewährleistet werden.

Sollte der Bund den Forderungen nicht nachkommen, sind für Betroffene Mittel aus dem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds des Landes zur Verfügung zu stellen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens an den Bund mit der Aufforderung heranzutreten, dafür zu sorgen, daß die für die Langzeitarbeitslosen durch das Strukturangepassungsgesetz geschaffenen Verschlechterungen behoben werden und zweitens für den Fall, daß die Bundesregierung dieser Forderung nicht entspricht, vorhandene Mittel aus dem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds des Landes zur Verfügung zu stellen.

Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. - 17.57 Uhr.)

**Präsident:** Als nächste hat sich zu Wort gemeldet Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Bleckmann** (17.57 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus!

Es sind jetzt schon einige Beschlußanträge eingebracht worden, und ich sage der Reihenfolge nach etwas dazu.

Der erste Antrag war der von den Kollegen der SPÖ bezüglich der Haushaltsjahre 1996/97 und des Sonderinvestitionsprogramms. Ich habe mir genau angehört, was der Kollege Flecker gesagt hat. Er hat gesagt, die Finanzierung hat sich nach den Umsetzungen zu richten, nicht nach den Budgettranchen. Es darf keine Bremse in der jährlichen Tranche geben. Und das ist für mich, auch wenn es der Kollege bestreitet, ein Unterlaufen des Einjährigkeitsprinzips, das ja auch gesetzlich festgeschrieben ist. Hier wird umgangen, daß das Budget einjährig festgeschrieben ist, und man will hier über Jahre hinaus schon Schulden hineinnehmen, weil man weiß, daß das nicht finanzierbar ist. Und das, was damit auch unterlaufen wird, ich glaube, das muß auch einmal deutlich gesagt werden, daß durch dieses Hinausschieben der Schulden, die Möglichkeit geboten wird, die Konvergenzkriterien zu erfüllen. Wenn ich es anders formuliere, heißt das, dadurch, daß wir auf Grund der Konvergenzkriterien, die uns die EU vorschreibt, nicht in der Lage sind, weitere Schulden zu machen. Das heißt, wir sind nicht in der Lage, Investitionen zu machen, weil wir dadurch mehr Kredite aufnehmen müßten, und das heißt also, daß wir nicht in der Lage sind, Wirtschaftspolitik zu machen, zusätzliche Investitionen zu machen auf Grund der EU, auf Grund der Konvergenzkriterien, die wir ja einhalten müßten. Und das muß bitte auch deutlich gesagt wer-

den. (Beifall bei der FPÖ.) Und wenn der Antrag jetzt so gestellt wird, daß es heißt, ein Ausgleich der Neuverschuldung soll innerhalb des vorgesehenen Fünfjahreszeitraumes erfolgen, dann heißt das genau das, daß die Schulden über das Jahr 1998 hinausgeschoben werden. Dann kann Österreich, weil man hofft, dann die Maastricht-Kriterien zu erfüllen, und in der Währungsunion mit dabei zu sein, daß man dann wieder anfangen kann, die Verschuldung weiter voranzutreiben. Das ist genau die Intention dieses Antrages. Und das ist der Grund, warum wir hier nicht mitgehen können. Denn es kann nicht sein, daß wir hier Budgetunwahrheit betreiben. Denn wenn wir das Geld für dieses Sonderinvestitionsprogramm nicht - wie es der Herr Landesrat Ressel gesagt hat in der Anfragebeantwortung in der Fragestunde - aus Veräußerungserlös, nicht aus Rücklagenauflösung und nicht aus Umschichtung erhalten können, dann muß ehrlich gesagt werden, dann muß auch der Finanzreferent einmal ehrlich sagen, es kann dieses oder jenes nicht mehr durchgeführt werden, weil eben das Geld nicht vorhanden ist. Aber jetzt einfach Schulden zu machen auf Kosten derer, die vielleicht einmal nach uns hier im Landtag sitzen werden, die das dann vertreten müssen, das halte ich nicht für richtig. (Beifall bei der FPÖ.)

Zum zweiten Beschlußantrag, der vom Kollegen Vollman gestellt worden ist, über den Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds, da möchte ich vorausschicken, es freut mich, daß hier die Sozialdemokraten auf unseren Zug aufgesprungen sind.

Und wenn es dann noch heißt, es wird von den Verantwortlichen eingefordert, daß die Versprechen eingehalten werden, da danke ich recht herzlich, weil das ist das, was wir seit den Nationalratswahlen immer wieder von Ihnen fordern, daß Sie die Versprechen einhalten. (Abg. Schrittwieser: „Hat er gemacht!“) Und ich sehe schon ein, daß Sie sagen, Sie müssen zur Bundesregierung hingehen und dort verlangen, daß die Versprechen eingehalten werden. Bei uns ist es so, daß die Klubobmänner im Bundesvorstand mit dabei sitzen, da gibt es Möglichkeiten, mit den Kollegen aus dem Bund zu sprechen. Der Landeshauptmannstellvertreter wird ja wohl auch irgendeine Funktion im Bund haben. Und da frage ich mich schon, warum ist es nicht dort schon möglich, wenn es so wichtig ist, daß diese Versprechen auch eingehalten werden, das vor Ort direkt einzufordern. Denn vorher haben wir ja gehört, ihr seid die, die entscheiden. Bitte, dann tut auch einmal was, und sagt euren Leuten, daß sie die Versprechen einhalten sollen, und redet nicht hier im Landtag, in der Öffentlichkeit so, und wir würden ja gerne und wir täten ja gerne, aber die böse Bundesregierung. Ihr seid, Sozialdemokraten hier und dort und könnt euch überall dafür einsetzen. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Schrittwieser: „Kollegin Bleckmann, zum Unterschied von euch tun wir nicht immer verlangen, sondern wir machen auch!“) Darf ich dir was vorlesen? Darauf habe ich ja gewartet, daß dies kommt. Ich möchte dir etwas vorlesen. Bitte!

Die ÖVP wollte bestehende Pensionen kürzen und das gesetzliche Pensionsalter überfallsartig erhöhen. Das habe ich persönlich verhindert. Kennt Ihr das? (Abg. Schützenhöfer: „Wer sagt das?“) Der Vranitzky sagt das! Na, Entschuldigung, habt ihr den Brief nicht

gelesen, den euer Bundesparteiohmann an alle Pensionisten geschrieben hat? Hat schön geklungen, ich hätte es auch gerne gesagt. Aber ihr versprecht das. Vor den Wahlen habt ihr von der SPÖ diesen hübschen Brief geschrieben. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat ihn auch unterschrieben. Und wir wissen alle, was nachher passiert ist, daß die Pensionen sehr wohl gekürzt worden sind. (Beifall bei der FPÖ.)

Das ist es, wie ihr eure Versprechen einhaltet. Das ist es. Und jetzt sei schön ruhig und höre zu! (Präsident Dr. Strenitz: „Der Sigi ist nicht Ihr Ehemann!“ - Abg. Schrittwieser: „Ich bitte um Gleichbehandlung!“)

Vielleicht wissen ja einige nicht - und das vielleicht auch zur Aufklärung -, warum wurde denn damals der Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds gegründet? Es sind ja doch einige neue hier im Landtag, die das vielleicht noch nicht wissen. Damals hat es geheißen, wir müssen den Bauern mit dem Milchtransportkostenzuschuß helfen. Das war das schwarze Klientel. Und es konnte doch nicht so sein, daß hier nur 60 Millionen für einen schwarzen Bereich zur Verfügung gestellt werden. (Abg. Alfred Prutsch: „70 waren es!“) 70 waren es, Entschuldigung!

Nein, es mußte auch etwas anderes aus dem roten Bereich geschaffen werden. Das war der Grund, warum der Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds geschaffen wurde. Und auch natürlich mit 65 Millionen dotiert, weil soviel wie hier muß auch soviel wie da sein. Gibst du mir, so gebe ich dir, und anders herum!

So hat es stattgefunden! Und er wurde wirklich erschaffen. Denn wenn wir uns anschauen, wie dieser Fonds bis jetzt aussieht, auch das zur Information für die Kollegen, die das vielleicht nicht wissen. Mit 65 Millionen dotiert, die Judenburger Stahlarbeiter haben daraus 5 Millionen bekommen, 58 Anträge sind bis jetzt gehandelt worden, das sind 1,8 Millionen, also durchschnittlich 30.000 Schilling. 150 Anträge sind offen, das wären 4,5 Millionen, das wären insgesamt 11,3 Millionen Schilling. Wir haben aber immer noch 60 Millionen in diesem Topf. Das heißt, es bleiben 54 Millionen. Und ich sehe schon ein, wenn dann Journalisten schreiben, was ja auch sehr vernünftig ist, daß dieses Geld - wir haben ja doch eigentlich eine budgetäre Notsituation, und Ressel würde sich freuen - eingespart wird.

Aber wissen Sie, was die Kollegen von der SPÖ vorgehabt haben, obwohl das nicht ausgemacht war? Im Regierungstück, Punkt 4, steht im letzten Satz, es sollen für einige Bereiche Gelder ausgegeben werden, die nicht in die Richtlinien fallen.

Und Punkt 4, das steht als Draufgabe: Für die Vergabe dieser Mittel haben die Richtlinien keine Anwendung zu finden. Die Landesrätin hat nichts davon gewußt. Sie hat zwar das Stück eingebracht, aber sie hat nicht gewußt, daß das drinnensteht. Nun gut. Das wurde zurückgestellt, und ich bin froh darüber, denn hier sieht man, die SPÖ wollte hier nur wieder Ihre eigenen Bereiche, Ihr eigenes Klientel, und nur die, die auch unbedingt zur Gewerkschaft gehören, unterstützen, denn die anderen sollten gar nichts davon wissen, daß es diesen Fonds gibt. Nur so wollten Sie das machen. (Beifall bei der FPÖ.)

Hier haben wir nein gesagt, so nicht und so nicht mit uns. Das heißt, daß wir dieser Art und Weise nicht zustimmen können, und wir wollen, daß, wenn dieses Geld schon ausgegeben werden muß, es dann für die verwendet wird, die hier wirklich von diesem Sparpaket besonders hart getroffen sind. Da gibt es nun einmal welche, die haben sich halt darauf verlassen, daß die Pensionen nicht gekürzt werden, die haben sich darauf verlassen, daß das Pensionsalter so bleiben soll, wie es auch versprochen wurde, die haben sich darauf verlassen, daß, wenn es schon geändert wird, Übergangsregelungen geschaffen werden. Genau das hat Ihre Bundesregierung verabsäumt. Deshalb sagen wir, für diese Härtefälle soll hier eine Übergangsregelung geschaffen werden. Und es freut mich, daß Ihr Antrag sehr ähnlich aussieht wie der, den wir am Donnerstag schon den Journalisten präsentiert haben. Wir wollen nämlich, daß diese Übergangszeit geregelt wird, daß hier die Leute die Möglichkeit haben, Gelder zu bekommen, wenn sie eben aus dem Sparpaket Verminderungen, Belastungen haben und dadurch noch weniger, als die Notstandshilfe schon ist, bekommen, weil sie besonders vom Sparpaket getroffen sind. Und hier sagen wir, hier muß es Richtlinien geben, objektive Richtlinien, die für alle nachvollziehbar sind. Das ist auch der Grund, warum wir unseren Beschlußantrag einbringen.

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Schinnerl, Pußwald, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Lopatka, Dietrich, Mag. Hartinger und Ing. Peinhaupt, betreffend Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds.

Im Jahr 1995 wurde im Landtag der Beschluß über die Aufnahme von zusätzlichen Darlehen für die Dotierung eines Steirischen Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds gefaßt. Dieser Fonds sollte grundsätzlich dafür verwendet werden; daß die besonderen Härtefälle von 400 ehemaligen Stahlpensionisten der VOEST Alpine aus Judenburg sowie weiters die Fälle der ebenfalls benachteiligten MitarbeiterInnen der anderen Stahlindustrieorte in der Obersteiermark unterstützt werden. Bemängelt werden müssen die restriktiven Richtlinien, die für die Auszahlung aus dem Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds gelten, der mit 65 Millionen Schilling dotiert wurde. Deshalb sollen die Richtlinien geändert werden, wobei nunmehr auch die steirischen Langzeitarbeitslosen, die auf Grund des Strukturanpassungsgesetzes erst zwei Jahre später in Pension gehen können und somit finanzielle Einbußen erleiden, in den Genuß einer Unterstützung aus dem Fonds kommen sollen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, daß, sofern der Bund nicht die Maßnahmen ändert, die zu den Härtefällen geführt haben, oder in sonstiger Weise dafür Ausgleich leistet, nunmehr die Richtlinien zum Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds insofern erweitert werden, daß erstens die Kapfenberger Böhler-Pensionisten aus dem Fonds eine Unterstützung beantragen können, wenn ihre Notstandshilfe um die Höhe ihrer „Gnadenpension“ reduziert wird, oder zweitens die durch das Strukturanpassungsgesetz betroffenen steirischen Notstandshilfebezieher, die zwischen 1. August 1996 und 31. De-

zember 2000 das 55. Lebensjahr erreichen, aus dem Fonds eine Unterstützung beantragen können. (Abg. Schrittwieser: „Das ist schon erledigt, Frau Kollegin!“)

Ich weiß auch, daß es hier Versprechungen von Herrn Minister Hums gibt, das einzuhalten, nur, wir haben am 13. Oktober Wahlen, lieber Kollege. Die Versprechen, wir haben es vorher schon gehört, die vorher gegeben werden, werden nach den Wahlen nicht eingehalten. Ja, schon erledigt, das sagt ihr. (Abg. Schrittwieser: „Sind Sie nicht am letzten Stand? Das ist erledigt!“)

Wenn es schon erledigt ist, das ist ja kein Problem, dem dann auch zuzustimmen. Wenn das schon erledigt ist, dann ist schon alles okay. Nur, wir glauben es nicht, denn soviel wurde schon versprochen, und nichts wurde eingehalten. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir können es leider nicht glauben. Ich verstehe, daß ihr euren Kollegen glauben müßt dort oben in der Regierung. Ich verstehe es ja. (Abg. Schützenhöfer: „Sagen Sie wieder, ich soll ruhig sein; aber ich muß Ihnen noch etwas sagen: Das unterscheidet uns. Sie reden in der Vergangenheit, und wir haben das erledigt und wenden uns wieder der Zukunft zu!“)

Lieber Kollege, überlasse es uns, hier zu sagen, daß wir das nicht glauben. Ihr braucht dem Antrag ja nicht zustimmen. Und wir haben bereits sehr lange diskutiert, hätten auch fast etwas Gemeinsames zustande gebracht, aber es hat halt leider nicht funktioniert. Wir glauben nicht an diese Versprechungen, die gemacht werden, und da muß ich, weil du immer wieder dazwischengesprochen hast Kollege Schrittwieser, das auch noch sagen. (Abg. Schrittwieser: „Bitte, ich höre!“)

Ja, es ist wichtig, weil er es selber gesagt hat. Ich darf zitieren: „Als sinnloses Produzieren heißer Luft“ bezeichnet hingegen SP-Geschäftsführer Schrittwieser den Vorschlag der FP, Langzeitarbeitslose aus dem Härtefonds des Landes zu unterstützen. Ich frage mich, ob euer Antrag sinnlose Luft ist, den ihr hier einbringt. Wir glauben nicht, daß es sinnlose Luft ist. Deshalb werden wir den Antrag der SPÖ unterstützen, und ich appelliere an euch unseren Antrag auch zu unterstützen, der die Härtefälle zum Anliegen hat. (Abg. Schrittwieser: „Weiterlesen!“ – Beifall bei der FPÖ. –18.10 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (18.10 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich muß der Magda Bleckmann in einem natürlich recht geben. Die Glaubwürdigkeit der Vranitzky-Pensionistenbriefe ist natürlich enden wollend, denn das hat ja mittlerweile auch Herr Bürgermeister Häupl schon begriffen und hat kritisiert, daß er überhaupt einen Brief geschrieben hat. Ich glaube also, das ist durchaus kontraproduktiv. Es zeigt sich, daß auch ein Jahr nach solchen Wahlen es sich rächen kann, wenn man die glatte Unwahrheit in solchen Briefen behauptet. Wir werden sehen, wie sich das am 13. Oktober dieses Jahres auswirkt. Ich hoffe, daß uns nicht auch noch der Scholten den Semmeringtunnel brieflich zusichert, weil dann bekommen wir ihn sicher nicht, wenn ich an die Briefserien der SPÖ-Bundesebene

denke. (Abg. Vollmann: „Ich kenne eine schriftliche Zusicherung an den Bürgermeister von Spital am Semmering zum Bau der S 6 und zum Tunnel!“)

Herr Kollege Vollmann, bleiben wir gleich beim Semmeringtunnel, denn dazu möchte ich ein paar Worte sagen.

Ich glaube, das, was sich in den letzten Tagen abgespielt hat, hat zwei Dinge gezeigt. Erstens einmal gibt es in der Steiermark über die Parteigrenzen hinweg eine Einigkeit darüber, daß wir diesen Semmeringbasistunnel wollen und daß wir, welcher Minister immer sich anschickt, ihn in Frage zu stellen, sehr deutlich uns melden und den steirischen Standpunkt vertreten. Das zweite ist aber, und das ist natürlich bedauerlich, daß der Verkehrsminister Scholten, ganz im Gegensatz zu seinem Vorgänger Klima, als der zuständige Minister diesen Tunnel eigentlich mit seinen ungeschickten Äußerungen in Frage gestellt hat, und, meine Damen und Herren, das ist der Unterschied. Daher müssen wir uns auch sehr kräftig wieder einmal zum Worte melden, denn wenn sich ein Landeshauptmann von Niederösterreich oder ein Wiener Bürgermeister melden und sagen, wir wollen diesen Tunnel nicht, dann habe ich zu akzeptieren, daß ein anderer Landeshauptmann andere Projekte in seinem Bundesland haben möchte. Aber wenn der amtierende Verkehrsminister sagt, die Vereinbarung der Koalition, wonach an diesem Semmeringbasistunnel nicht gerüttelt werden kann, weiß ich nicht, ob sie für mich Gültigkeit hat, dann ist Feuer am Dach. (Abg. Schrittwieser: „Da gebe ich dir recht!“) Und es ist festzuhalten, daß eine solche Haltung für uns unakzeptabel und unanständig ist und daß wir darauf zu pochen haben, daß dieser Semmeringbasistunnel gebaut wird, der schon am Anfang der achtziger Jahre erstmals vom damaligen Kanzler Kreisky zugesagt wurde und der für die Steiermark eine lebenswichtige Verkehrsader bedeutet, auf die wir nicht verzichten können. Wenn ich hier einen Beschlußantrag vortrage, so wird dieser insbesondere die Frage dieses Semmeringbasistunnels beinhalten, denn, meine Damen und Herren, es ist das ein unverzichtbares Vorhaben zur künftigen Bewältigung der Verkehrsströme in Europa.

Es geht nicht um ein regionales Bahnprojekt. Wir haben in der Steiermark gerade in den letzten eineinhalb Jahrzehnten große Leistungen auf dem Straßensektor vollbracht, nun geht es um die Schiene. Es geht um eine internationale Verkehrsverbindung im Rahmen der transeuropäischen Netze. Und ich möchte noch einmal sehr klar in diesem Zusammenhang festhalten, meine Damen und Herren:

Erstens: Sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene ist am Semmering in den nächsten 20 Jahren mit einer Verkehrszunahme von mehr als 50 Prozent zu rechnen, und wir wissen, daß ja jetzt die Kapazitätsgrenze eigentlich bald erreicht ist. Die Verkehrsdaten für die Semmeringbahn sind ein eindrucksvolles Argument für die Dringlichkeit des Basistunnels. Im Güterverkehr wird an Spitzentagen mit 200 Zügen die Kapazitätsgrenze von 210 Zügen beinahe erreicht. Bei einem Güterverkehrsaufkommen von rund 300 Millionen Nettotonnen und einem Zuwachs von plus 23 Prozent wurde der Österreichdurchschnitt in der Güterverkehrssteigerung, die 10 Prozent betragen, im Vorjahr bei weitem überschritten, obwohl verschiedene

Züge – wenn ich an die rollende Landstraße denke, Spezialtransporte – gar nicht über den Semmering geführt werden können. Und im Vergleich zum Brennerübergang weist der Semmering um 50 Prozent höhere Transportleistung auf.

Zweitens: Meine Damen und Herren, wenn ich von dieser 50prozentigen Verkehrszunahme gesprochen habe, ist uns doch allen klar, daß ein beträchtlicher Teil von der Bahn bewältigt werden muß, was nur mit diesem Basistunnel möglich ist, zumal bestimmte Transporte derzeit nicht über die Südbahn geführt werden können.

Drittens: Einschlägige Berechnungen haben ergeben, daß die Verkehrsführung durch den Tunnel sowohl betriebswirtschaftlich als auch volkswirtschaftlich günstiger erfolgt als eben über die Gebirgsbahn.

Viertens: Und es ist ja so, daß im vorliegenden Wachstumspaket für das Schieneninfrastrukturprogramm des Bundes der Ausbau des Semmeringbasistunnels mit jährlichen Bauraten dotiert ist, und schließlich fünftens, und darauf sollten wir nicht vergessen, das sei dem Minister Scholten ins Stammbuch geschrieben, der mit Gesamtbaukosten von rund 500 Millionen Schillingen veranschlagte Sondierstollen ist ja bereits 2,2 Kilometer vorangetrieben worden, sind 150 Personen auf der Baustelle beschäftigt, jetzt darf es kein Zurück mehr geben, jetzt darf es kein Nein mehr geben. Jetzt muß dieser Tunnel verwirklicht werden.

Und der zweite Punkt, der sich in diesem Antrag befindet in der Frage Verkehr, das ist die Frage des Containerterminals Werndorf. Meine Damen und Herren, ich möchte es kurz machen und nur sagen, dieses 2-Milliarden-Schilling-Projekt ist als unverzichtbarer Bestandteil der Koralmtrasse in den Investitionsplänen der Bundesregierung vorhanden, und wir wollen aus guten Gründen, daß es in Angriff genommen wird, und schließlich geht es drittens um Nahverkehrsfinanzierung, für die Bund, Land und Stadt jährlich 225 Millionen zur Verfügung stehen, und ab 30. November 1996 wird ja ein umfassender Verbund in der Steiermark bestehen. Nun geht es darum, für die Steiermark den Abschluß eines Nahverkehrsfinanzierungsvertrages mit den Beteiligten zu erreichen. Ich bin überzeugt, daß wir hier im wesentlichen auch hier im Landtag über die Landesregierung hinaus Einvernehmen in diesen Fragen erzielen, und freue mich auch – ich sage das ausdrücklich –, daß unser Beschlusantrag, den wir eingebracht haben, mittlerweile nach einigen geringfügigen Änderungen von drei Parteien, von der ÖVP, von der SPÖ und von der Freiheitlichen Partei, unterstützt wird. Ich darf ihn hiemit einbringen:

Beschlusantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Vesko, Straßberger, Schrittwieser, Ing. Schreiner, Ing. Löcker, betreffend Ausbau wichtiger Verkehrsinfrastrukturprojekte und Abschluß eines Nahverkehrsfinanzierungsvertrages.

Die Lage eines Landes im Kreuzungsfeld der europäischen Verkehrsrouten kann sich als Vorteil herausstellen, wenn die damit verbundenen Möglichkeiten zum richtigen Zeitpunkt genutzt werden. Das gilt für die Anbindung an internationale Verkehrs-

achsen, die Verlagerungsmöglichkeiten von Gütertransporten, die Erreichbarkeit von Ballungszentren, die Aufschließung von strukturschwachen Regionen und die Umweltsituation.

Eine gesunde Wirtschaft – Industrie-, Gewerbe-, Handel- und Dienstleistungsbetriebe – geht vom Austausch von Waren und Arbeitskräften aus und benötigt deshalb eine regionale, insbesondere aber auch eine überregionale Verflechtung. Vor allem in der Steiermark gibt es in diesem Zusammenhang konkrete Aufgaben für den Verkehrsträger Schiene, gilt es, Versäumnisse beim Ausbau der Bahninfrastruktur schleunigst wettzumachen.

Die Steiermark wird es daher nicht länger akzeptieren können, bei wirtschafts- und strukturpolitischen Leitprojekten im Verkehrswegebau anders behandelt zu werden als der Großraum Wien oder etwa auch die Westbahn.

Es kann daher keinesfalls hingenommen werden, daß – aus welchen Gründen immer – baureife Projekte mit internationaler Dimension, die verkehrstechnisch, aber auch betriebs- und volkswirtschaftlich bereits positiv beurteilt wurden, neuerlich verzögert werden. Derartigen Versuchen muß von der Steiermark entschieden und entschlossen entgegengewirkt werden.

Angesichts der Diskussion der vergangenen Tage um steirische Bahnprojekte ist die Position der Steiermark nochmals klar festzuhalten.

Für Österreich und die Steiermark sind drei konkrete Aufgaben im Schienenbereich raschest zu erfüllen:

Semmeringbasistunnel: Die Verkehrsdaten für die Semmeringbahn sind ein eindrucksvolles Argument für die Vordringlichkeit des Basistunnels. Bei einem Güterverkehrsaufkommen von rund 300 Millionen Nettotonnen und einem Zuwachs von 23 Prozent wurde der Österreichschnitt in der Güterverkehrssteigerung im Vorjahr bei weitem überschritten, obwohl verschiedene Züge gar nicht über den Semmering geführt werden können. Der im vorliegenden Wachstumspaket für das Schieneninfrastrukturprogramm des Bundes enthaltene und mit jährlichen Bauraten dotierte Ausbau des Semmeringbasistunnels ist im Sinne der Bund-Land-Vereinbarung aus dem Jahre 1993 raschest umzusetzen.

Koralm und Containerterminal Werndorf: Eine Anbindung an internationale Verkehrsachsen ist eine Grundvoraussetzung für den Wirtschaftsstandort Steiermark. In diesem Sinne sind die im Einvernehmen mit den Bundesländern Steiermark und Kärnten eingeleiteten Planungsarbeiten durch die HL-AG. zu forcieren.

Außerdem kann das europäische Verkehrsnetz nur auf geeignete Schnittstellen für die verschiedenen Transportmittel aufbauen, wie dies im Großraum Graz mit einem Terminal geplant ist. Der Ausbau des Containerterminals Werndorf wird als unverzichtbarer Bestandteil der Koralmtrasse in den Investitionsplänen der Bundesregierung namentlich angeführt. Allerdings ist bis über die Jahrtausendwende hinaus keine Dotation vorgesehen. Da die Standortfrage geklärt und seitens des Landes Steiermark alle erforderlichen Vorarbeiten geleistet wurden, werden die Zusagen für eine rasche Realisierung eingefordert. Zur Beschleunigung

gung der Umsetzung wird der Bund aufgefordert, im Einvernehmen mit dem Land Steiermark und der Wirtschaft umgehend eine Errichter- und Betreibergesellschaft einzurichten und die entsprechenden Grundflächen zu sichern.

**Nahverkehrsfinanzierung:** Im Großraum Graz wurde bereits der Verkehrsverbund eingeführt. Die Ausweitung auf die gesamte Steiermark steht unmittelbar bevor. Im Personennahverkehr muß nach der starken Belegung der Schiene in Ballungszentren ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz die Grundlage dafür schaffen, daß die Zukunft der Eisenbahn als zentrales öffentliches Verkehrsmittel auch außerhalb der Ballungszentren gewahrt bleibt. Für die Steiermark ist daher der Abschluß eines Nahverkehrsfinanzierungsvertrages erforderlich, in dem mit dem Bund die mittelfristige Entwicklung des Nahverkehrs, der Ausbau der Schieneninfrastruktur und neue moderne Betriebsführungskonzepte vereinbart werden.

Mit der Liberalisierung der Europamärkte werden zukünftig die Quersubventionierungen für die Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs immer schwieriger werden. In einer offensiven und effizienten Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs sollten zur Sicherung der Nahverkehrsfinanzierung als nächster Schritt – unter Einbindung der ÖBB, der Steiermärkischen Landesbahnen, der Grazer Verkehrsbetriebe, der Graz-Köflacher-Bahnen, der Steirischen Verkehrsverbundgesellschaft und auch der innerstädtischen Verkehrsbetriebe der Obersteiermark – Verhandlungen über eine Verkehrsholding Steiermark aufgenommen werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle nachstehende Resolution an die Bundesregierung beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert sicherzustellen, daß erstens der im vorliegenden Wachstumspaket für das Schieneninfrastrukturprogramm enthaltene Ausbau des Semmeringbasistunnels im Sinne der Bund-Land-Vereinbarung aus dem Jahr 1993 raschest umgesetzt wird; zweitens der in den Investitionsplänen des Bundes ebenfalls namentlich angeführte, aber bis jetzt nicht dotierte Güterterminal Werndorf – auch unabhängig von einem mittel- bis langfristigen Ausbau der Koralmbahn – im Sinne der vom damaligen Verkehrsminister Klima gegebenen Zusagen realisiert wird; drittens mit dem Land Steiermark ein Nahverkehrsfinanzierungsvertrag abgeschlossen wird, in dem die mittelfristige Entwicklung des Nahverkehrs, der Ausbau der Schieneninfrastruktur und neue moderne Betriebsführungskonzepte vereinbart werden.

Der Präsident des Steiermärkischen Landtages wird ersucht, diesen Beschluß der Bundesregierung mitzuteilen und diese zu einer umgehenden Stellungnahme aufzufordern. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, diesem Beschlußantrag zuzustimmen. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 18.27 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Darf ich den Damen und Herren des Hohen Hauses mitteilen, um zu unterstreichen, wie intensiv Sie diesen Punkt diskutieren, daß sich bislang 18 Damen und Herren gemeldet haben und im Augenblick noch sieben weitere Redner vorgemerkt sind – ohne den Herrn Landesrat. Ein Zweites ganz kurz: Es haben die Herren Abgeord-

neten Schützenhöfer und Ing. Löcker die Rednerplätze getauscht. Aber im Interesse des von der Geschäftsordnung vorgesehenen Parteienmixes würde ich den Herrn Ing. Löcker um Verständnis bitten, wenn ich jetzt Herrn Abgeordnetem Gennaro das Wort erteile, dann Wabl und dann Ing. Löcker. Ich bitte jetzt den Herrn Abgeordneten Gennaro ans Rednerpult.

**Abg. Gennaro (18.28 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe heute bedauerlicherweise nicht von Beginn an bei dieser Debatte dabei sein können, weil ich bei zwei Betriebsversammlungen war, wo wir die Sorgen der Belegschaften in der Steiermark im wirtschaftlichen Geschehen miterlebt haben, wo gestern noch im Fernsehen gezeigt wurde, wie super es ist, wenn man zum Beispiel mit China Kooperationen eingetut und dann am nächsten Tag schon irgendwo mitgeteilt bekommt, daß sie aber auch gegenüber den Chinesen konkurrenzfähig bleiben müssen. Und wenn man weiß, daß in China der Mindestlohn mit 1. Juli 1996 von 240 Schilling auf 350 Schilling im Monat hinaufgesetzt wurde, dann kann man sich schon ausrechnen, wie diese Konkurrenz- oder Wettbewerbsfähigkeit aussehen wird.

Ich möchte zu ein paar generellen Punkten als Antwort und auf die Wortmeldung des Kollegen Schützenhöfer anhängen. Wir stehen überhaupt nicht an, auch wenn es sozialdemokratische Minister sind, einzufordern, wenn sie Versprechungen machen. Ich war froh, daß du uns unterstützt hast, denn ich glaube, hier im Land Steiermark geht es quer durch alle Parteien, daß wir uns klar sind, daß dieser Semmeringtunnel für uns eine wirtschaftlich lebensnotwendige Ader ist und daß wir das einfordern, wo hier im Land einstimmige Beschlüsse und Zusagen vorliegen. Wir werden nicht müde sein. Unterstützt daher auch uns, weil gemeinsam können wir das sicher erreichen. Ich habe nicht deshalb gesagt aus Jux und Tollerei, sondern meine das ernst. Wenn man in Wien auch von der Regierung, und das trifft für meine Partei genauso zu, diese Sprache nicht versteht, was wir bis jetzt gesagt haben, dann können wir es sicher spektakulärer machen, dann können wir auch dementsprechend lautstark mit Medienunterstützung aufmarschieren und das einfordern, was wir brauchen. Ich habe manches Mal das Gefühl, daß, jetzt gar nicht auf Ministerebene – gilt für alle –, sondern eher auf Beamtenebene gewisse Dinge einfach nicht wahrgemacht werden, wo uns in der Steiermark der Schuh drückt. Das möchte ich dazu gesagt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Kollege Purr, ich habe mir das leider nur erzählen lassen, aber ich habe gehört, du hast die Verantwortung der Gewerkschaften wieder strapaziert und herausgefordert. Heute in der Früh ist mir der Kragen geplatzt, als ich deinen Leserbrief gelesen habe. Ich muß das schon auch sagen, weil wenn du hergehst und in dem Leserbrief behauptest, die Gewerkschaft hat in guten Konjunkturzeiten Belastungspakete geschnürt, so kann ich dir nur sagen, die Gewerkschaft kann überhaupt kein Paket schnüren. Wir haben berechnete Forderungen im Umverteilungskampf gestellt. Am 13. September, Freitag, den 13. September, haben für den Metallbereich die Kollektivvertragsverhandlungen begonnen. Ich bin nicht abergläubisch, denn es

war kein schwarzer Freitag in dem Sinn, und wir haben sie gestern abgeschlossen, auch wenn manche Medien das heute wieder so hingestellt haben, wie „das ist praktisch zuwenig“. Wir haben als Gewerkschaft gemeinsam mit der Wirtschaft, aber nicht als Sozialpartner, das Wort ist überstrapaziert, das möchte ich dir sagen, nicht einmal Wirtschaftspartner kannst du sagen, Sachvernunftspartner, weil wir wissen, was in der Industrie und in manchen Bereichen los ist, und daß wir mit unseren Forderungen sicher nicht die Betriebe umbringen wollen, weil das wäre das schlechteste, denn dann hätten wir überhaupt keine Arbeit. Also kann die Gewerkschaft überhaupt kein Paket schnüren. (Beifall bei der SPÖ.)

Zum Insolvenzausfallfonds hat dir Kollege Vollmann die richtige Antwort gegeben. Das ist kein gewerkschaftsnahes Institut, die beweisen, wo die Insolvenzen da sind. Ich habe nur eines gemerkt, nicht nur in der Steiermark in der Wirtschaft, und das sage ich jetzt als Gewerkschafter, generell ist eine soziale Kälte eingetreten. Denn was manches Mal jetzt von der Wirtschaft öffentlich noch propagiert wird, das schlägt dem Faß den Boden aus. Da haben Unternehmer die Härte sich hinzustellen und zu sagen, wir werden 28 Prozent Dividende auswerfen, aber sie sind nicht bereit, für die Leute, die das erarbeiten, eine Lohnhöhung zu bezahlen, ist das also Umverteilung? Das Kapital muß stimmen. Die Unternehmer arbeiten unter dem Motto: „Wie lange kann ich die Belegschaft noch halten, damit die Dividende stimmt.“ So werden wir keine Sozialpartnerschaft oder Wirtschaftspartnerschaft betreiben können.

Zu den Lehrlingen, Kollege Purr: Ich darf dir dazu sagen, ihr kennt eure eigenen Aussagen nicht, sowohl in der Bundeswirtschaftskammer als auch in der steirischen Wirtschaftskammer. Ich war bestürzt, wie jetzt so quasi Entwarnung gegeben wurde für die Lehrlingsbeschäftigung. Wahrscheinlich habt ihr euch die Zahlen nicht angeschaut. Ich habe das auch unseren Leuten gesagt, die beim Wirtschaftsgipfel beim Herrn Landesrat waren. Die Auguststatistik weist mit Ende August aus, daß wir in der Steiermark über 30.000 Arbeitslose haben, daß es 2221 Lehrstellensuchende gibt und daß 526 offene Lehrstellen gemeldet sind – 561, entschuldige. Jetzt soll mir einer erklären, wo hier die Entwarnung liegt und daß wir kein Problem am Lehrlingssektor haben. Ich war bestürzt, daß im Sommer, Herr Mag. Hohegger, in der Bundeswirtschaftskammer man bereits so weit war, auch in der Wirtschaftskammer, unter dem Kostensenkungsmaßnahmenprogramm Forderungen den Punkt drinnen gehabt hat „Fonds von nichtausbildenden Betrieben“. Ich war so erfreut. Und plötzlich hat der Stummvoll oder irgend jemand von der Wirtschaft gesagt, das kann doch nicht wahr sein, daß ihr eine Gewerkschaftsforderung übernehmt, und weg war sie. Ihr wißt selbst nicht, was ihr zugesagt habt. Der Präsident Mühlbacher hat bereits auch öffentlich gesagt, das ist eine gute Idee. Mir geht es nicht darum, daß irgendeiner das Federl hinaufhaut, wer den Fonds verwaltet. Das kann uns doch völlig egal sein. Das soll die Wirtschaft verwalten. Nur eines kann bitte nicht sein, was jetzt der Geistesblitz war, wie man das Lehrlingsproblem oder die Fondssituation löst. Die Betriebe, die

ausbilden, müssen wir steuerlich entlasten. Darüber könnten wir noch reden. Aber die nicht ausbilden, die dürfen wir überhaupt nicht angreifen.

Eines werden wir aber machen, über den Steuertopf können wir das finanzieren, daß wieder jeder einzelne noch doppelt hineinzahlen muß, damit er ausgebildet werden kann. Ja bitte, das wird nicht möglich sein, und da werden Sie auch keine Zustimmung von der Gewerkschaft bekommen in der Form. (Beifall bei der SPÖ.)

Zur Forderung der Flexibilisierung möchte ich auch noch eines sagen: Ich bin bei euch, und wir haben jetzt ausgemacht, und das ist sicherlich eine richtungsweisende Situation für alle anderen Branchen, daß wir über die Flexibilisierung der Arbeitszeit mit den Unternehmen eine Arbeitsgruppe installieren und versuchen, mit heurigem Jahr das noch zu lösen. Nur, die Flexibilisierung, wie sie zurzeit vorliegt, muß man halt auch einmal öffentlich sagen, kann ja bitte keine Einbahnstraße sein, daß man so quasi Kapowaz macht. Die Frau Dr. Karisch tritt immer für Teilzeitbeschäftigungen ein – keine Frage. Es gibt viele, die Teilzeitbeschäftigung wollen.

Aber wenn jemand einen Volltimejob haben möchte und nicht bekommt, weil er nur Teilzeit arbeitet und damit nicht einmal den Lebensunterhalt bestreiten kann, weil er zuwenig verdient oder in der weiteren Folge nicht einmal zu einem richtigen Pensionsanspruch kommt, da muß man diese Teilzeitregelung einmal überdenken. Ich glaube, das sind wir denen schuldig. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweiter Punkt: Es kann ja nicht so sein, daß man hergeht und sagt, Flexibilisierung der Arbeitszeit, da arbeitet man 50 oder 60 Stunden in der Woche. Wenn man nichts zu tun hat, schickt man die Leute heim. Samstag muß sowieso normal gearbeitet werden, Überstunden, hier muß der Zuschlag weg, die sind viel zu teuer. Die Überstunden sind nicht zu teuer, die sind zu billig. Denn wenn sie zu teuer wären, würden wir nicht so viele Überstunden machen. Und es gibt Unternehmer, die laufend Tausende Überstunden bereits eingeplant haben bis Mitte nächsten Jahres. Mir ist schon klar, daß es Überstunden geben wird, immer, weil gewisse Spitzen abzudecken sind. Aber da hilft man sich einfach mit den Leiharbeitern, die sind die modernen Sklaven. Mit denen kann man spielen und tun, was man will. Und wenn wir sie nicht brauchen, melden wir sie ab, dann sind sie nicht einmal krankerversichert. Teilweise wissen sie gar nicht, daß sie arbeitslos sind, weil sie einfach abgemeldet worden sind. So kann man bitte auch nicht fahren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine geschätzten Damen und Herren! Wirtschaftssituation – der Kollege Posch hat – glaube ich – das gesagt. Ich möchte jetzt diese Ausschußsitzung hier nicht wiedergeben. Der Herr Prof. Brünner hat von mir eine emotionsvolle Ansage im Ausschuß miterlebt. Es war wirklich von innen raus. Weil wenn man in einem geschützten Bereich ist, redet man sicher leichter über Beschäftigung, als wie wenn man keine findet. Nur, wenn man in gewissen Situationen oder von manchen Herren, wie von Herrn Mag. Hohegger, der die Wirtschaft vertritt, dann hören muß, daß das ein Wunsch ans Christkindl ist, ja – meine Damen und Herren –, dann frage ich mich schon, wo sind denn



unsere Visionen? Schauen wir zu, wie die Bundeshauptstadt schön gespickt wird, wie Investitionen gemacht werden? Ich freue mich für die Bundeshauptstadt. Aber es kann doch nicht sein, daß der Kelch der Förderungen an den Bundesländern vorbeigeht. Da müssen wir gemeinsam auftreten und sagen, wir wollen auch beteiligt werden an den Investitionen. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Und wenn man sich ausredet und wenn auch der Bundeskanzler meint, die Beschäftigungssituation muß auch EU-Sache sein, bin ich bei ihm. Aber eines steht sicher fest, nach wie vor bleibt die staatliche Verantwortung in der Frage der Beschäftigungspolitik bei uns selber, bei den Gemeinden, beim Land und beim Bund. Da können wir uns nicht ausreden. Und wieviel Projekte werden diskutiert, wo wir Hoffnungen gemacht haben, die Wirtschaft hat uns sogar Betriebsversammlungen bezahlt, damit wir die Leute überreden, zur EU zu gehen. Ich war auch noch mit dabei. Ich habe das befürwortet und stehe heute noch dazu. Aber dann soll man sich nicht ausreden auf die EU, wenn etwas nicht geht, und als Vorwand nehmen, sondern hergehen und sagen, setzen wir jetzt um, dort liegen Gelder brach. Immer wieder wird uns gesagt, wenn ihr euch nicht rührt, dann ist es kein Wunder, daß ihr kein Geld bekommt. Ihr müßt die Projekte dementsprechend behandeln. Eines steht fest, die EU nimmt keinen Schilling in die Hand, wenn nicht das Land oder der Staat in irgendeiner Form auch ein Geld in die Hand nimmt. Das wissen wir, und daher wird das unsere Aufgabe zu sorgen für Beschäftigung – und da kann man gar nicht soviel machen, weil jeder einzelne Arbeitslose ist einer zuviel.

Ich glaube, wir wissen alle miteinander, was es heißt, wie die Menschen, die arbeitslos sind, arbeiten wollen und keine Arbeit bekommen. Die werden dann so schnell als Schmarotzer hingestellt, auch die, die arbeiten wollen. Und mag es ein paar geben, die vielleicht im Bezirk sagen, dort gehe ich nicht hin. Wissen wir, warum der nicht hingeht? Weil wir wieder bei der Änderung des Systems anfangen müßten. Weil eben der, der relativ gut verdient hat, eine Arbeitslose bezieht und dann in einem Betrieb beschäftigt ist, wo er weniger bekommt, wenn er über den Berechnungszeitraum raus kommt, wieder herunterfällt bei der Arbeitslosenunterstützung. Und jetzt rühmen wir uns noch dazu, das habt ihr gar nicht verstanden, weil euer Antrag geht total in eine falsche Richtung, es gibt kein Gesetz – (Abg. Schinnerl: „Wir haben das schon verstanden. Tu nicht schulmeistern da!“) Nein, Kollege Schinnerl, zu dir sage ich schon noch etwas. Du sitzt hier wie ein begossener Pudel und bist einer, der immer dagegen ist. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das nennt sich ja Frühpension!“) Frau Kollegin Bleckmann, es gibt kein Gesetz, daß man mit 57 in die Pension gehen kann. Das, was da passiert ist, trifft nicht nur Stahlpensionisten, obwohl es mein Ressort ist, so bedauerlich das ist. Es heißt nur, mit 55 seinerzeit oder jetzt mit 57 haben sie den leichteren Zugang zur Berufsunfähigkeitspension. (Abg. Mag. Bleckmann: „Mit 55 geht es nicht, sondern erst mit 57!“)

Jetzt sage ich etwas dazu. Den leichteren Zugang, das heißt noch immer nicht, es gibt keine Frühpension in dem Sinne. Frühpension gibt es, Frauen mit 55, Männer mit 60, wenn sie die lange Versicherungs-

dauer haben. Da müßten wir jetzt einen Nachhilfeunterricht geben. Ich glaube, Sie wissen das nicht. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nein, nicht nötig!“)

Das andere ist die Berufsunfähigkeitspension. Und dort muß einer schon den Kopf unter dem Arm tragen, daß er drankommt. Wir wissen, welche Verfahren, wie lange die dauern.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, auf das ihr alle nicht Rücksicht nehmt. (Abg. Dipl.-Ing. Vesko: „Da haben wir viele in Österreich, die den Kopf unter dem Arm tragen, wenn man die Frühpensionisten angibt!“)

Dann bekomme ich so die Frühpension. Alles klar! Und jetzt kommt noch dazu, daß jemand, der in der Situation ist, arbeitslos zu sein, und einen Antrag auf die Berufsunfähigkeitspension stellen will, weil er in der Zwischenzeit, wo er jetzt lange arbeitslos war, krank war. Wißt ihr, was dem passiert? Der bekommt von seinem Notstandsbezug noch einmal eine Reduzierung, weil er nur den minimalen Pensionsvorschuß bekommt, der vermindert sich wieder auf 8370 Schilling, und deswegen gehen offiziell die Berufsunfähigkeitspensionsanträge zurück. (Abg. Dr. Wabl: „Wer hat das beschlossen?“) Herr Kollege Wabl, natürlich, das ist unser Part aufzuzeigen, die Gesetze sind in Wien gemacht worden. (Abg. Dr. Wabl: „Dort, wo Sozialisten sind!“)

Ich stehe ja nicht an zu sagen, daß das die Koalition gemacht hat. Als Gewerkschafter darf ich wohl eine eigene Meinung haben, und die vertrete ich auch öffentlich. Und wenn Sie auch gegen unsere Genossen ist, da habe ich kein Problem, Wabl. Ich brauche nicht einmal dort, einmal dahin gehen. Ich bleibe bei meiner Gesinnung und bringe mich dort ein, wo ich mich einbringen kann. Das das klar ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schrittwieser: „Das ist die Botschaft!“)

Meine Damen und Herren! Ich meine deshalb abschließend, wir alle sind aufgerufen zu sorgen, daß wir für die Beschäftigung im Land alles unternehmen. Und mir ist völlig klar, und ich habe mich gefreut, daß die FPÖ im Ausschuß sogar Ergänzungen gemacht hat, daß von allen drei Parteien, bis auf Grüne und Liberale, da ist es klar ausgesprochen worden, das unterstützt wurde, was im Bezirk Liezen los ist. Der Kollege Posch hat versucht, das so als Wunschzettel hinzustellen. Ja, wenn es ein Wunschzettel ist, dann haben wir die verdammte Pflicht, aufmerksam zu machen, daß nach wie vor der Bezirk Liezen der schlechteste Bezirk ist, Arbeitslosenstatistik, alles nachlesbar. Da gibt es ein paar Betriebe, die sich jetzt schön langsam erholen, aber immer noch nicht dort sind, wo wir einmal in der Beschäftigung waren. Daher verstehe ich das nicht, daß wir nicht gemeinsam an die Regierung herantreten können und sagen, jawohl, wenn zig andere Hunderte Millionen (Abg. Ing. Mag. Hochegger: „Haben wir so beschlossen!“) Schilling anderweitig verbraten werden können, wenn vom Bund aus – schaut, ihr kennt ja alle die Diskussion, wer hat Verständnis, wir haben ein Sparpaket, wir haben verschiedene andere Belastungen, und dann müssen wir Kredite, Gelder ins Ausland geben. Und selber tun wir so, als dürfen wir im Land selber nichts verlangen. Wir sind ja verpflichtet dazu, daß wir das Optimalste herausholen. Und wenn ich ans Christkind als Kind einen Zettel geschrieben habe, habe ich auch zehn Sachen aufgeschrieben. Aber ein paar habe ich

bekommen, und über die habe ich mich gefreut. Und genau so soll man das machen. Dazu sind wir da, dazu sind wir gewählt worden, und das sollen wir gemeinsam drüberbringen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. - 18.43 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich bitte ihn ans Rednerpult.

**Ing. Löcker (18.43 Uhr):** Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Nach der Rede des Sozialpartnerkollegen Gennaro darf ich mich zu Wort melden. Ich darf ihn nicht als Sozialpartner, sondern als Sachvernunftspartner bezeichnen, wie er sich selbst umgetauft hat. Ich hoffe, daß die Mitglieder als Vernunftspartner ebenfalls ihre Mitgliedsbeiträge zahlen. Der Kollege Schinnerl ist in meinen Augen noch kein Hund, weder begossen noch unbegossen, das spielt keine Rolle.

Aber zum wirklich wichtigen Thema, der Arbeitsmarktsituation in der Steiermark. Ich glaube, daß wir hier einen Bedarf haben an der Diskussion, das haben wir in den letzten Stunden schon gesehen. Auch deswegen, weil wir bei den Budgetdebatten die Wirtschaft immer zu einer Zeit diskutieren, wo mitternächtliche Erschöpfung herrscht und dieses Thema dann untergeht. Wenn man die Statistik anschaut, ich möchte das vorher noch bringen, dann sieht man doch ein paar ganz interessante Dinge. Daß zum Beispiel Gemeinden mit der höchsten Erwerbsquote kleine Gemeinden in Bezirken sind, die insgesamt eine hohe Arbeitslosigkeit haben, und daß Gemeinden mit der höchsten Arbeitslosigkeit größere Gemeinden in Industriegebieten sind.

Das läßt den Schluß zu, daß man in kleineren Gemeinden, in welcher Form auch immer, sozial besser eingebunden ist und daß es natürlich in einer 300-Einwohner-Gemeinde sozusagen auffällig ist, ein Arbeitsloser zu sein, und das vielleicht auch beiträgt, in der Solidarität, so hoffe ich, die Arbeitslosigkeit gemeinsam zu meistern, währenddem in der Anonymität einer größeren Stadt offensichtlich einmal die soziale Schwelle der Arbeitslosigkeit überschritten wurde und nun natürlich auf 1000 mehr oder weniger augenscheinlich nicht mehr auffällig ankommt. Aber das nur als allgemeine Betrachtung.

Wenn wir heute über die „Bauinitiative“ diskutieren, dann ist das eigentlich insgesamt auf dem Arbeitsmarkt eine Mikromaßnahme, aber viele Mikromaßnahmen ergeben eben ein Gesamtbild und ein Konzept, und deshalb muß man auch Mikromaßnahmen positiv gegenüberstehen. Es ist sicher zu begrüßen, daß man hier initiativ wurde, und ich stehe nicht an, auch den Kollegen Heibl als einen Motor dieser Aktion zu bezeichnen. Ich möchte aber nicht so weit gehen, wie ich es heute schon erlebt habe beim Zuhören, daß man sagt, wenn etwas gut ist, wenn etwas verkauft werden kann, dann war das einer von uns, und wie wir es gerade jetzt bei meinem Vorredner gehört haben, wenn etwas schlecht ist, dann war das die Koalition. Zum Herhalten negativer Dinge ist die Koalition immer brauchbar. So leicht sollte man es sich nicht machen. Wir wissen, daß die Problematik des Arbeitsmarktes natürlich viel tiefer liegt. Das Schlagwort

„Globalisierung“ und die ganzen Zusammenhänge und Folgewirkungen sind klar, auch die Beweglichkeit des Kapitals und des Wissens. Und wir sagen dann immer als Ausrede, ja wir müssen qualifizierter, intelligenter mit High-Tech arbeiten. Das stimmt sicher, aber man wird sicher nicht in der Lage sein, die gesamte Problematik abzufedern.

Daß die Ausbildung besser werden muß, ist uns allen bewußt. Das beginnt bei der Schule, wo Praxis anlehnergerechter gelehrt werden sollte, wo verstärkt die Teamfähigkeit und die Flexibilität praxisnahe gelernt werden sollten. Das geht natürlich auch weiter zur Lehre. Zur Lehre möchte ich schon etwas sagen, weil es hier eine Problematik im Angebot gibt, weil einfach Angebot und Nachfrage sich in der letzten Zeit verkehrt haben. Aber eines muß ich sagen, es war doch immer wieder eine Ecke, die die Lehre miesgemacht hat, systematisch miesgemacht hat. Wenn ich an den Lehrlingsvertreter Zaunschirm, und ich nenne ihn namentlich, denke, der generell die Ausbildung in Frage gestellt hat, ja, um nicht zu sagen beschimpft hat, dann darf man sich nicht wundern, daß nach Jahren die Unternehmer - wie man so schön sagt - die Schnauze voll haben. Ich habe heute schon sehr viel aus dem unteren Bereich des Klassenkampfes von diesem Rednerpult aus gehört - Kapitel, Humankapital, Arbeit und so weiter und so fort. Ich werde vielleicht später noch darauf eingehen. Aber wenn der Unternehmer sozusagen als Ausbeuter des Arbeitnehmers qualifiziert wird, dann müßte man sich erst recht wundern, wenn er sich nicht mehr als Ausbeuter betätigt, daß er auf seine angeblichen Möglichkeiten der Ausbeutung verzichtet, daß er eben die Leute nicht mehr einstellt. Das heißt, daß das mit der Ausbeutung nicht mehr ganz stimmen kann, wie man das allgemein sagt, denn sonst würde man das ja noch anwenden können. Ich glaube, wir müssen endlich einmal die alten Dogmen überwinden.

Zur SPÖ-Seite muß ich sagen, man muß endlich heraus aus dem ideologischen Konzept oder Korsett, hier Arbeitgeber, hier Arbeitnehmer, hier Selbständiger, hier Unselbständiger, hier Auftraggeber, hier Auftragnehmer und so weiter und so fort. Wir müssen uns doch klar sein, daß der größte Auftraggeber unserer Gesellschaft der Arbeitnehmer ist, denn durch dessen Konsumationskraft werden ja über die Firmen die Arbeitsplätze gehalten. Es ist völlig falsch, dauernd sozusagen den Arbeitgeber als eine besondere Karste hinzustellen. Auch die Begriffe „selbständig und unselbständig“ sind völlig danebenliegend. Denken wir an die Kriterien Krankenstand, Urlaub, Abfertigung, was bekommt da der Selbständige und was bekommt da der Unselbständige. Nun hat man in früheren Zeiten gesagt, der Ausgleich ist der Gewinn eines Unternehmens. Wenn sich aber jetzt in den letzten Jahren der Gewinn sehr oft in einen Verlust verkehrt hat und die übrigen sozialen Rahmenbedingungen aber gleichgeblieben sind, dann weiß man, wie schief die ganze Ebene ist. Diese klassenkämpferischen Maßnahmen oder Vokabulare sind Dinge von vorgestern. Die haben den Marx, den Engels und was weiß ich noch interessiert, aber in der heutigen Zeit sind sie überholt. Ich muß das ganz ehrlich sagen, und das müssen wir vergessen. Wenn man nicht auf beiden Seiten zusammenarbeitet, hat man keine Möglichkeit.

Nun zu ein paar Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik, und ich werde etwas kürzen, weil ja schon vieles gesagt wurde, das ist einmal die Erleichterung zum Zugang zum Unternehmer, der Unternehmerstaat. Da gilt es auf allen Seiten abzubauen, um die Hemmnisse der Bürokratie abzubauen. Das gilt genauso für die Wirtschaftskammer wie auch für die anderen Behörden. Es ist völlig richtig, wie erst unlängst Wirtschaftsminister Farnleitner gesagt hat, daß es eigentlich eine Befangenheit ist, wenn Unternehmer in der Wirtschaftskammer über den Zugang zum Gewerbe bestimmen, wer sozusagen ihr Konkurrent sein soll. Das ist eine gewisse Befangenheit, und das ist eine tiefe Einsicht. Daß man hier aufbrechen muß, ist durchaus notwendig, was aber nicht heißt, daß die Qualifikation aufgebrochen werden soll. Aber schon allein die Bewertung der Qualifikation ist natürlich auch unter demselben Aspekt zu betrachten, wie ich es früher schon gesagt habe. Wir müssen, um die Betriebe zukunftssicher zu machen, die Theorie besser in die Praxis hineinbringen. Wir müssen die Schwellenangst zwischen Wissenschaft und Praxis verringern. Es muß einfach der Zugang besser sein.

Ich möchte noch etwas sagen: Die Sozialpartnerschaft sehe ich zweigleisig. Sie ist nach wie vor eine Chance, aber nur dann, wenn sie von keiner der beiden Seiten als Bevormundung der eigenen Klientel verstanden wird. Manche der vorangegangenen Wortmeldungen waren als solche zu verstehen, so quasi, wir schaffen zuerst einmal ein Feindbild auf der anderen Seite und bleib schön bei unserer Stange und wehe, du bist nicht bei unserer Stange, dann ist dein Heil gefährdet - man könnte sagen, mein eigener Sessel auch als Funktionär. Darunter sollte nicht ein ganzer Gesellschaftsteil leiden. Wir haben es einfach nicht mehr in der Hand, uns diesen Luxus zu leisten, daß wir hier künstlich Feindbilder schaffen, nur, um sich selbst als Institution rechtfertigen zu können. Das ist überholt. Das gibt es in anderen Ländern, die unsere Hauptkonkurrenten sind, schon lange nicht mehr. Wenn früher über die Flexibilisierung gesprochen wurde, dann wissen wir doch, daß in Deutschland die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt wesentlich weiter fortgeschritten ist als bei uns und verschiedenes andere auch noch. Es ist eben eine Realität, daß man in Deutschland jetzt die Pensionsgrenze für Frauen auf das 65. Jahr angehoben hat und wir sind noch bei 55. Wer von uns glaubt, daß die österreichische Wirtschaft um so viel leistungsfähiger ist als die deutsche, daß wir uns zehn Jahre früher, ohne hier jetzt die Frauen im einzelnen benachteiligen zu wollen, den Pensionsberechtigungsanspruch leisten können? Das sind Dinge, die einfach nicht auf die Realität Rücksicht nehmen.

Wir leiden als Politiker unter der mangelnden Glaubwürdigkeit, das muß ich schon sagen, und das ist ein ehrliches Eingeständnis. Die wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit ist in unserer Gesellschaft bei der Wirtschaft schon viel, viel früher den Bach hinuntergeschwommen. Ich denke nur an die Wahlkampfsüßigkeiten, die in den letzten Jahrzehnten verteilt wurden, die die Glaubwürdigkeit der Wirtschaft in diesem Staat bis ins Mark erschüttert haben. Es war immer unverständlich, wieso ein Arbeiter keine Abfertigung bekommen soll und ein Angestellter schon. Ich war

auch für die Einführung dieser Abfertigungsfrage. Aber jetzt rückwirkend bis zum Betriebseintritt, also über Jahrzehnte, bis zum Höchstanspruch diese Abfertigung einzuführen, das war eine unverantwortliche Wahlkampfkaktion, ein populistischer. Ich war damals Funktionär im Baugewerbe in der Wirtschaftskammer. Zu mir sind Mittelbetriebsunternehmer voller Sorge gekommen, die jahrzehntelang einen Betrieb aufgebaut haben. Sie haben mich gefragt, ob ich einen Betriebsnachfolger wüßte. Als ich gefragt habe, was er sich als Ablöse vorstellt, damit ich den allfälligen potentiellen Nachfolger informieren kann, mit was er rechnen muß, dann hat er die Schulter gezuckt. Ich habe ihm dann gesagt, daß er den Betrieb nicht einfach herschenken kann. Dann hat derselbe Unternehmer gesagt, wenn er die rückwirkenden Abfertigungsansprüche übernimmt, dann kann er den Betrieb haben.

Man stelle sich vor, da arbeitet ein Mensch jahrzehntelang, baut sich ein Unternehmen auf und muß dann froh sein, daß er das herschenken kann, weil er es sonst nicht mehr finanzieren kann. Unter diesem Umfeld dann noch von einer positiven Wirtschaftspolitik zu sprechen, da ist die wirtschaftspolitische Glaubwürdigkeit der damaligen Regierung verlorengegangen. Und wer noch nicht erkannt hat, daß man mit dem Zug darüberfahren und mit anderen eisernen Behauptungen diese Probleme nicht mehr bewältigen kann, der hat es in jüngster Zeit gesehen. Was hat denn der Betriebsrat zum Billa-Verkauf gesagt? Er hat gesagt, es ist ungesetzlich, und er hat es über die Medien erfahren. Aber das war schon alles, Funkstille, Pause. Wenn aber allerdings ein kleinerer Unternehmer ähnliches begeht, dann beginnt die Gesetzesmaschinerie zu malen. Der kommt nicht davon! Da bin ich ganz sicher! Aber bei einem größeren Unternehmer zuckt man die Achseln und sagt, das ist eben so.

Denken wir an die Realitäten. Der Kreditschutzverband wurde gegründet, damit er durch die Information seiner Vereinsmitglieder und durch deren Mitgliedsbeiträge finanziert wird. Heute finanziert sich der Kreditschutzverband bei weitem nicht mehr durch diese Mitgliedsbeiträge, sondern durch seine Tätigkeit im Insolvenzprozeß. Das ist zur Zeit der Wirtschaftsboom Nummer eins. Die ganzen Wirtschaftstreuhänder, die Notare und die Gläubiger, Verhandler, die vom Gericht Eingesetzten, die machen jetzt ihr großes Geschäft. Und die Volkswirtschaft und die Betriebswirtschaft bleiben auf der Strecke. Das alles muß man doch sehen, und man kann nicht immer von alten, wohlverworbenen Rechten sprechen.

Ich denke nur an die Obersteiermark. Das sind keine Vorhaltungen, aber nur Realitätsaufzeigen. Wir wissen, daß damals der wirtschaftliche Einbruch in der Großindustrie war, und dann hat man begonnen, von den Gewinnen zu den Verlusten zu wandern. Zur Zeit der Gewinne hat man Ausschüttungen gemacht, und dann hat man jahrelang Verluste produziert, und dann wollte man keine Gewinnausschüttung mehr zahlen, und das oberste Gericht in Österreich hat festgestellt, wenn Gewinne längere Zeit hindurch ausbezahlt werden, ist es ein fixer Lohnbestandteil und kann nicht mehr reduziert werden. Was ist das gewesen? Das war die Voraussetzung für die Zusammenbrüche und für

die Sanierer. Und dann sind die Sanierer gekommen, und die Gehälter sind um ein Vielfaches heruntergegangen, als jene zurückgehen hätten müssen, die man in Kauf nehmen hätte müssen, wenn man auf unberechtigte Gewinnausschüttungen verzichtet hätte.

Man hat so oft wider den Geist gesündigt in der Wirtschaft, so daß wir heute mit 100 Millionen nur mehr versuchen können, marginale kleine Löcher zu stopfen. Und das wird uns noch jahrelang verfolgen, diese verwählte Politik. Bei der Bauindustrie haben wir in Österreich einen Anteil am Bruttoinlandsprodukt von etwa 7 Prozent der Wertschöpfung. Im europäischen Schnitt, in den Industriestaaten, liegt dieser bei 5,5 Prozent. Und Nationalökonomien sagen, gesund schrumpfen, also etwa 20 Prozent reduzieren. Und wenn wir den Preiskampf zurzeit am Baumarkt anschauen und auch die Insolvenzen, dann werden wir auch mit diesen 100 Millionen Zusatzförderung diese Entwicklung nicht ausschalten können. Wir werden sie wahrscheinlich etwas reduzieren können, und das ist gut so. Aber es ist eine Realität. Wir müssen uns damit auseinandersetzen.

Ich glaube, abschließend sagen zu können, wir müssen endlich über unseren Schatten springen. Wir sollen uns nicht mehr im Klassenkampf üben. Wir müssen schauen, daß es den anderen gutgeht, denn die österreichische Neidgenossenschaft ist ja im allgemeinen so zu bezeichnen - in Kurzform: „Wenn es mir schlecht geht, ist es noch nicht so schlimm. Wichtig ist nur, daß es den anderen nicht besser geht.“ Und mit dieser Einstellung werden wir nie zu einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik kommen. (Beifall bei der ÖVP. - 18.59 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Tasch, er hat das Wort.

**Abg. Tasch (18.59 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte ein paar Vorschläge zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bringen und möchte vorerst einmal unserem Wirtschaftslandesrat, unserem neuen, dem Herbert Paièrl, herzlich gratulieren zu seinem Vorhaben, rigorose Verkürzungen vorzunehmen, um Unternehmer zu werden. Ich glaube, das ist sicherlich ein Punkt, wo man Bürokratieabbau machen muß, um das Unternehmerwerden unserer jungen Unternehmer zu erleichtern. Ich glaube, das ist Bauintiative in der Steiermark, müßte man in erster Linie versuchen, private Unternehmer zu finden und nicht nur so Beschäftigungspolitik im öffentlichen Bereich zu machen. Dort haben wir seit langer Zeit zu sehr eine aufgeblähte Beschäftigungspolitik betrieben. Trotz gewaltig niedrigem Zinssatz ist die Investitionsfreudigkeit unserer Unternehmer sehr im niedrigen Rahmen. Ich glaube, hier liegen tiefere Ursachen.

Der Lehrling kostet unserem Staat im Jahr 9000 Schilling, ein Student - HTL- oder HAK-Student - 90.000 Schilling im Jahr. Und da kann ich euch ein Beispiel sagen, wo sich zwei Mütter treffen und über ihre Söhne reden. Da sagt die eine zur anderen: „Ich habe drei Söhne, die haben alle einen anständigen Beruf. Der eine ist Mechaniker, der eine ist Maurer

und der andere ist Zimmerer.“ Und die andere Mutter sagt: „So ist es bei mir nicht, ich habe einen Sohn, der ist Student.“ Sagt sie, und was wird er, wenn er fertig ist? Da hat sie gesagt, 40 Jahre. Ich glaube, auf dem Sektor ist es wichtig, daß man den Unternehmen wieder die Möglichkeit gibt und die Freude gibt, Lehrlinge auszubilden. Und die Ausbildungslust sinkt ständig. Ich glaube, das ist eine große Gefahr. Es ist die Gefahr, daß uns in Zukunft Fachkräfte fehlen in allen Sparten.

Da hätte ich ein paar Änderungsvorschläge: Befreiung der Unternehmer von Schulkosten, Befreiung der Lehrlinge von Fahrtkosten, Befreiung der Unternehmer von überzogenen Kontrollen durch das Arbeitsinspektorat, besonders bei Klein- und Mittelbetrieben nur Kontrollen nach Anzeigen. Ich glaube, Änderung von Maschinenschutzverordnungen und sonstigen Sicherheitsvorschriften. Es geht nicht an, daß Lehrlinge wie Tischler erst im dritten Jahr eine Kreissäge betätigen dürfen. Es geht auch nicht an, daß Dachdeckerlehrlinge erst nach einigen Jahren auf das Dach klettern dürfen. Ja, meine Damen und Herren, wie sollte er das Dachdecken lernen, wenn auf dem Sektor sicherlich überzogene Schutzbestimmungen vorherrschen? Es geht auch nicht an, daß von den Arbeitsinspektoren in den Gastronomien und Beherbergungsbetrieben laufend Kontrollen durchgeführt werden, um Lehrlinge zu erwischen, die vielleicht nach 22 Uhr noch bedienen, aber es ist uns völlig Wurscht, wenn die bis 4 Uhr früh in der Disko sind. Ich glaube, solche Kontrollen sollten wirklich nur durchgeführt werden nach Anzeigen. Ich bin für Kontrollen, aber doch nicht Kontrollen, um das Klima zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu zerstören.

Wenn ich vorher dem Kollegen Vesko erklärt habe, so möchte ich sagen, alles Bühne. Ein Laiendarsteller, wie man sich es nur wünschen kann, German Vesko ist wirklich ein guter Freund von mir, und es hat erfrischend geklungen, wie er sich ans Rednerpult geschwungen hat, aber eine Show heruntergezogen hat, die wenig mit der Wirtschaft zu tun hatte. Befähigungsnachweise für Unternehmer ist - glaube ich - trotz allem ein wichtiger Punkt. Ich möchte aber trotzdem, daß man bei der Gewerbeordnung schauen muß, daß man den Zugang zum Gewerbebereich in Form von vereinfachten Befähigungsnachweisen erleichtern muß. Ich habe es vorher bereits gesagt, Unternehmer werden ist sicherlich notwendig, daß man hier Erleichterungen schafft und nicht im Kreis geschickt wird und es vielleicht ein bis zwei Jahre dauert, bis man den Befähigungsnachweis und das Dekret, Unternehmer zu sein, in der Hand hat.

Meine Damen und Herren, ganz wichtig ist und wäre es auch für die Beschäftigungspolitik, daß man die Klein- und Mittelbetriebe wieder mehr fördert. Die Nahversorgung in unseren Gebieten, hier ist es nicht fünf Minuten vor zwölf, sondern da schlägt der Zeiger bereits kräftig auf zwölf Uhr an. Ich glaube, hier ist es ganz wichtig, daß man diese Betriebe, die man von der Buchhaltung einfach freistellt und nicht unbedingt einen Höchstsatz von 10 Millionen Umsatz haben, diese Beträge sind einfach schwer zu erreichen.

Hier ist eine Vollpauschalierung der kleinen Nahversorger bis zu 10 Millionen Schilling Umsatz notwendig, um sie von bürokratischen Extrapflichten und

Statistiken und so weiter zu befreien. Ich glaube, da wäre auch eine Steuerberatung nicht notwendig, die diesen Betrieben sehr viel Geld kostet, sondern bei Sprechtagen in der Wirtschaftskammer könnten sie sich informieren und würden auch diesen Belastungen entzogen werden. Steuerpauschalierungen in der letzten Steuerreform wurde beschlossen; daß Gastwirte bis zu 5 Millionen, Nahversorgungsbetriebe bis zu 8 Millionen und Unternehmer bis zu 3 Millionen Umsatz eine Vollpauschalierung wählen können. Voraussetzung für eine Vollpauschalierung ist eine Verordnung. Diese Verordnung wurde aber nicht beschlossen.

Lieber Kollege Gennaro, ich schätze dich ganz besonders, aber du betreibst eine Stahlhelmgewerkschaftspolitik, die Arbeitsplätze nicht fördert, sondern vernichtet. Ich glaube, auf dem Sektor müssen wir schauen, daß wir wirklich flexibler werden. Ich glaube, es geht nichts ohne Wirtschaft. Wir müssen für unsere Arbeitnehmer wirklich flexiblere Bedingungen schaffen, indem man das Klima nicht zerstört, sondern das ausgesprochen gute Klima in über 90 Prozent unserer Betriebe fördert. (Abg. Gennaro: „Kurt, sage mir bitte, welche du meinst?“) Dabei glaube ich, lieber Freund Gennaro, ist es ganz wichtig, daß man einfach flexibler ist. Ich kann dir dazu ein Beispiel von einem Gastronomiebetrieb sagen, der vier Lehrlinge gehabt hat. Es wurde mit den Eltern und den Lehrlingen ausgemacht, daß sie zwei Wochen durcharbeiten, weil sie aus der Südsteiermark waren, und dafür fünf Tage freihaben. Das wollten alle. Dann ist das Arbeitsinspektorat gekommen und der Betrieb mußte 35.000 Schilling Strafe bezahlen. Der hat gesagt, weg mit den vier Lehrlingen, holt sie euch ab, ich brauche keine mehr. Er macht jetzt zwei Tage Ruhetag in der Woche. Im Grunde genommen sind das die Leute, die Arbeitsplätze und vor allem die Lehrlingsausbildung vernichten und nicht fördern. (Abg. Gennaro: „Entschuldige bitte, jeder Unternehmer hat die Möglichkeit, wenn er beim Arbeitsinspektorat ansucht, auch einen Lehrling am Wochenende zu beschäftigen!“) Nein, da bist du falsch am Platz. Das ist gesetzlich nicht möglich. (Abg. Gennaro: „Willst du mir die Jugend- und Beschäftigungssituation erklären? Es gibt die Möglichkeit, beim Arbeitsinspektorat anzusuchen. Wenn er das macht, dann gibt es keine Probleme!“) Ich war dort, und ich habe die Strafe gesehen.

Eines, glaube ich, müssen wir vorausschicken. Wenn sich der Unternehmer mit den Eltern, mit den Lehrlingen und mit den Dienstnehmern auf etwas einigt, so sollte es doch denen ihr Kaffee sein, und nicht der vom Arbeitsinspektorat oder der Gesetzesmaschinerie, wo man wirklich das gute Betriebsklima zerstört. Das ist auch wirtschaftlich ein Faktor, der uns nicht guttut, was der Wirtschaftlichkeit, gerade in unseren angeschlagenen Betrieben, aber auch am Tourismussektor, eher schädigt als fördert.

Ich möchte eines ganz deutlich sagen: Für mich ist ganz entscheidend, daß man die extremen Auflagen reduziert. Wir wissen, daß der Tourismus besonders auf unseren Almen für unsere Bauern als Nebenerwerb ein ganz wichtiger Faktor geworden ist. Dort Brandschutzbestimmungen, Befähigungsnachweise und so weiter zu fordern, zwei verschiedene getrennte WCs, die es früher und heute nicht gegeben hat, weil

sie dann schwarz ausschenken, ist meiner Meinung nach nicht richtig. (Abg. Dr. Flecker: „Alles andere kannst nicht verkaufen!“)

Auf der Alm ist es ganz anders, lieber Kurt, denn eine urige schöne Almhütte würde diesbezüglich sicher besser laufen. Wir müssen den Bauern eine legale Ausübung ermöglichen und brauchen diese bewirtschafteten Almhöfen, um unverwechselbares Gut, das es für die Touristen nur auf den Almen zu finden gibt. Ich glaube, das ist ein wichtiger Faktor für die Bewirtschaftungen unserer Almen. Ihr seht es überall, wo die Bundesforste von der CA dominiert werden, daß es in den Gräben finster wird, weil Grünflächen verschwinden und weil nur mehr aufgeforstet wird und diese Grünflächen nicht mehr bewirtschaftet werden. Eine Bewirtschaftung im Tourismus ist auch wichtig für eine flächendeckende Landwirtschaft, und da muß man die Rahmenbedingungen für unsere Bauern auf dem Sektor fördern und fordern. Ich glaube, mit erhöhten Auflagen ist dem nicht gedient.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Unternehmer sind Mittelbetriebe und Kleinbetriebe und beschäftigen über 50 Prozent unserer Mitarbeiter in unserem Land. Es ist wert, darüber nachzudenken, wie wir den Wirtschaftsstandort für die Kleinst- und Kleinbetriebe sichern und damit Arbeitsplätze sichern, und vor allem aber die Arbeitsplätze in den kleinen Gemeinden am Land sicherstellen und mit einer erhöhten Sicherheit des Wirtschaftsstandortes Kleinbetrieb in den kleinen Gemeinden. Diese Strukturen mutwillig durch unnötige Gesetzgebung zu zerstören würde einen noch stärkeren Zuzug in die Städte und noch stärkere Entvölkerung am Land bedeuten. Wollen wir diese Strukturen bewahren, brauchen wir keine zusätzlichen Gesetze, sondern müssen lediglich die vorhandenen liberalisieren, vereinfachen und erleichtern. Die spart gleichzeitig Bürokosten für den Unternehmer, aber auch für den Staat, der nicht mehr so viel kontrollieren braucht. Ich bin ein wirklicher Fan unseres Landesrates Paierl, und ich möchte ihn ersuchen, auf dem Sektor so weiterzumachen, denn ich glaube, er ist auf dem richtigen Weg. Wir müssen alles tun, um den Menschen das Unternehmensein zu erleichtern. Wir müssen mehr Freude bieten, Unternehmer zu sein, Leute einzustellen. Mir rieselt es kalt über den Buckel, wenn unseren Sanierern überhaupt nichts mehr einfällt. Es wäre ein Betrieb zu sanieren, um Leute zu entlassen. Es fällt keinem ein, daß Betriebe alles unternehmen können, um mehr Arbeitsplätze zu schaffen, um wirtschaftliche Bedingungen und Rahmenbedingungen zu haben, daß sie mehr produzieren können, daß sie mehr an Arbeit bekommen und den einen oder anderen Arbeitnehmer mehr anstellen. Ich glaube, auf dem Sektor müssen wir sicherlich umdenken, wenn wir die Arbeitslosenziffern senken wollen und in Zukunft senken können.

Lieber Herr Landesrat, ich wünsche dir in Zukunft, daß du von den Unternehmerinnen geliebt und von den Unternehmern bewundert wirst und viel Erfolg für die Steiermark hast für das nächste Jahrhundert. (Beifall bei der ÖVP. - 19.12 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

**Abg. Dr. Wabl** (19.12 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Diskussion dauert schon lange, und ich habe an sich nicht vor, sie unnötig zu verlängern. Ob ich neue Aspekte habe, weiß ich nicht. Ich wollte nur unseren Resolutionsantrag etwas verändern, damit auch die SPÖ hier zustimmt. Ein paar Anmerkungen zur Wortmeldung des Kollegen Gennaro möchte ich schon sagen. Ich bedanke mich vorerst für den Zwischenruf, daß ich einen Blödsinn rede, aber dieses Niveau bin ich von ihm ohnedies gewohnt. Ich möchte erstens folgendes sagen: Der Kollege Gennaro ist ein Wirtschaftsexperte von besonderen Gnaden. Dazu muß ich festhalten, wenn ich mir seine Vorstellungen von Wirtschaftspolitik so anhöre, dann würde ich mir wünschen, daß er endlich ein Unternehmen führt, weil das kann sich nur in schwarzen Zahlen bewegen und zu glorreichen Erfolgen geführt werden. Gott sei Dank ist das nicht so, weil in allen Bereichen oder in allen Branchen, wo Gewerkschafter ans Ruder gekommen sind, ich denke nur an den Konsum und ähnliche, ist das Ende ein anderes gewesen. Das ist einmal das erste. (Abg. Schrittwieser: „Das ist ja alt!“) Das ist auch alt, was er gesagt hat, und da hat der Löcker recht, denn das sind alte Hüte.

Ich halte es leicht aus, daß der Kollege Gennaro mir Gesinnungslosigkeit und Gesinnungswechsel vorwirft. Ich muß sagen, es gibt viele Länder, zum Beispiel in Deutschland, wo der Bundespräsident Heinemann sogar eine eigene Partei gegründet hat, und dort ist das sicher nicht an der Tagesordnung. Ich habe meine Fehler und meine Stärken. Ich habe gewußt, warum ich diese Partei verlasse und zu einer anderen Partei gegangen bin. Ob meine Gesinnung sich geändert hat, so glaube ich, daß sie relativ stabil geblieben ist. Eines kann ich dem Kollegen Gennaro aber schon sagen: Er selbst, und das wird ja heute sehr gerne verdrängt, und wir reden ja nicht mehr darüber, denn wir haben ja die Zeiten hinter uns gelassen und haben das alles bereinigt, hat dem Ansehen der Arbeitnehmervertreter, und ich habe das schon im Ausschuß gesagt, wo er den Kollegen Brünner so oberlehrerhaft attackiert hat, mich nicht, er hat jedenfalls als maßgeblicher Funktionär der steirischen Gewerkschaftsspitze und auch der Arbeiterkammer dazu beigetragen, daß das Ansehen der Arbeitnehmervertretung bei den Arbeitern oder bei den Arbeitnehmerinnen sicherlich nicht gestiegen ist.

Ich glaube, das kann ich da hier sagen. Er hat, ohne es jemals aufgezeigt zu haben, ich habe das im Ausschuß auch gesagt, dazu beigetragen, daß die Spitzengehälter in der Arbeiterkammer ungeahnte Höhen erreicht haben, solche Höhen, daß man fast feststellen kann, daß das sozialpolitische Gefüge in der Steiermark, aber in ganz Österreich darunter gelitten hat. Darauf kann man stolz sein, und wir reden auch nicht mehr drüber. Wir reden ja heute über die erfolgreiche Arbeit, und ich stehe nicht an zu behaupten, daß die Gewerkschaftsbewegung für Österreich und für unser Land wichtig ist und wichtig war und hoffentlich auch wichtig sein wird. Aber die Realpolitik und die Auswüchse dieser Gewerkschaftspolitik durch manche Funktionäre, wo es Spitzenzeiten gegeben hat, wo

manche acht, neun Lohnsteuerkarten gehabt haben und heute noch in der Preisklasse sich bewegen, das muß mir erst einmal einer nachmachen.

Und ein Zweites: Dort, wo sie maßgeblich tätig sind in der steirischen Gebietskrankenkasse, der Kollege Rader war ja dort auch lang tätig, denen ist es gelungen, obwohl es voraussehbar ist, wieviel dort eingenommen wird, wieviel auszugeben ist, daß heute sogar die steirische Gebietskrankenkasse sich in den roten Zahlen bewegt, wo es sehr schwer sein wird, eine so wichtige Institution wieder aus den roten Zahlen zu bringen.

Ein Letztes, Kollege Gennaro, du bis einer, der mich und auch andere sehr massiv attackiert immer wegen Privilegienverknüpfung, geschützten Bereich und so weiter. Auch du bewegst dich im geschützten Bereich. Und du bist heute da hereingekommen, wir haben immerhin schon, ich weiß nicht wie viele Stunden, diskutiert, ernsthaft mit hoher Sachkenntnis, ich vielleicht mit weniger Sachkenntnis, wie du behaupten wirst. Aber ich bilde mir ein, daß ich auch meine Ideen eingebracht habe, die du nicht gehört hast. Ich stelle aber folgende Frage in den Raum, ohne daß ich dir nahe-treten will und ohne daß ich deine Arbeit als Gewerkschaftssekretär beeinträchtigen möchte, aber du erlaubst mir diese Frage. Wenn alle, die hier als Abgeordnete tätig sind, heute ihrem bürgerlichen Beruf nachgehen, den sie auch ausüben, dann sitzen wir wahrscheinlich mit halber Mannschaft hier. Ich sage das nur. Ich will deine Leistung im Rahmen einer Betriebsversammlung und für die Arbeitsplätze nicht schmälern. Aber wenn du hier hereinkommst und mir vorwirfst oder uns so quasi hinhältest, du kämpfst für die Arbeitsplätze in der Steiermark und du bist ein erfolgreicher Mann und du kannst darauf hinweisen, was du alles leistest, dann bin ich auch einer, der dich fragt, ob letzten Endes – da bin ich sehr konsequent – nicht die Tätigkeit als Abgeordneter, die gut bezahlt ist, Vorrang hat. Ich male nur aus, was wäre wenn. Alle, die da herinnen tätig sind, und es sind die wenigsten Berufspolitiker, wenn die alle zu Hause geblieben wären und alle einem Beruf nachgehen, weil du bist so stolz darauf, daß du ohne jede Einschränkung, es gibt zwar angeblich keine Diäten mehr bei der Gewerkschaft, aber die Gewerkschaft und Arbeiterkammerer haben sich immer geweigert zu sagen, wir nehmen Reduktion in Anspruch, weil die beiden Berufe sich so herrlich verbinden lassen. Das nehme ich alles zur Kenntnis. Aber ich sage nur, wenn der Kollege Brünner nicht gekommen wäre, die Kollegin Beutl, die jetzt beim Landesschulrat arbeitet, der Kollege Majcen ist Direktor. Wer ist noch? Der Schinnerl ist bei der Finanz, die Frau Hartinger ist bei der Krankenanstaltengesellschaft m. b. H., dann ein paar sind Bundesheerler, ich bin karenziert, der Hohegger ist beim WIFI, der Herr Kröpfel ist Lehrer, die Frau Gross ist – glaube ich – bei der Merkur, der Herr Korp ist in Pöls, und alle hätten heute einen wichtigen Termin, auf den sie stolz sind und wo sie glauben, daß sie ihn ausüben müssen. Dann wären wir heute nicht beschlußfähig gewesen. Ich stelle das nur in den Raum, um einen kleinen Beitrag zu leisten für die Frage, wie weit manche vereinbar sind. Und wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Das wollte ich nur dir mitgeben, vielleicht zum Nach-

denken, aber das ist nicht unbedingt deine Stärke. (Abg. Gennaro: „Wenn die Gescheiten so ausschauen wie du, bleibe ich lieber da!“)

Ich möchte den Antrag, den ich heute eingebracht habe, insoweit modifizieren, als ich da hier sagen möchte, daß die Mittel nicht in zu teure Kanalprojekte fließen. Das ist ein Übereinkommen, und ich bitte dann den Herrn Hofrat Dr. Anderwald, daß er diese Modifikation zu Protokoll nimmt und wir dann über diesen Beschlußantrag – ich weiß nicht, wie viele wir schon haben – auch abstimmen. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 19.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker.

**Abg. Dr. Flecker (19.20 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Lieber Martin Wabl, ich danke herzlich für diese Klarstellung, wengleich der erste Teil deiner Rede einmal mehr die Aufarbeitung deines Problems mit dem Parteiwechsel ist. Du kannst sicher sein, wir sind dir nicht böse. Weil wir unter uns sind und weil es so schön intim wird, darf ich doch auch hier den Versuch eines Seiltanzes darstellen, der mir so aufgefallen ist. Und zwar geht es um das Verhalten zu den Anträgen, betreffend die Langzeitarbeitslosen zum ANHAF. Es wurden zwei Anträge eingebracht, ein Antrag von der SPÖ und ein Antrag von den Freiheitlichen. Und das Verhalten der ÖVP zeichnet sich dadurch ab, daß sie sich bei beiden Anträgen angeschlossen hat. Ich finde es eigentümlich, daß das das Verhalten einer Partei ist, die sich als bestimmd in diesem Hause sehen will. Ich befürchte eher, daß sie sich so nicht am Seil halten werden. Sie werden durch unsere Haltung der FPÖ gegenüber sicher nicht durch zwei Sessel durchfallen, aber sie laufen Gefahr, daß ihnen unterstellt wird, daß sie sich schon jetzt ein Netz suchen, das sie auffängt, wenn sie ein solches brauchen.

Meine Damen und Herren, und zur Freiheitlichen Partei. In diesem Zusammenhang möchte ich doch ein Wort sagen. Es scheint offenbar nur für eine Pressemitteilung zu genügen, was Sie über die Langzeitarbeitslosen gesagt haben, weil im Antrag ist es dann ja wesentlich harmloser geworden und ihr erweiternder Teil ist ja der, der eigentlich vom Bund schon erledigt ist durch einen internen Erlaß des Sozialministers, was die sogenannten Gnadenpensionen anlangt. (Abg. Schinnerl: „Wo ist der Erlaß?“) Daß du den nicht siehst, mag an deiner Stellung liegen. Arbeitest du bereits? Sitzt du schon im Finanzamt? Hast du schon einen Job?

Mag an deinem Problem liegen, daß du noch nicht in den Arbeitsprozeß des Bundes wieder eingegliedert bist. Aber ich glaube, daß es einmal sehr deutlich gesagt werden muß, daß dieses Problem erledigt ist und daß man sich eher blamiert, wenn man Sachen, die erledigt sind, noch einmal fordert und sich auf das dann letztlich reduziert.

Meine Damen und Herren, eigentlich wollte ich mich melden wegen der Wortmeldung meines sehr geschätzten und sehr ruhigen Bezirkskollegen Günther Posch, der sich auch heute in seiner Wortmeldung wirklich sehr ruhig und besonnen, aber vor

allem sehr ruhig verhalten hat. Ich halte diese Ruhe und diese Resignation, die aus dieser Rede zum Bezirk Liezen herausgekommen ist, für einen Ansatz, den ich nicht teile. Ich halte ihn deshalb nicht für einen Ansatz, den ich zu teilen hätte, weil ich meine, daß wir zuerst wollen sollen, bevor wir resignieren. Ich möchte dem Kollegen Posch, der sicher irgendwo in der Gegend ist, ganz gerne sagen, hätten wir diese resignative Haltung, die er hier von sich gegeben hat zum Bezirk schon die ganze Zeit gehabt, dann hätten wir heute nicht ein Stück zur Beratung, das immerhin (Abg. Tasch: „Das hast du vollkommen falsch verstanden, weil ich nie etwas von einer Resignation gesagt habe!“), lieber Kurt, zum Inhalt hat – und jetzt höre zu, weil sich das offenbar nicht ganz herumgesprochen hat, liebe Freunde – Infrastruktur in der Dachstein-Tauern-Region, 250 Millionen Schilling Landesbeteiligung an einem Infrastrukturprojekt. Ist das vielleicht aus Resignation entstanden? Bau am Galsterberg, 23 Millionen Investition des Landes. Ist das aus Resignation entstanden? Loser, 30 Millionen, ist das aus Resignation entstanden? (Abg. Dr. Karisch: „Das ist schon eine sehr seltsame Interpretation!“) Das, was ich sagen will, ist, ich bin schon der Meinung, daß der Günther Posch glaubt, daß das gut ist. Aber entstehen, liebe Freunde, kann so etwas nur – und der Kollege Vesko hat uns das letzte Mal im Ausschuß sehr genau gesagt –, wenn man will und wenn man fordert und wenn einem das ein Anliegen ist, nicht resignieren, nicht zurücknehmen, kämpfen für die Sache. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich wundere mich, daß er eben zu einem Antrag gesprochen hat, der heute nicht zur Debatte steht, der im Ausschuß der Regierung zugewiesen wurde und gerade auch von einem Abgeordneten in einem Bezirk und vor allem in einer Partei, die oft so locker sagt, die Steiermark hört bei der Mur- und Mürzfurche auf. (Abg. Dr. Karisch: „Das ist eine Unterstellung, Herr Abgeordneter; wir haben sehr viel getan!“)

Ja, meine Damen und Herren, jetzt sage ich euch etwas. Will denn der Herr Abgeordnete Posch – wir haben gestern noch in der regionalen EU-Konferenz darüber gesprochen –, will der Herr Kollege Posch denn nicht den Antrag des EU-Managements, den wir gemeinsam gestern beschlossen haben, alle Parteien, die da drinnen vertreten sind, auch die Freiheitlichen, auf Verwirklichung der Fachhochschule Rottenmann, der Fachhochschule Raumberg nicht mehr? (Abg. Dr. Karisch: „Das hat er nicht gesagt! Wer hat das gesagt?“) Gut, daß du da bist. Ist denn das Problem des Radweges im Ennstal als erhebliche Verbesserung der Tourismusstruktur, die nur zurzeit durch den Naturschutz verhindert wird? Wollen wir denn das nicht beheben und realisieren? (Abg. Dr. Karisch: „Ist auch ein wichtiger Punkt!“) Soll ich Ihnen das erklären, Frau Dr. Karisch? Kennen Sie sich aus dort? (Abg. Dr. Karisch: „Das brauchen Sie mir nicht erklären!“) Dann brauche ich es Ihnen nicht erklären, aber ich erkläre es Ihnen gerne. (Abg. Dr. Karisch: „Ich bin Vorsitzende des Naturschutzbeirates!“)

Die Naturschutzabteilung ist Eigentümer der ehemaligen Ennsregulierungsgründe, und dort geht ein natürlicher Weg entlang der Enns. Und das Land, vertreten durch die Rechtsabteilung 6 und Eigentümer

dieser Gründe, verweigert dem Land, also der Herr Naturschutzreferent dem Herrn Fremdenverkehrsreferenten, den Ausbau. Interessanterweise ist das ein Mensch, er ist nämlich beides in einem, der muß damit zu Rande kommen, daß er einerseits etwas will und andererseits sich selbst die Durchfahrt durch diese Gründe nicht gestattet. Ist es denn kein Anliegen mehr, daß das beseitigt wird oder daß die Nordische WM in Ramsau, von der wir wissen, daß sie 1999 abgehalten wird, daß die endlich ausfinanziert wird?

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß man sich nicht – und das gestehe ich jedem Abgeordneten, jeder Fraktion und jedem Bezirk zu, ich glaube, wir sollten uns nicht in Bescheidenheit üben, sondern wir sollten dort, wo wir technisch umsetzbare, in den Vorbereitungen fertige Projekte haben, darum kämpfen, daß sie umgesetzt werden, und wer sich dann durchsetzt, der bringt wenigstens was weiter. Aber wenn wir uns immer nur nach dem Rechenstift orientieren, dann werden wir irgendwann einmal resignieren müssen, so wie du das, lieber Günther, da gemacht hast. Es ist ja das, worüber du heute gesprochen hast, nicht nur ein Antrag, der in unseren Köpfen entstanden ist. Es ist das bitte auch der Wunsch der Bezirkswirtschaftskammer. Die sind ja an uns herangetreten. Du warst ja dabei, und die haben gesagt, seid doch bitte die Befürworter unserer Anliegen. Nichts anderes haben wir gemacht. Und wenn dann der Wirtschaftsvertreter hier in diesem Haus, der Kollege Hohegger, das Ganze dann letztlich als „Wunsch ans Christkindl“ bezeichnet, dann ist das eine Aussage des einen Vertreters gegen Bezirksinteressen, und ich sage, für die Art, wie Sie dort aufgetreten sind, Herr Kollege Hohegger, dafür sind Sie selbst verantwortlich. Da müssen Sie selber damit fertig werden. Aber für das, was Sie sagen, da muß ja die Politik irgendwo Mitverantwortung tragen. Und das ist das Problem in dem Zusammenhang. (Beifall bei der SPÖ.)

So, wie Sie mit den Dingen umgehen, so kann das nicht sein. Dieser Antrag, den wir der Regierung zuweisen, damit sie endlich Stellung dazu nimmt, dieser Antrag an die Regierung, da sind mehrere Landesräte zuständig. (Abg. Purr: „So eine Unverschämtheit muß man aushalten. Diese Charakterlosigkeit und Überheblichkeit!“) Was wolltest du sagen? (Abg. Purr: „Scheinbar bist nur du charakterlich so veranlagt, sonst wäre es nicht auszuhalten!“) Bitte? (Abg. Mag. Zitz: „Endlich ist es nicht mehr so fad wie in der ersten Periode in diesem Landtag. Endlich streitet die ÖVP und die SPÖ. Behalten Sie Ihr Temperament bei!“) Frau Kollegin Zitz, nein, nein, Sie werden es nicht schaffen, daß wir uns jetzt mit der ÖVP zerstreiten. Ich habe nur über den Zugang von Abgeordneten, von regionalen Abgeordneten zu Regionsproblemen gesprochen und über das Verhalten eines Wirtschaftsvertreters im Ausschuß zu Wirtschaftswünschen. (Abg. Mag. Zitz: „Ich nehme die Ausführungen demütig zur Kenntnis!“)

Ich glaube, daß man als Resümee zu sagen hat, daß wir als SPÖ nicht müde werden, etwas zu wollen und unsere Wünsche zu artikulieren. Denn, wenn wir uns schon der Mühe unterziehen – und das tut die Politik sehr heftig, und das tun auch meine Kollegen im Bezirk, egal, welcher Fraktion –, Projekte mitzugestalten, die unmittelbar umsetzbar sind, dann ist es nicht nur

unser Recht, sondern auch unsere Pflicht zu verlangen, daß sie auch tatsächlich umgesetzt werden zum Wohl der Menschen in einem solchen leidgeplagten Bezirk. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.32 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster Reder zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer. Er hat das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (19.32 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es gelingt mir zwar nicht, den Herrn Kollegen Flecker ernst zu nehmen, aber für das Protokoll möchte ich sagen, daß – wenn hier zufällig einmal jemand irrtümlicherweise nachliest – nicht jemand glaubt, der hat darauf nichts gesagt. Wissen Sie, Sie würden uns die Zusammenarbeit schwer machen. Aber mit dem Regierungsteam und vielen Ihrer Kollegen im Klub arbeiten wir und wollen wir auch gut zusammenarbeiten. Ich weise zurück einen Stil und möchte nicht mitwirken, daß ein solcher im Hause hier einkehrt, daß sich einer hier herstellt, gleich, welcher Partei er angehört und glaubt, vier Parteien belehren zu müssen, wie sie sich verhalten. Das, was der Kollege Posch gesagt hat, war von Sorge um die Arbeitsplätze, um die wirtschaftliche Entwicklung seines Bezirkes gezeichnet und von der Verantwortung, die er für diesen Bezirk trägt. Ich lasse es nicht zu, daß ein Mandatar meines Klubs auf diese Weise abqualifiziert wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Das zweite, Herr Oberlehrer, selbsternannterweise. (Abg. Dr. Flecker: „Können Sie auch noch werden!“) Ich habe nicht die Absicht. Wissen Sie, um den Titel bewerbe ich mich nicht. Da lasse ich Sie ganz allein! (Abg. Schrittwieser: „Da braucht man Jahre!“) Da braucht man Jahre? So lange ist er noch nicht Klubobmann und ist schon ein einziges Frustbündel. Das wird er immer wieder anhören müssen, und ich verstehe langsam, aber sicher nicht, warum wir Ihren Frust, den Sie hier ausbaden öffentlich, ertragen müssen? Bitte, machen Sie das im Klub. Ich weiß nicht, haben Sie im eigenen Klub nicht die Möglichkeit – (Abg. Dr. Flecker: „Denken wir an das, wie Sie dem Hofrat Wielinger im Ausschuß gedroht haben. Sind Ihnen da nicht die Nerven durchgegangen? Da waren Sie nicht einmal mehr der Herr Oberlehrer!“)

Aber, Herr Dr. Flecker, es wird mich niemand – auch Sie nicht – daran hindern, weder ein Professor in oder außer Dienst, daß ich meine Meinung sage. Es geht mir nur darum, Herr Kollege Flecker, ich bringe es auf den Punkt: Sie werden sich nicht hier herstellen und Noten verteilen. Denn wenn es Noten zu verteilen gebe, Sie hätten einen Fleck, Sie wären durchgefallen in diesem Landtag, wenn es drum und drauf ankommt. Das sage ich Ihnen in aller Form. (Abg. Dr. Flecker: „Ich weiß, daß Sie sich rechtfertigen müssen!“) Und wissen Sie, ich hätte mich gar nicht gemeldet, aber das eine möchte ich Ihnen sagen, wenn Sie auf diese beiden Anträge eingegangen sind zur Frage der Langzeitarbeitslosen: Ich habe in meiner Wortmeldung, weil ich mich heute mit dem Semmeringtunnel und anderen Verkehrsprojekten beschäftigt habe, darauf nicht Bezug genommen, denn Sie können denken wie Sie wollen über mich, in Fragen der Arbeitslosigkeit bin ich zurückhaltend bei aller Polemik, die ich in



manchen anderen Fragen vielleicht auch habe. Aber das sind Schicksale, und daher bemühe ich mich mit meinem Klub, hier eine Politik zu verfolgen, was wiegt, das hat es.

Es sind zwei wichtige Anträge in diesem Zusammenhang eingebracht worden. Beide – summa summarum – letztlich fast des gleichen Inhaltes. Ich habe es als eine Aufgabe von mir betrachtet, den Versuch zu unternehmen, möglichst alle Parteien auf diese Anträge einzuschwören, einen Antrag daraus zu machen. Es wäre uns gelungen. Es ist nur nicht gelungen, weil Sie, und ich sage Sie, ich sage nicht der SPÖ-Klub, es nicht zulassen wollen, daß auf einem solchen Antrag in diesem Zusammenhang mit den Langzeitarbeitslosen auch die Freiheitlichen dabei sind. Wir – und lassen Sie sich das gesagt sein –, wir grenzen nicht aus, und daher stimmen wir selbstverständlich dem in der Tat fast gleichen Antrag auch der Freiheitlichen zu, weil beide Anträge darauf ausgerichtet sind, dieses Problem zu lösen von Bundes- und Landesseite. Und dem Zynismus gebe ich mich nicht hin, auch noch einen dritten Antrag einzubringen, damit ich ihn nur ja eingebracht habe. Wir werden heute auch liberalen und grünen Anträgen zustimmen. Wenn sie gut sind, stimmen wir zu, denn das ist die Demokratie. Wir haben heute uns im ÖVP-Landtagsklub auf einen Schwerpunkt festgelegt. Das ist der Schwerpunkt „Schiene“, das ist der Schwerpunkt „Verkehr“. Ich habe diesen Beschlußantrag in der Früh den Klubobleuten überreicht. Ich bin froh, daß drei der fünf Parteien mitgehen, weil ich sage, gemeinsam sind wir stärker. (Abg. Mag. Zitz: „Können wir bei der Energieholding darauf zurückkommen?“) Bei der Energieholdingdiskussion, Frau Abgeordnete Zitz, stehe ich zu meinem Wort. Wir haben im Ausschuß zugestimmt, wir werden heute zustimmen. Wir wackeln nicht! (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 19.37 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren! Das, was ich jetzt sage, sage ich zu niemand bestimmten in diesem Haus, denn ich hätte mich allein in der Zeit, in der ich jetzt hier den Vorsitz habe, viermal melden können. Ich bitte Sie, zur Sache alles zu sagen, aber nach Möglichkeit nicht einander zu beschreiben, zu beurteilen, zu qualifizieren oder auch das Seelenleben zu analysieren. Ich bitte Sie, mich da nicht mißzuverstehen.

Der nächste in der Wählerliste ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Er hat das Wort.

**Abg. Günther Prutsch (19.38 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich glaube, die Stunde ist fortgeschritten. Ich werde mich sehr kurz fassen und bemühen, mich auf das Wesentlichste zu beschränken. Ausgehend von der Bauinitiative ist nun eine größere Wirtschaftsdebatte entstanden. Ein Grund für mich, daß ich mich auch hier zu Wort melde. Ich möchte fast sagen, der Otto Heibl hat mit seiner Bauinitiative auch eine größere Beschäftigungsinitiative für Abgeordnete bewirkt. Es haben sich sehr viele zu diesem Thema zu Wort gemeldet. Es ist eine große Sache, die der Otto Heibl mit vielen anderen hier initiiert hat, und obwohl einige gemeint haben, man hätte das anders machen sollen,

eine andere Finanzierungsmöglichkeit. Ich glaube, insgesamt in der Sache trifft das den Kern. Wir schaffen Beschäftigung, und das ist das Wesentlichste.

Es ist sehr vieles hier in dem Zusammenhang schon gesagt worden, daß ein Infrastrukturausbau erforderlich ist und der allseits auch gefordert wird. Sehr viele sprechen hier in diesem Raum und auch draußen bei Diskussionen von Rahmenbedingungen, obwohl ich manchmal nicht verstehe, was damit gemeint ist. Ich habe einmal kürzlich einen Aufsatz gelesen, da hat man gemeint, daß manche mit Rahmenbedingungen wohl nur den Rahmen ihres Tennisschlägers meinen. Manchmal ist es wirklich so der Fall. Der Herr Klubobmann der Freiheitlichen hat gemeint, daß es eine erforderliche Katalysatorfunktion geben muß, und ich glaube, diese Katalysatorfunktion ist damit auch erfolgt. In der jüngsten Vergangenheit hat man gemerkt, und es hat sich gezeigt, daß die öffentliche Hand auf diverse gezielte Impulse ganz einfach nicht verzichten kann. Man muß Dinge in Gang setzen, die einfach allein nicht in Gang kommen. Das ist ganz wichtig.

Die Frage der Beschäftigung ist ohne Engagement der öffentlichen Hand offenbar und tatsächlich nicht lösbar. Man darf keinesfalls davon ausgehen, daß die vielgerühmte Marktwirtschaft tatsächlich so sozial ausgewogen ist und so sozial agiert, daß sie sich den Arbeitsmarktproblemen, den Arbeitsplatzproblemen in ausreichender Form widmet oder gar von selbst löst. Bund und Land, aber auch die Gemeinden sind aufgerufen, diese Fragen ernst zu nehmen. In vielen Fragen gibt es Gott sei Dank weitestgehend Übereinstimmungen. Wir haben es hier sehr eindrucksvoll gehört, trotz verschiedener kleinerer Geplänkel. Dieser Geist, dieses Problembewußtsein muß sich aber noch viel stärker in den Regionen draußen, wo es tatsächlich darauf ankommt, durchsetzen. Es ist heute schon sehr viel darüber diskutiert worden, und der Kollege Schleich hat versucht, das ganz ordentlich darzustellen, wie es zu diesem Problem gekommen ist, eben die unrühmlichen Vorgänge in Feldbach. Diese unrühmlichen Vorgänge sind Beweis genug dafür, daß Arbeit, Arbeitslosigkeit, Beschäftigung in vielen Fällen noch immer nicht jenen Stellenwert in den Regionen draußen findet, den diese Problematik eigentlich haben müßte. Und Konflikte – das ist in Feldbach ganz eindrucksvoll passiert – werden am Rücken der Betroffenen ausgetragen.

Meine Damen und Herren, in Feldbach geht es nicht nur um das Schicksal dieser 64 Langzeitarbeitslosen, sondern es geht – und das müssen wir uns bewußt sein – vor allem um das Klima, den Geist und die Atmosphäre, in der wir mit diesem Problem umgehen. Wir dürfen uns nicht darüber hinwegschwindeln, daß es in sehr vielen Regionen noch immer unmöglich ist, beschäftigungswirksame Projekte in Zusammenarbeit mit den Gemeinden oder aufbauend auf den Gemeinden, vor allem rasch genug oder überhaupt in Gang zu setzen. Ein wesentlicher Grund – wir haben ein ähnliches Problem in unserem Bezirk – und ich sage es rechtzeitig, auch in meinem Bezirk ist ein derartiges Beschäftigungsprojekt, das im August begonnen hat, in absehbarer Zeit vom Ausbedroht. Und zwar nur

deshalb, weil sich trotz verstärktem Engagement der Stadtgemeinde Mureck keine andere Gemeinde findet, sich nur an einer Ges. m. b. H. zu beteiligen mit relativ geringen finanziellen Aufwendungen. Und wenn Sie mich fragen, warum, dann muß ich sagen, weil sehr viele sich ganz einfach nicht mit diesem Problem beschäftigen möchten, und ich möchte auch dazusagen, daß das Argument der Nichtfinanzierbarkeit oder der offensichtlich oder immer wieder angeführten zu hohen finanziellen Belastungen hier einfach nicht gelten darf.

Meine Damen und Herren! Wer heute und hier gesagt hat, daß Beschäftigungsinitiativen und Beschäftigungsaktionen gut sind, der hat die verdammte Pflicht, sich draußen in den Regionen tatkräftig einzusetzen. Der Kollege Lopatka hat erklärt, warum aus seiner Sicht dieses Projekt in Feldbach zu Fall kam. Leider ist er nicht da. Ich hätte ihn gerne gefragt, warum er nicht als letzten Ausweg folgenden Vorgang gewählt hätte, daß der Sozialhilfeverband vorfinanziert hätte und danach sich die betroffenen Gemeinden auf die Finanzierung des Projektes geeinigt hätten. Dann wäre das nicht passiert, daß jetzt 64 Langzeitarbeitslose einer Hoffnung ärmer wären. (Beifall bei der SPÖ.)

Er hat mir zugestanden, daß ich mich in diesem Bereich auskenne, weil ich in diesem Bereich arbeite. Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, Arbeitslosigkeit ist die teuerste Form des Nichtstuns, und wir können es uns in unserer Gesellschaft in Zukunft nicht leisten.

Wir haben es uns auch in der Vergangenheit nicht leisten können. Wir haben es uns oft und zu lange geleistet, lieber Kurt Tasch. (Abg. Tasch: „Na, na!“) Lieber Freund Tasch, ich bin eigentlich enttäuscht, daß jetzt kurz vor Ende der Debatte wieder ein Einwurf in die Richtung kommt, wo man sagen muß, der Versuch, die Arbeitslosen zu bekämpfen, reicht aus, um offensichtlich Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das ist traurig, und das muß ich dir wirklich sagen. (Beifall bei der SPÖ.) Über Stunden haben wir in Zusammenarbeit Gemeinsamkeit beschworen, haben gemeint, daß es nur in dieser Form gehen wird. (Abg. Tasch: „Tausende Arbeitslose in unserer und in der Nebenbranche! Unsere Leute sind zum Großteil nicht bereit, diese Arbeit zu übernehmen!“) Das ist vollkommen richtig. Aber wie du weißt, und damit möchte ich schon enden, es heißt nicht umsonst Arbeitsmarkt, Angebot und Nachfrage stehen sich gegenüber. Da muß ich einfach feststellen, daß sehr oft diverse Angebote an Beschäftigung nicht marktfähig sind und daher von inländischen Arbeitskräften auch nicht angenommen werden. Die Beschäftigung und die Sozialpolitik, und das möchte ich dem Kurt Tasch auf die Reise auch noch mitgeben, sind in Zukunft nicht Aufgabe allein des Bundes oder einiger weniger Politiker, sondern es ist letztlich Aufgabe von uns allen. Dazu sollten wir uns bekennen, und dazu fordere ich auch den Kurt Tasch auf, wenn er es heute auch nicht ganzso begreifen mag. (Beifall bei der SPÖ. – 19.47 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Posch.

**Abg. Posch (19.47 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Keine Angst, ich werde mich sehr kurz halten. Jetzt finde ich den Kurt nicht. Aber ich glaube, als ich zuerst gesprochen habe, war er auch nicht herinnen, weil er mich letztendlich vorhin auch ein bißchen unrichtig zitiert hat. Wie er gesprochen hat, war ich nicht herinnen. Ich habe kurz drüben ferngesehen. Es steht eins zu null für den GAK. (Abg. Vollmann: „Wenigstens ein Trostpflaster!“) Ich bin dann aber gleich herübergekommen. Der Spielstand war vor zehn Minuten so. Aber der Kurt wird sicher irgendwo auch das mithören können.

Ich möchte ein paar Punkte noch einmal ganz klar präzisieren, die ich wirklich gesagt habe. Ich habe gesagt, ich bekenne mich zu den vorgeschlagenen Projekten und im besonderen auch zur Auflistung der SPÖ. Ich bekenne mich dazu, denn sie ist gut und wichtig. Ich möchte aber auch vorher eine realistische Finanzbedeckung haben. Ich möchte nur keine Katastrophenstimmung, wie sie in der letzten Zeit ein bißchen im Bezirk durch die Presse gejagt wurde, denn die schadet. Teilweise nicht bedeckte Wunschlisten erzeugen falsche Hoffnungen. Das war der Kern, und ich sehe darin keine Probleme und auch kein Problem im Inhalt mit der Arbeit für den Bezirk. Ich rede im übrigen immer ein bißchen ruhiger, weil die Lautstärke an sich die Argumente nicht verbessert. Ich habe am Schluß eigentlich die Einladung ausgesprochen, daß wir gemeinsam weiterarbeiten, und ich bekräftige dies damit wieder, im speziellen für den Kurt, wenn er irgendwo in den Räumlichkeiten das mithören kann. (Beifall bei der ÖVP. – 19.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als vorläufig Letztem der Damen und Herren des Hauses erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schrittwieser das Wort. Dann dem Herrn Landesrat Paiarl.

**Abg. Schrittwieser (19.49 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Die Wirtschaftsdebatte hat heute gezeigt, daß jeder für sich auf seine Art signalisiert hat, in welcher Form seine Betroffenheit ist, in welcher Form er die Sorgen, die wir mit der Beschäftigung in diesem Land haben, nach außen trägt. Ich glaube, es hat vieles, was hier gesagt wurde, große Bedeutung, und die Debatte soll ja auch den Sinn haben, daß die, die nicht das Privileg „Arbeit“ haben, in das Privileg versetzt werden, Arbeit zu haben. Wenn wir uns die Prognosen und Analysen ansehen, wohin sich die Wirtschaft entwickelt, daß eine soziale Bindung an Belegschaft oder Standort total verlorengegangen ist, daß es zu einer Kapitalisierung der Wirtschaft gekommen ist, die nur nach hinten losgehen kann, wenn das alles Wirklichkeit wird, dann werden diese Sorgen, die wir heute hier besprochen haben, noch kleine Sorgen sein. Darum nehme ich auch vielen, die sich hier zu Wort gemeldet haben, diese Sorge um die Beschäftigung und um die Arbeitslosen ab.

Ich möchte daher zu Beginn die Frage des Verhaltens der Freiheitlichen Partei, was die Stahlpensionisten betrifft, die auch Arbeitslose sind, unter die Lupe nehmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Klubobfrau! Das gilt wohl nur bei

Jörg Haider, daß man sagen kann: Sei still! Bei uns gilt das nicht. Wir sprechen trotzdem, aber ihr dürft dann nicht mehr. Aber, Freunde, ihr habt 1995 bei der Gemeinderatswahl auch wegen eines Wahlgags mit dem Schicksal der Langzeitarbeitslosen gespielt, indem ihr gesagt habt, wir nehmen diesen Gemeinderat, der auf einer Namensliste kandidiert hat oder kandidieren wollte, schön schnell auf die freiheitliche Liste, weil da sähen wir ein paar Stimmen ab und wir werden es den Roten in Kapfenberg schon zeigen. Daß der Wähler mündig ist, hat er gezeigt, daß diese Maßnahme mit dem Verlust eines Mandates honoriert wurde. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Weil sie den Rechberger gewählt haben!“ – Abg. Dr. Karisch: „Was hat das mit der Wirtschaft zu tun?“) Jetzt haben wir, meine Damen und Herren, die Europawahlen, und plötzlich entdeckt die Freiheitliche Partei wiederum das Schicksal der Stahlpensionisten. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Schinnerl: „Wie der Vranitzky!“)

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß man auch mit diesen Menschen nicht spielt. Wir haben sehr deutliche Signale an den Herrn Bundeskanzler gesandt. Ich schaue mir solche deutlichen Signale bei euch an, wie wir sie an den Herrn Bundeskanzler gesandt haben, wo wir gesagt haben, wenn der Herr Bundeskanzler nach Kapfenberg kommt und die Frage der „Gnadenpensionen“ nicht gelöst ist, dann werden wir nicht auf seiner Seite stehen, sondern auf der Seite der Betroffenen. Diese Eindeutigkeit würde ich mir bei den Freiheitlichen einmal wünschen. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt gehen Sie her und bringen hier Anträge ein über Dinge, die bereits erledigt sind. Ich habe Kollegin Bleckmann schon gesagt, daß sie in der Vergangenheit lebt. Wir arbeiten aber für die Zukunft. Wenn Sie heute einbringen, die „Gnadenpensionen“ müssen erhalten bleiben, wo es längst erledigt ist, dann verstehe ich das nicht. Auch die nächste Frage: Wir bekennen uns, daß die Stahlpensionisten, obwohl viele andere auch davon betroffen sind, die keine Stahlpensionisten sind, aber das wissen wir, diese Zusage, die die Politik gegeben hat, daß sie mit 55 erleichtert in Pension gehen können und erst jetzt mit 57, daß diese Härte über den Härteausgleichsfonds bereinigt wird, daß die Politik ihre Zusagen hält.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, zuerst haben wir die Aufgabe, daß wir den Bund in die Pflicht nehmen und sagen, liebe Bundesregierung, ihr habt diese Zusage gemacht, jetzt habt ihr das Gesetz geändert, übrigens auf Betreiben vieler, wir müssen aber diese Zusagen trotzdem einhalten. Ich gebe jedem zu, der sagt, es gibt viele andere Betroffene. Es gibt Betroffenheit im Handel, Gewerbe und in anderen Berufsgruppen. Aber, meine Damen und Herren, es geht hier nicht nur um die Schillinge, die wir hier zusätzlich abfedern, sondern es geht hier um die Glaubwürdigkeit der Politik. Wir werden für diese Glaubwürdigkeit hier in der Steiermark kämpfen, daß die Bundesregierung ihre Zusagen einhält. (Beifall bei der SPÖ.) Wenn sie es nicht tut, freue ich mich, wenn Sie auf unserer Seite stehen, wenn wir versuchen, diese Härten abzufedern, meine Damen und Herren, denn diese Leute sind nicht für ein politisches Spiel vor Gemeinderats- und Europawahlen zu haben, und wir werden das auch nicht zulassen. (Abg. Mag. Bleck-

mann: „Sie haben unseren Antrag nicht gelesen! Ihr habt kalte Füße gekriegt!“) Das ist heiße Luft, wenn es von euch kommt, weil ihr seid in dieser Frage nicht glaubwürdig. (Abg. Mag. Bleckmann: „Das hat der Bund gesagt!“ – Abg. Schinnerl: „Ihr tut nur versprechen und nicht Wort halten!“)

Kollege Schinnerl, weil du dich zu Wort meldest – (Abg. Ing. Peinhaupt: „Jetzt ist es euch nur mehr heiß, aber sonst nichts, und die Luft ist euch weggeblieben!“) Es ist keine Frage, daß es uns heiß ist, vor lauter Anstrengung für die Menschen in unserem Land.

Aber, Kollege Schinnerl, weil du dich so bemüht hast und uns täglich über die Presse mitgeteilt hast, wie sehr du dafür bist, daß man über den Härteausgleichsfonds diese Härten ausgleicht. Im Beirat, Kollege Schinnerl, haben unsere Vertreter, beginnend mit Gennaro und anderen, diese Frage zur Sprache gebracht und haben verlangt, daß auch diejenigen, die die Punkte 1 bis 3 in den Richtlinien nicht erfüllen, daß der Paragraph 10 angewandt wird, daß hier auch anderen, die schon länger betroffen sind, geholfen werden kann.

Weißt du, warum, Kollege Schinnerl, in dieser Beiratssitzung – (Abg. Schinnerl: „Du bist ja gar nicht im Beirat. Du hast keine Ahnung!“) Kollege Schinnerl, ich weiß, daß dir das unangenehm ist, aber es muß gesagt werden. Diese Zweischneidigkeit muß an den Tag gebracht werden. In dieser Sitzung wurden deshalb diese Hilfen nicht beschlossen, weil du dagegen warst und daher keine Einstimmigkeit gegeben war, daß wir weitreichende Beschlüsse im Beirat fassen. Und dann gehst du her und sagst, wir wollen besonders über diese Frage fördern. (Abg. Schinnerl: „Das war ganz etwas anderes. Du sagst die Unwahrheit; du bist uninformiert!“ – Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Bleib bei der Wahrheit!“) Das ist eine Zweischneidigkeit, aber es wird in diesem Haus, Kollege Schinnerl, deine Haltung niemand verwundern, weil wir kennen sie. (Präsident Dr. Strenitz: „Ich bitte die Kollegen, Herrn Schinnerl und Herrn Schrittwieser, nicht in einen Dialog zu verfallen, den keiner zuhört und der auch nicht in das Protokoll kommt!“)

Dann vielleicht eine Frage noch, weil wir über die Beschäftigung reden. Der Kollege Hohegger und ich waren ebenfalls sehr verwundert über die Aussagen, wie Schinnerl erklärt hat, wenn jeder Bezirk daherkommt und seine Wünsche formuliert, dann muß ich, meine sehr verehrten Damen und Herren, etwas korrigieren, weil wir haben einstimmig, wie wir der EU beigetreten sind, uns zur Regionalpolitik bekannt, wir haben regionales Management spät, weil wir lange behindert wurden dabei, eingerichtet. Wir haben Planungsbeiräte installiert mit dem Auftrag, ihr Schicksal und ihre Projekte und ihren Entwicklungsplan selbst zu erarbeiten. Und das werden wir auch tun. Wir haben auch gesagt, und bei jeder Gelegenheit erklären wir das, es wird für keine Region irgend jemand von Graz oder Wien daherkommen und ihre Probleme lösen, sondern sie werden es selbst tun müssen. Und darum werden wir uns, wenn wir diesen politischen Auftrag geben, daran gewöhnen müssen, daß Bezirke hier in den Landtag kommen und sagen, das sind unsere Forderungen und die wollen wir durchsetzen. Und da kann ich dies nicht politisch so abwertend beurteilen. Ich möchte es nur sagen. Und

wenn der Kollege Flecker hier Stellung dazu bezieht, muß ich sagen, was auch sein gutes Recht ist, daß er das tut, ist die Aufregung nicht angebracht. (Abg. Mag. Hohegger: „Ich habe den Antrag für den Bezirk Liezen mitbeschlossen, weil ich auch für den Bezirk Liezen bin. Ich habe nur den Fehler gemacht, eine Frage zu stellen über Dinge, die wir Abgeordnete fordern, beschließen, auch bezahlen können. Ich werde es mir nicht nehmen lassen, an die Sozialdemokraten Fragen zu stellen. Ich möchte richtigstellen, daß ich dem letzten, diesem Antrag zugestimmt habe!“)

Richtig! Kollege Hohegger, natürlich müssen Fragen gestellt werden, viele. Und wir sitzen oft sehr lange, wo wir fragen, ob die eine oder andere Frage noch notwendig war. Die war sicher notwendig. Nur eines können wir nicht tun, Kollege Hohegger, wir können nicht den Regionen, wenn Sie ihre Ziele formulieren, die natürlich auch überlegen müssen, aber nicht nur, ob das finanzierbar ist. Da, glaube ich, haben wir eine Verantwortung zu sagen als Landtagsabgeordnete, paßt es in unsere Prioritätenliste? Paßt es in unsere Finanzierbarkeit? Da sind wir gefordert, aber nicht die Region. Wo wären wir heute in den Regionen, wenn nicht weit höhere Ziele formuliert worden wären, als dann tatsächlich umgesetzt worden sind. Und, Kollege Schützenhöfer, wenn du dich über den Kollegen Flecker aufregst. Schau! (Abg. Schützenhöfer: „Du regst dich gar nicht mehr auf!“) Du stellst dich mit einer Ruhe her und beginnst deine Rede mit den Vranitzky-Lügen. Ich sage eines, meine Damen und Herren, der Vranitzky hat sein Bekenntnis zur Steiermark immer abgelegt, und es würde vieles nicht geben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Abgelegt in der Schublade!“)

Ob es die Standorte in der verstaatlichten Industrie sind, ob das die Infrastrukturprojekte sind. Und zu diesem Vranitzky-Brief. (Abg. Schützenhöfer: „Der Vranitzky, der Streicher und der Rechberger sind die ersten gewesen, die den Stahlpensionisten die Pensionen genommen haben. Das ist ein schönes Bekenntnis!“) Der Vranitzky, Kollege Schützenhöfer, da erwarte ich von dir, daß du dich besser auskennst, der Vranitzky kann diese Pensionen gar nicht wegnehmen. Das weißt du. (Abg. Schützenhöfer: „Den Stahlpensionisten hat er nicht die Pension genommen?“) Der Vranitzky hat auf politischer Ebene dafür gesorgt, daß den Betroffenen hier eine gewisse Abfederung gegeben wurde. Jawohl!

Kollege Schützenhöfer, ich will ja nicht alte Geschichten aufwärmen, aber ohne daß ich sage, welche Meinungen es über die Steiermark und die Obersteiermark gegeben hat, aber der Bundeskanzler Vranitzky ist zu seinem Wort, was die Steiermark betrifft, immer gestanden. Er war auch derjenige, der gesagt hat, meine Herrschaften, hier gibt es eine Zusage an Gnadenpensionisten, an Stahlpensionisten, und er hat den Sozialminister beauftragt, dies einzulösen. Und da stellst du dich her und sagst, die Vranitzky-Lügen. Ich sage dazu, weil du immer die Briefe anschneidest. (Abg. Schützenhöfer: „Das Wort ‚Lüge‘ habe ich nicht gewählt!“) Vranitzky-Lügen, das Wort habe ich hier wörtlich mitgeschrieben. Ich nehme gerne zur Kenntnis, wenn du das zurücknimmst. (Abg. Schützenhöfer: „Ich kann nicht etwas zurücknehmen, was ich nicht gesagt habe. Wenn ich es gesagt hätte, täte es trotz-

dem stimmen, aber ich habe es nicht gesagt!“ – Abg. Vollmann: „Ein guter Formulierer!“) Nein, das ist nicht richtig, Also in dieser Frage würde ich mir wünschen, daß alle Vertreter deiner Fraktion in Wien so zu dem Land stehen würden.

Und nun zu den Verkehrsprojekten, meine Damen und Herren! Es gibt keinen einzigen, der nicht weiß in diesem Hohen Haus und auch darüber hinaus, daß die sozialdemokratische Fraktion für diese Projekte, die für euch heute so dringlich sind, seit Jahren eintritt. Wir haben es aber nie zusammengebracht, daß die damals zuständige Verkehrsreferentin etwas durchgesetzt hätte. Wir haben nicht zusammengebracht, daß sie den Pröll dazu gebracht hätte, nicht gegen diesen Semmeringtunnel zu sein. (Abg. Dr. Karisch: „Ihr habt den Häupl auch nicht bekehrt!“) Und ich freue mich heute, daß diese Dringlichkeit, weil das jetzt in die Kompetenz von Landesrat Ressel fällt, auch eurerseits bekundet wird. Weil in dieser Zeit, seit Ressel zuständig ist, ist folgendes passiert: Seit Jahren fordern wir den Verkehrsverbund flächendeckend für die Steiermark. Ressel hat diese Funktion sechs oder sieben Monate, der Verkehrsverbundvertrag ist unterschrieben mit dem Bund, der wird am 30. November in Kraft treten.

Wir sind kurz vor dem Abschluß mit einem Nahverkehrsvertrag. Der Park-and-ride-Vertrag ist bereits unterschrieben. Ich muß euch sagen, daß das natürlich unangenehm ist, wenn Jahre hindurch das nicht gelungen ist und jetzt ist es gelungen, das verstehe ich. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ein Wort zum Bundesminister Scholten. Auch da hätte ich mir, meine Damen und Herren, so klare Worte an eure Fraktion gewünscht, wie ich sie oder wir sie an den Scholten gerichtet haben.

Wir haben ihm mitgeteilt, brieflich, aber auch über die Medien, und wir waren die ersten, da schließe ich mich mit ein, das Vertrauen gegenüber Minister Scholten ist von den Steirern, insbesondere von der SPÖ-Landtagsfraktion, sehr beeinträchtigt. Er hat keine Freude damit gehabt, weil wir gesagt haben, wir haben die Zusage des Bundeskanzlers und des Finanzministers und damaligen Verkehrsministers. Und ich bin überzeugt, wenn wir nicht nachlassen, daß es diesen Tunnel geben wird. Ich schätze das als eine Ungeschicklichkeit des Ministers, die jeden einmal passieren kann. Aber wir werden in der Sache nicht nachgeben. Und ich bin sehr froh darüber, daß jetzt der Eifer in der ÖVP für die Verkehrsprojekte auch so groß ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „War er immer!“)

Jetzt zum Terminal: Ein Wort zum Terminal, liebe Freunde.

Ich habe das in einem Zwischenruf schon gesagt. Wir sind zusammengesessen, auch Kollege Vesko war mit dabei, und das war ja deine Aussage heute, in der Wirtschaftskammer vor einem Jahr, auch die Frau Landeshauptmannstellvertreter war damals mit uns dabei, und damals hat der Generaldirektor der ÖBB, mit dem ich nicht einverstanden bin, was die Südbahn betrifft, weil er eindeutig die Westbahn bevorzugt, und das sage ich auch ganz offen, und wir werden viel brauchen, daß wir mit Überzeugungskraft ein Umdenken auslösen, ganz klipp und klar ohne Mißverständnisse erklärt, und, Kollege Hohegger, ich würde

Sie bitten, daß Sie hier einwirken, und Kollegen Paierl als Landesrat ebenfalls, einen Terminal in diesem Ausmaß nicht in die grüne Wiese stellt, wenn das Land Steiermark selbst, das heißt die steirische Wirtschaft, nicht ihr Interesse bekundet, nicht nur, daß sie verbal sagt, „ich will ihn“, sondern auch mitwirkt bei der Finanzierung. Dann wird er dies tun. Wenn das nicht passiert, so damals die Aussage, dann wird es den Terminal nicht geben. Jetzt ist ein Jahr vergangen, und ich höre, daß es diese Willenskundgebung, daß man den Terminal wirklich braucht, von seiten der steirischen Wirtschaft noch nicht gibt. Ich gebe schon zu, daß Verkehrsminister Klima gesagt hat, er macht ihn nicht, wenn er nicht bestellt wird. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das stimmt nicht ganz. Er hat gesagt: Ich mach' ihn nicht, ich fahr mit dem Zug dort hin!“) So war es, Kollege Vesko.

Er macht ihn nicht, wenn er nicht bestellt wird und die steirische Wirtschaft sich nicht miteinbringt. Zu dem bekenne ich mich. Das ist gesagt worden. Aber ich trete für den Terminal ein. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wer bestellt die Westbahn?“)

Die Wirtschaft im Westen hat sicherlich andere Interessen bekundet. Aber wenn ich weiß, Herr Kollege Paierl, und Sie sind ja noch nicht so lange in der Funktion des Wirtschaftslandesarates. Sie behaupten es von Ihnen auch, daß dieser Terminal nicht kommt, wenn die steirische Wirtschaft kein Interesse bekundet, und ich weiß das ein Jahr, dann bin ich nach einem Jahr überrascht, daß das so ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Entweder gebe ich eine Stellungnahme ab und sage, wir wollen diesen Terminal, aber die steirische Wirtschaft ist nicht bereit, hier mitzutun, dann wissen wir, wie wir dran sind, und dann reden wir darüber, wollen wir ihn trotzdem oder nicht. (Abg. Purr: „In Wien wird alles gebaut, und niemand zahlt mit von der Wirtschaft. Wieso denn wir immer mitzahlen?“) Kollege Purr, das ist ja nichts Neues, was du jetzt gesagt hast. Auch wir regen uns permanent auf, daß der Osten derartig bevorzugt wird. Wir werden keine Minute müde werden, um diese Benachteiligung, und da halten wir besser zusammen, wettzumachen. Nur bekämpfen wir uns nicht dauernd in dieser Frage, weil jetzt zufällig ein Roter Landesrat ist. Sind wir froh, daß wir ihn haben. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Purr: „Was machst du in diesem Fall?“)

Sind wir froh, daß wir ihn haben, weil damit bekommen die Steirer die restlichen Gelder außerhalb der Zentralräume. Weil, was haben wir gemacht, lieber Freund Purr? Im Verkehrsverbund haben wir einen Zentralraum Graz und im südlichen Teil von Graz gemacht, und beim ländlichen Bereich in Hartberg und in der Obersteiermark hat man auch gesagt, machen wir noch nicht. Warum nicht? Weil man noch nicht so weit war. Das heißt, es ist ja in Graz nichts anderes passiert als in Wien. Nur, es wird an uns liegen, daß wir diese Ungerechtigkeit beseitigen.

Meine Damen und Herren, darum glaube ich, und das darf ich abschließend sagen, liebe Freunde, und ich weiß nicht, wer die letzten Diskussionen und Gespräche genau verfolgt hat, daß wir in der Zukunft ein Problem haben. Wir können da reden, was wir wollen, vom Arbeitsmarkt, der natürlich ausschließlich auf Gewinnmaximierung und Personalreduzierung ausgerichtet ist, das ist leider so. Aber die Wirtschaft

wird noch erkennen, daß das ein Unsinn ist. Das ist europaweit so, nicht nur in Österreich. Wer hat denn auf dem heutigen Arbeitsmarkt noch Platz? Das sind die Jungen, die gut Ausgebildeten, das sind die Starken, das sind die Mobilien, und dann, liebe Freunde, sind wir schon fertig, wer auf dem jetzigen Arbeitsmarkt noch Platz hat. Was machen wir denn in Zukunft mit jenen, die keine Matura haben und nicht so gut ausgebildet sind (Abg. Pußwald: „Facharbeiter!“), die behindert sind, die körperlich nicht so stark sind, die mit 40 oder 45 ihren Job verlieren. Was machen wir mit denen, liebe Freunde? Die haben auf diesem jetzigen Arbeitsmarkt keinen Platz. Ich glaube, wir sind als Landtag gut beraten, darüber nachzudenken, daß wir einen zweiten Arbeitsmarkt brauchen und daß wir viel mehr finanzielle Mittel in diesen zweiten Arbeitsmarkt, in den Arbeitsmarkt für Projekte, das heißt in die aktive Arbeitsmarktpolitik hineingeben müssen. Wenn wir das nicht tun, meine Damen und Herren, dann wird uns eine Arbeitslosigkeit überschwemmen, die uns alle vor gewaltige Rätsel stellen wird. Ich glaube, wir sollten eher daran denken, diesen zweiten Arbeitsmarkt aufzubauen, und auch den Benachteiligten unserer Gesellschaft eine Chance geben. Ich danke Ihnen. (Beifall bei der SPÖ. – 20.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schinnerl.

**Abg. Schinnerl (20.11 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Schrittwieser, ich muß eine Berichtigung anbringen. Ich glaube, deine Ausführungen können nur damit zu tun haben, daß du schlecht informiert bist, daß in euren Reihen die rechte Hand nicht weiß, was die linke macht, denn sonst könnte so etwas nicht passieren.

Die tatsächliche Berichtigung lautet: Im Beirat wurde folgender Beschluß mit drei Punkten einstimmig genehmigt. Der Punkt 1 war die Weiterführung des Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds. Der Punkt 2 war die Streichung einer größeren Anzahl von Arbeitnehmern, und der Punkt 3 war die Rundungsklausel, die früher 10.000 Schilling betragen hat. Wir haben die Rundungsklausel mit 1000 Schilling vorgeschlagen. Beim Punkt 4 über die eventuelle Lehrlings- und Jugendarbeitsförderung gab es überhaupt keine Einigung. Daher wurde dieser Punkt gestrichen – das ist die Tatsache. Jetzt, bei dieser Regierungsvorlage, wurden nicht nur diese drei Punkte aufgenommen, es wurde auch der damals diskutierte Punkt 4 über die Lehrlings- und Jugendarbeitsförderung nicht mehr aufgenommen. Dafür wurde aber ein anderer Punkt 4 aufgenommen, wo man wieder die Mittel neu verteilt und die derzeitigen Richtlinien keine Anwendung mehr finden sollten.

Wenn Herr Kollege Schrittwieser früher gesagt hat, daß sich der Herr Bundeskanzler für die Steiermark sehr einsetzen wird, dann kann ich vielleicht nur sagen, 120 Millionen Schilling wurden für das Aichfeld versprochen. Ich glaube, die 120 Millionen Schilling hat er im Rucksack eingepackt, ist nach Israel zum Arafat gefahren und hat unten die 300 Millionen für

einen Wohnungsbau im Palästiniensergebiet hingegen, weil er das Aichfeld nicht gefunden hat. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 20.13 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu dieser tatsächlichen Berichtigung, die schon ein bißchen in Richtung Wortmeldung gegangen ist, hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro gemeldet.

**Abg. Gennaro (20.13 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Ich mache es kurz. Kollege Schinnerl, nicht böse sein, wenn ich dir etwas sage. Das, was ihr betreibt, ist ein doppelzünftiges Spiel. Die Damen und Herren der ÖVP und wir haben uns in der Beiratssitzung bemüht, keine politischen Entscheidungen zu treffen. Das wirst du mir jetzt zugeben. Wir haben immer geschaut, daß wir einstimmige Beschlüsse durchbringen, und wir haben die Richtlinien, den Antrag eingebracht, weil ich mir selbst Sorgen gemacht habe und gewußt und gemerkt habe, daß wir Richtlinien beschlossen haben, aber im Handling, und das kannst du mir schon erhalten, denn ich sage dir gleich etwas dazu, die drei Punkte stimmen, die haben wir eingebracht, und ihr seid mitgegangen. Wir haben einstimmig die drei Punkte drübergebracht. Den Punkt 4 bezüglich Lehrlinge haben wir der Fairneß halber nicht gestrichen, lieber Freund. Du kannst daher nicht sagen gestrichen. Du sagst die Unwahrheit.

Wir haben das zurückgestellt bis zur nächsten Sitzung, weil du dagegen warst und gesagt hast, da müssen wir erst reden drüber, weil wir gemeint haben, wir bringen bei den Lehrlingen die Dinge ein, weil Lehrlinge nachweislich in gewissen Berufen und Branchen für vieles selbst aufkommen müssen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Warum habt ihr es dann nicht in die Regierung eingebracht?“) Frau Kollegin, darf ich das fertigmachen – Sie waren außerdem gar nicht dabei. In der Regierung ist das eingebracht worden – keine Frage, weil wir als Beirat nur vorschlagen und die Leute das Geld brauchen.

Ihr wißt ja nicht, daß Lehrlinge in gewissen Branchen selber aufkommen müssen. Wenn ich jetzt an die Kellner-Koch-Lehrlinge denke, die müssen ein Messersortiment kaufen. Das kostet Unsummen, ein paar Tausender. Das müssen die Familien aus eigener Tasche bezahlen. Wir haben gesagt, es soll ein Beitrag sein, daß manche leichter den Zugang haben. Wir haben alle Beschlüsse gemacht. Nur das, was du gesagt hast und was ihr einbringt, ist ja doppelzünftig. Wir hätten die Fälle, wo ihr heute das beantragt habt, schon längst mit Mehrheit beschließen können, weil du warst derjenige im Ausschuß, der das verhindert hat. Wir haben gesagt, wir haben Richtlinien, die wir abändern müssen, und mit der Paragraph-10-Regelung hätten wir alle Fälle, diese 150, die noch offen sind, erledigen können. (Abg. Schinnerl: „Warum haben wir dann Richtlinien? Es gibt ja Richtlinien!“)

Wir haben Richtlinien. Du kannst nicht nur die ersten zwei Seiten lesen, sondern du mußt die gesamten Richtlinien lesen.

Da steht drinnen, daß unter Paragraph 10 der Beirat die Möglichkeit hat, alle Fälle zu berücksichtigen, die nicht unmittelbar in die Paragraphen 1 bis 3 hinein-

fallen. Ich will hier nicht die ganzen Richtlinien zitieren. Aber das ist für den Beirat die Möglichkeit, um eine Kurve zu erwischen, daß man alle die, die ein bißchen außer der Norm liegen, helfen könnten. Hättest dort nicht immer dagegengestimmt, sondern mitgestimmt, wäre das schon erledigt. Ich sage dir das nur, wir werden bei der morgigen Sitzung alle Fälle einbringen, und ich hoffe, weil gerade der Kollege Purr einer derjenigen war, der sehr wohl darauf gedrängt hat auf Abstimmung. Und ich habe immer gesagt, machen wir es gemeinsam, machen wir keinen Mehrheitsbeschluß, da braucht sich keiner ein Federl am Hut stecken. Unter dem Strich sind die Schicksale, die nicht nur aus dem Metallbereich kommen, aus anderen Bereichen, und der Kollege Purr hat formuliert, wenn wir helfen wollen, müssen wir gleich helfen, und nicht „herumteigaten“, ob der Paragraph oder der Paragraph zuständig ist. Das werden wir morgen bei der Sitzung praktizieren, und da werde ich mir anschauen, wie weit du mitstimmst oder wie du dagegengestimmst. (Beifall bei der SPÖ. – 20.16 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile es ihr.

**Abg. Pußwald (20.19 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch ich bin Mitglied dieses ANHAF-Beirates, und ich möchte eine Berichtigung oder Erklärung abgeben. Es stimmt, wir haben miteinander einstimmig die ersten drei Punkte des Regierungssitzungsantrages behandelt. Es geht uns grundsätzlich darum, diesen Menschen, die herausgefallen sind, in einer möglichst großen Breite ihre Einkommenseinbußen abzufangen und ihnen wenigstens in der finanziellen Situation eine Unterstützung zu geben. Der Punkt 4, der in der Regierungssitzung drauf war, war in keiner Weise im Beirat besprochen, das muß ich schon sagen. Aber es gab den Wunsch, den der Herr Gennaro eingebracht hat, über die Lehrlingssituation zu behandeln, und da haben wir gemeinsam gesagt, es wird bei der nächsten Sitzung des Beirates, die ja morgen im Prinzip stattfinden soll, über die Frage der Lehrlinge und die Anwendung dieses möglichen vierten Punktes diskutiert. Und das ist das, wozu wir uns bekennen und wo wir weiterhin arbeiten werden, damit die Leute, die herausfallen, mit dem beschlossenen Fonds, mit den zweckgebundenen Geldmitteln eine Erleichterung und eine Begünstigung bekommen, einen Ausgleich bekommen.

Ich möchte noch dazusagen, wir gehen bei beiden dringlichen Beschlüßanträgen mit, auch mit der Begründung heraus, daß es eine Bundeskompetenz ist und wir mit der Bitte an den Bund herantreten, hier für diese betroffenen Menschen, die vom 55. bis zum 57. Lebensjahr aus jeder Unterstützung herausfallen, daß wir denen wieder eine Möglichkeit geben, nach Möglichkeit vom Bund. Ich bin persönlich nicht davon überzeugt, daß man jetzt den Wünschen der Steirer nachgeben wird. Wir werden es über den Arbeitnehmerhärteausgleichfonds der Steiermark tragen müssen, aber wir werden für diese Leute in einer breiten Basis über die Metallarbeiter und über die Obersteiermarkfurche hinaus versuchen, den betroffe-

nen Menschen, die ja alle im ASVG versichert sind, von der gleichen Problematik betroffen sind. Dazu bekennen wir uns. (Beifall bei der ÖVP. - 20.19 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke der Frau Abgeordneten Pußwald für die Klarstellung. Das Schlußwort zu dieser überaus langen Debatte hat nunmehr Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl. Ich bitte darum.

**Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl (20.19 Uhr):** Werter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Vielleicht die positivste Nachricht für die Sportler unter uns: Die Roten in Kapfenberg, der Abgeordnete Schrittwieser hat sie heute hier schon am Rednerpult in den Mund genommen, diesmal ist es der GAK, haben zwei zu null gewonnen und sind damit in der dritten UEFA-CUP-Runde. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Dr. Flecker: „Da siehst, was in Kapfenberg alles geht!“)

Für mich, und ich glaube, für uns alle durchaus auch ein Zeichen für Siegeswille, für Einsatzbereitschaft, Mut, und daß auch die Leistungsbereitschaft von Steirern international belohnt werden kann. Durchaus ein Zeichen, ein Moment, daß wir auch in der Wirtschaftsdebatte, für die ich - das möchte ich betonen - Sie haben gemerkt, ich bin manchmal ein bißchen unruhig geworden, das ist ausschließlich auf meine verkürzten Oberschenkel zurückzuführen, daß ich nicht lange sitzen kann, da muß ich ein bißchen dehnen. Aber sonst sind die über sechs Stunden und die 30 Wortmeldungen, glaube ich, Herr Präsident, wenn ich die Berichtigungen, die dann letztlich auch wieder Wortmeldungen wurden, dazuzähle, sicherlich zuerst einmal eine Konditionsfrage für alle Anwesenden, aber auch natürlich eine Frage der Bedeutung, die dieses Haus diesem Thema, eben der Wirtschafts- und Arbeitsplatzproblematik, entgegenbringt. Und für mich persönlich, ich nehme durchaus den Ball auf, ich bin noch nicht lange in dem Geschäft, aber ich bin relativ lange, zirka 20 Jahre, zum Teil hinten und dann hier in der Politikberatung im Hause tätig, und ich habe viele Wirtschaftsdebatten aus anderer Perspektive miterlebt. Für mich ist es in der Funktion auch schon die dritte. Sie werden sich erinnern können, Blumau war ganz frisch im März, wenn ich mich richtig entsinne, ein erstes Thema, wo wir auch dann eine kleine Wirtschaftsdebatte hatten. Dann war die Budgetdebatte, wo wir auch nicht unerfolgreich waren gemeinsam, wo wir ein Zweijahresbudget inklusive der Sonderprogramminvestitionen, die heute auch schon hier im Hause immer wieder Thema waren, beschlossen haben mit 2,5 Milliarden, und heute die Bauinitiative. Ich werde versuchen, in der gebotenen Kürze und abhängig von Ihrer Aufmerksamkeit auf die eine oder andere Geschichte sachpolitisch und fachmännisch, aber durchaus auch wirtschaftspolitisch einzugehen und meine Position dazu bekanntgeben.

Ich würde mich auch freuen, wenn wir in Bälde eine vierte Wirtschaftsdebatte wieder bei einem Anlaß, wo der Regierung etwas gelungen ist mit Ihrer Hilfe, beispielsweise die Risikokapitalgesellschaft, die wir grundsätzlich beschlossen haben. Herr Prof. Brunner, aber zugegebenermaßen nur die Finanzierung. Und da bin ich schon soweit, daß ich auch von der Regierungsbank, heute nur mehr unterstützt vom Kollegen

Hirschmann, sagen muß, selbstverständlich ist es richtig, wenn hier gesagt wird vom Klubobmann Abg. Flecker, es sind ja neun. Es ist ein Finanzreferent, es ist ein Wirtschaftsreferent, es ist ein Agrarreferent. Es geht nicht an, daß man in der Regierung und auch nicht im Landtag sagt, das haben ja die anderen zu machen. Ich glaube, daß es nur ein Landesbudget gibt und somit auch nur ein Landesinteresse geben sollte. Das sollte man auch wirtschaftspolitisch zur Kenntnis nehmen.

Und es ist so oft die Vernunftpartnerschaft hier zitiert und beschworen worden. Ich bin auch sehr dafür. Es besteht dieses Wort aus zwei Begriffen, Vernunft und Partnerschaft. Ich würde den einen oder anderen Redner, ohne jetzt persönlich werden zu wollen, doch bitten, bei dem großen Anliegen, das jeder vorgebracht hat, selbstverständlich Wirtschaft und Arbeit, das auch politisch so zu erkennen. Ich sage das auch vor dem Hintergrund trotz der nur acht Monate seit meiner Angelobung durch das Hohe Haus, daß ich schon in zirka 130 Unternehmungen war, in großen, in kleinen, in allen Regionen, in allen Branchen, und durchaus mir die Sorgen nicht nur der Unternehmer, darauf möchte ich klar meine Position hier bekanntgeben, was Kurt Flecker gemeint hat. Es sollte auch eine arbeitnehmerfreundliche Politik betrieben werden.

Selbstverständlich, ich bin ganz der Meinung von Rednern wie Hohegger, und auch der Kollege Löcker war es, der gemeint hat, es geht nicht mehr das alte Spiel, hier Arbeitgeber, dort Arbeitnehmer. Die schlimmen Ausbeuter, die die unterprivilegierten Lohndiener würgen, sondern wenn Sie in tüchtige, gut geführte Unternehmen kommen, dann werden Sie sehen, das ist eine Mannschaft. Da können Sie den klassischen Arbeitgeber vom Arbeitnehmer kaum unterscheiden. Da gibt es eine Identität. Das sind die erfolgreichen Unternehmen. Klein, groß, das sieht man, das spürt man meistens schon beim Portier, wenn man hineingeht, oder beim Empfang, und nicht bei der Anmeldung, wie Sie wissen. Ich darf wie angekündigt, ohne auf die teilweise auch persönlichen Attacken eingehen zu wollen und auch auf die Diskreditierungen, die stattgefunden haben, das ist meine Bitte, und ich glaube, auch im Namen der Regierungskollegen zu sprechen, daß man auch diese gemeinsame Sache gerade in der Wirtschaftspolitik sieht und das als gemeinsames Anliegen, als in einem Teamgeist, statt einer Einzelkämpferrolle sieht.

Zu Dr. Flecker habe ich schon gemeint, daß diese mitarbeiterorientierte Politik das Erfolgsrezept ist, nicht nur in den Unternehmungen der Privatwirtschaft, sondern auch in den sogenannten Nonprofitunternehmungen, wir spüren das selbst. Wir sind ein Unternehmen, das Land Steiermark ist ein Unternehmen, das auch mitarbeiterorientiert geführt werden muß. Ich bin auch angesprochen worden wegen der Resolutionsverhandlung im Rahmen der Budgetverhandlung. Wenn Sie sich erinnern, sollen sie temperamentvoll gewesen sein. Dazu stehe ich, denn sie haben 100 Millionen Schilling gebracht dann letztlich, denn das müssen wir in der Gesamtkonzeption immer wieder sehen, daß allein die Forderung, allein das Aufstellen von Forderungen noch keine Förderungen sind. Das ist das berühmte Ö-Stricherl-Syndrom.

Wir müssen diese Frage der 100 Millionen im Zusammenhang mit der Bauinitiative schon auch richtig ansprechen. Ich habe auch kein Urheber- oder Vaterschaftsproblem. Ich habe nur miterleben müssen, und das sei auch jenen doch gesagt, die vielleicht da oder dort aus einer zu sehr parteipolitischen Perspektive das kommentieren und relativ rasch Presseaus-sendungen fabrizieren, daß ich Geburtsprobleme gehabt habe, denn ich war viermal damit in der Regierung, am 13. Mai, 20. Mai, 3. Juni und 10. Juni. Aber ich sage auch hier ganz bewußt, Ende gut, alles gut. Trotzdem sollte man das der Wahrheit und Wahrhaftigkeit halber schon sagen dürfen.

Zur Infrastruktur, auch noch einmal beim Kollegen Flecker anknüpfend: Selbstverständlich, wenn er hier meint in seiner zweiten Wortmeldung, die nordische WM-Ausfinanzierung ist nicht vorhanden. Das stimmt nicht. Sie haben es in den Budgets 1996/97 mit jeweils 50 Millionen Schilling dotiert, und die Landesseite ist damit abgedeckt. Wir werden selbstverständlich, und da sind wir gemeinsam immer wieder unterwegs, auch weitere Förderungsaktionen des Bundes ansprechen müssen. Aber die Landesseite ist auch ausverhandelt, ausfinanziert und auch budgetiert, das ist das Wesentlichste.

Zum Herrn Präsidenten Vesko: Ich unterstütze ihn und teile auch sein Unbehagen, wenn es darum geht, wie wir, gerade jetzt in diesen Tagen, von Wien aus behandelt werden in vielen wichtigen Anliegen der Steiermark. Ich glaube nicht, daß man, wie Schrittwieser es macht, sagen kann, bei uns muß sich das rechnen. Ich glaube, das ist ein Mißverständnis. Ich habe das auch persönlich dem Herrn Minister Scholten im Salonwagen gesagt - deutlich, offen und auch bestimmt, daß wir selbstverständlich bereit sein müssen, auch bei diesen Projekten, die sich nicht rechnen, aus wirtschaftspolitischer, regionalpolitischer, infrastrukturpolitischer Überlegung heraus unsere Finanzierungsbeiträge aller Gebietskörperschaften zu leisten. Es ist ein Henne-Ei-Problem, wenn ich hergehe und sage, das ist passiert in diesem Zusammenhang. Draxler hat die hier apostrophierte Wirtschaft eineinhalb Jahre lang im Kreis beziehungsweise nach Hause geschickt und hat gesagt, das kommt nicht. Jetzt sind wir Gott sei Dank, und ich unterstütze hier den Verkehrsreferenten in der Regierung, Kollegen Ressel, zu 100 Prozent, wenn es darum geht, das jetzt umzusetzen.

Auch der Hinweis zum Verkehrsverbund, Kollege Schrittwieser, ich weiß es, das hat lange Zeit gedauert in der Vorbereitung. Wir sind aber glücklich, daß es jetzt umgesetzt werden konnte. Daß hier ein Ressortwechsel und ein Referatswechsel stattgefunden hat, würde ich eher dem Zufall zuschreiben. Aber sei es drum: Ende gut, alles gut.

Nochmals zu Präsident Vesko: keine Jubelmeldungen. Ich habe heute schon bei der Anfragebeantwortung für Kollegen Schreiner gesagt, eine wesentliche Infrastruktur der Steiermark müßte es sein, den Optimismus zu pflegen, auch die Unternehmenskultur im Land Steiermark zu pflegen. Ich meine, daß, wie ich eingangs gesagt habe, diese Mutmacher, die eine Fußballmannschaft braucht, wir auch brauchen, die heute Erfolg gehabt haben in Kapfenberg. Das haben kleine Erfolge ja auch, und das soll

man ohne Vaterschaftsstreit, ohne hier mit irgendwelchen politischen Kleingeldwechslungen auftreten zu müssen, austragen. Das hat vor allem in diese Richtung gewirkt, daß diese Unternehmer beraten werden, damit sie keine Flopps erzeugen. Die sind beraten worden, die sind gecoacht worden, Know-how-Transfer vor Investitionsförderung bei diesen Konditionen auf den Kreditmärkten, ohnedies nicht unbedingt das Problem, aber es sind natürlich dann auch die Investitionen gefördert worden.

Auch die Aktion „Schaffe Lehrplatz“ und auch der Unternehmer-Bildungsscheck sind doch kleine, und das gebe ich zu, Mosaiksteine, so wie die Bauinitiative. Das sollte man als Gesamtkonzept sehen und auch durchaus würdigen, und auch durchaus würdigen für dieses Haus, denn sie sind ja letztlich diejenigen, die auch durch ihre Ermächtigung die Mittel für die Regierung zur Verfügung stellen.

Ein Drittes zu Herrn Präsidenten Vesko, und das schließt ja andere Wortmeldungen mit ein, etwa auch die vom Abgeordneten Gennaro, Deregulierungs-, Liberalisierungsschritte: Na selbstverständlich. Ich habe mich auch heute frühmorgens klar positioniert. Ich bin auch optimistisch und betone das von dieser Stelle aus ganz besonders, Sie haben es in Ihrer Wortmeldung angeschnitten, Herr Gennaro, der Metallabschluss ist für mich auch ein Hoffnungszeichen, weil es hier zeigt, daß die Gewerkschaft in Österreich durchaus, entgegen anderen Haltungen in Europa, bereit ist, Zeichen zu erkennen und auch entsprechend flexibel zu reagieren. Das sagt Ihnen auch die Wissenschaft. Herr Professor Tichy zum Beispiel hat hier darüber kürzlich publiziert und dem ÖGB durchaus die Flexibilität einer einmaligen und guten Qualität für Europa nachgewiesen, und wir können uns damit höchstwahrscheinlich Verhältnisse, wie etwa in England oder in der BRD, auf der Straße ersparen.

Herr Prof. Brunner, zur Risikokapitalgesellschaft haben wir schon im Ausschuß uns unterhalten. Ich darf ganz persönlich mir, dem Haus und auch der Sache wünschen, daß Sie bei Ihren parlamentarischen kritischen Haltungen und auch bei Ihrer Skepsis bleiben diesbezüglich. Ich habe es einleitend schon gesagt, ich freue mich schon auf die vierte Wirtschaftsdebatte, die dann die Risikokapitalgesellschaft hoffentlich zum Thema hat. Es spornt an. Da habe ich kein Problem mit Ihrer Haltung diesbezüglich.

Zum Abgeordneten Heibl sage ich nur ganz kurz: ein echter, ein seriöser Partner. Ich danke dafür. Sie nennen das ein Mosaiksteinchen, was hier mit der Bauinitiative gemeinsam gelungen ist.

Ich werde auch abschließend noch die übrigen Damen und Herren nennen, die hier ihren Beitrag geleistet und sich wirklich verdient gemacht haben. Das ist aber mehr als ein Mosaiksteinchen, weil es die Kultur anspricht, sozusagen die Umsetzungskultur, und vor allem auch die Frage der Raschheit, der Geschwindigkeit, in der das gegangen ist, und auch in der Unkompliziertheit der Abwicklung, wie Sie es ja in dem Antrag dargestellt haben.

Martin Wabl, er ist jetzt nicht da, sonst hätte ich ihm, doch, er sitzt da hinten, ich habe mir schon überlegt, wenn ich weggekommen wäre, eine Europakarte gekauft noch in der Buchhandlung, weil wenn man gegen Europa ist, braucht man natürlich auch keine



transeuropäischen Netze. An sich müßte die Europakarte oder ein Blick darauf schon zeigen, daß das, was du an sich auch hier dargestellt hast in Richtung einer sinnvollen Verkehrspolitik in unserem Raum, der Südosten Österreichs, und dann letztlich auch in der Alpen-Adria-Region, mit dem Semmeringtunnel zu tun hat. Es ist sicherlich das, was auch Straßberger hier gesagt hat, nicht nur eine Frage des Lochs durch einen Berg zwischen Baierbach und Mürzzuschlag, sondern das ist eine gesamt-nationale und insbesondere unsere Region als Standortraum Steiermark betreffende Frage.

Zu Hohegger: Ich bin völlig einverstanden. Die Frage ist beantwortet, wer schafft Arbeit? Nur Unternehmungen. Ich sage bewußt Unternehmungen. Da bin ich doch persönlich etwas skeptisch vor diesem Hintergrund und diesem Befund und diesem Bekenntnis, wie wir das mit dem zweiten Arbeitsmarkt schaffen. Wir haben ja Projekte – so ist es ja nicht –, wir haben ja erfolgreiche Projekte der Qualifikation. Wir haben Aktionen gehabt, die Aktion „8000“, wo das Land immer mitgemacht hat und auch andere Regierungskollegen, wie die Kollegin Rieder zum Beispiel. Nur, Sie müssen beantworten, wer arbeitet dort zu welchen Konditionen? Diese Frage ist für mich vor dem Hintergrund unserer großen Auseinandersetzung, die wir haben, Herr Abgeordneter Schritt-wieser, nicht leichtfertig, die wir aber haben, geschützter Sektor gegen ungeschützten Sektor. Vor allem in der Obersteiermark treffe ich nur Unternehmungen, Mitarbeiter im ungeschützten Sektor – bis auf ein paar Verwaltungseinheiten, die große Beamtenburg oder geschützte Burg in der Steiermark jetzt ist Graz. Das ist die Frage, die sich uns stellt, und das wird die Auseinandersetzung schon heute sein und in der Zukunft noch verschärft. Deswegen Rahmenbedingungen verbessern, Beratungen, Know-how verbessern, das wissen wir, und das brauche ich hier nicht weiter auszuwalzen. Auch hier ist dann ja einiges in der Wechselrede zu Kollegen Posch und wiederum von seiner Seite dargestellt worden. Ich glaube, daß es wirklich ein überzogenes Mißverständnis war. Ich habe das selbst miterlebt, weil ich im Ausschuß war, und man kann gerade dem Peter Hohegger nicht unterstellen, daß er einer ist, der Infrastrukturprojekte, aber natürlich mit der Überlegung der Finanzierung, das ist Halbwahrheit, behauptete ich, wenn man sagt, die Finanzierung geht uns nichts an. Ich bin auch dafür, große Konzepte zu machen. Ich komme aus der Konzeptarbeit, aber ich muß der Seriosität und der Glaubwürdigkeit der Politik wegen schon auch dazusagen, wie finanzieren wir es. Ich bitte Sie, auch zu bedenken, und Sie lesen selbst Zeitungen, reden Sie mit dem Kollegen Ressel, es gibt auch so etwas wie den Solidarpakt, wie die Stabilitätsüberlegungen.

Denn eines ist klar, Heinz Vollmann, die Hartwährungspolitik hat gerade den kleinen Leuten viel gebracht. Wehe dem, wirtschaftspolitisch, volkswirtschaftlich gesehen, Österreich hätte die Hartwährungspolitik verlassen, und es wäre dann zu der üblichen bekannten Maschinerie gekommen. Wer ist der Hauptbetroffene von Teuerungen? Der kleine Mann! (Abg. Vollmann: „Alle, auch die Wirtschaft!“) Nicht immer, es gibt hier unterschiedliche Interessenslagen, wie wir wissen, in der Wirtschaft (Abg. Voll-

mann: „Sie sagt es aber!“), aber ich glaube, daß das, was hier in Österreich eigentlich unbestritten ist, die Hartwährungspolitik und auch das, was sich hier in Europa abspielt mit oder ohne EU-Beitritt, bitte, schauen Sie, jetzt möchte ich vor allem in Richtung der nicht-EU-gläubigen Vertreter in diesem Hohen Haus sagen, schauen Sie in die Schweiz. (Abg. Vollmann: „Und nach Vorarlberg; auch das auswandernde Unternehmen!“) Schweiz ist immer etwas anderes, selbstverständlich.

Ich glaube, daß machtpolitische Auseinandersetzungen, ob sie jetzt auf Landesebene oder auf regionaler Ebene oder kommunaler Ebene stattfinden, einfach vom Markt überholt werden, daß die Menschen das gar nicht so interessiert, sondern daß wir uns eigentlich mehr mit den Sachfragen auseinandersetzen sollten. Der Herr Abgeordnete Korp hat sich sehr ausführlich – ich habe ein paarmal Zwischenapplaus gegeben, wie Sie gemerkt haben werden bei der Lehrlingsfrage als Qualifikationsproblem –, und da ist jetzt die Debatte, ob jetzt eine Krise abgesagt ist oder Entwarnung gegeben ist, ich habe das nie als Begriff verwendet, grundsätzlich keine Entwarnung, denn die Qualifikationsproblematik, die haben wir. Und auch dazu habe ich hier als einen Schlüsselfaktor für das Unternehmen Steiermark schon heute in diesem Haus gesprochen. Ich glaube, daß das gar nicht wichtig genug genommen werden kann von unserer Seite. Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten in den Beiräten und so weiter mit unseren Überlegungen zusammenkommen. Das gilt auch für die Wortmeldung oder Ansätze, Überlegungen des Herrn Abgeordneten Gennaro. Ich meine nur trotzdem, daß zuerst Entrümpeln, Entbürokratisieren kostengünstig gemacht wird. Ich habe das selbst miterlebt, denn wir haben nichts davon, Betrieben einen Kostenfaktor – das wissen jene, die in Betrieben tätig sind, zu gut – aufzubürden, damit konkurrenzunfähig zu machen, und dann müssen wir es ernst wieder umsaniieren. Das ist der schlechteste Weg, sondern wir müssen das Augenmaß für die Konkurrenzfähigkeit unserer Arbeitsplätze haben.

Wenn ich schon bei Wettbewerbsfähigkeit bin, Heinz Vollmann, das geht nur – ich habe es schon gesagt – Unternehmer und Mitarbeiter, das kann nur als Einheit mehr gesehen werden. Sie können da gerade in den erfolgreichen Unternehmungen das sehr begreifen, Sie können das dort nachvollziehen. Und da ist grundsätzlich die Frage, ob man sich von den globalen Trends abkoppeln kann. Ich behauptete schwerlich. Ich behauptete gerade in unserer Position einer Region nicht, und daß es hier nur mit den entsprechenden Leistungsanreizen geht, und daß der Wohlfahrtsstaat eine Finanzierungs-krise hat, bitte, das brauche ich niemandem heute mehr zu sagen. Auch die Vertreter von Gebietskörperschaften, Beamte, auch die Vertreter von Interessensinstitutionen kann man wissen, daß es auch dort – auch der ÖGB selbst, Herr Gennaro, hat Sparprogramme, muß auch seine Verwaltungsausgaben von der Finanzierungsseite her beurteilen und entsprechend korrigieren und reformieren.

Ich bin dann eigentlich schon am Ende der Wortmeldungen angelangt und komme dann zu den schon genannten Dankesworten abschließend:

Dank gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund dessen, was ich gesagt habe, Unternehmen Steiermark, und wir müssen auch genau schauen, wie gehen wir mit unseren Mitarbeitern um, auch das ist eine unternehmenskulturelle Frage dank denjenigen Damen und Herren in der Landesbaudirektion, an der Spitze mit Herrn Landesbaudirektor selbst. Er hat hier wiederum ein schönes Beispiel für sein Kommunikationstalent und auch für seine Koordinationsaufgaben, für die wichtigen Koordinationsaufgaben im Bauwesen, das weiß gerade der Herr Abgeordnete Heibl sehr gut, an den Tag gelegt.

Ich bedanke mich ausdrücklich auch bei seinem Mitarbeiter, Dipl.-Ing. Mellacher, auch bei meinen Damen und Herren im Büro, an der Spitze der Hofrat Malik, auch beim Kollegen Ressel persönlich. Es tut mir leid, daß er heute nicht mehr da ist, aber er weiß es von mir, bei seinen Mitarbeitern. Er ist der Finanzreferent. Bitte, ich bin nie derjenige gewesen, der das so dort abgibt. Das war der Grund unserer temperamentvollen Auseinandersetzung, daß ich einfach auch im Sinne einer Gesamtverantwortung immer darauf dringe zu schauen, wie können wir das finanzieren. Aus der Ecke lasse ich mich ohnedies nicht abdrängen oder irgendwie verpolemisieren.

Die Ingenieurkammer für Kärnten und Steiermark, es war heute lange Zeit der Herr Steinmann hier auf der Journalistenbank, der das moderiert hat, der das beraten hat mit dem Präsidenten Rinner an der Spitze, Dipl.-Ing. Heidinger als der Weisel für diese ganze Geschichte, der das sehr geschickt auch betrieben hat, und selbstverständlich - es ist mir immer wieder ein Anliegen, auch gerade vor Ihnen, die Sie ja die gewählten Vertreter der Steuerzahler sind, ich bin nur von Ihnen hier eingesetzt zur Erfüllung meines Jobs, und für mich ist das so ähnlich wie eine Managementaufgabe, wie ich sie erlebe beim Steuerzahler. Der Dank an die Steuerzahler zugegebenermaßen nicht nur bei den heutigen, weil sonst könnten wir uns gegenseitig auch bedanken, wir zahlen auch Steuern, sondern zum Teil auf Grund unserer Finanz- und Schuldenpolitik müssen wir uns auch bei den zukünftigen schon bedanken. Das ist mir besonders wichtig, und ich hoffe, daß - wie ich schon gesagt habe - dieses Modell Bauinitiative eines sein könnte für die gesamte Wirtschaftspolitik des Landes, die bei aller Auseinandersetzung, die hier auch stattgefunden hat, dann letztlich auf eine Identität, auf ein Steirertum - das hat irgendwer einmal gesagt, ich glaube, in dem Hause ist es sehr oft auch verwendet worden, es sollte dann nur ein Parteibuch geben, und das wäre die Steiermark, das weißgrüne, und nicht zu sehr bei allem Verständnis für das, daß man das natürlich auch für das Adrenalin und für den Abbau gewisser Aggressionen braucht, da habe ich auch wirklich Verständnis dafür. Nur trotzdem, wir müssen in dem Wettbewerb der Regionen Europas und diese Ressourcen, ob es Wien oder Brüssel ist, einen gemeinsamen Weg finden, und darum bitte ich Sie und danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 20.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ein langes und inhaltsreiches Schlußwort zu einer langen und inhaltsreichen Debatte, die auch eine lange und inhaltsreiche Liste von Anträgen und Beschlüssen zur Folge hat.

Wir werden nun über sieben Beschlüsse abstimmen und in dieser Reihenfolge vorgehen.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Beschlüssen der Abgeordneten der SPÖ, betreffend die rasche Umsetzung von Projekten im Sinne des Sonderinvestitionsprogrammes der Haushaltsjahre 1996 und 1997.

Ich ersuche die Damen und Herren, die diesem Beschlüssen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wer dem Beschlüssen der Abgeordneten der Grünen und des LIF, betreffend Förderung dezentraler, naturnaher Lösungen in der Siedlungswasserwirtschaft im Rahmen einer Bauinitiative Steiermark zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Beschlüssen der Abgeordneten der Grünen und des LIF, betreffend ökologisch verträgliche Hochbaumaßnahmen im Rahmen einer Bauinitiative Steiermark.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Beschlüssen der Abgeordneten der SPÖ, betreffend die Förderung des „Arbeitsmarktpolitischen Selbstorganisationsprojektes“ (ASP) im Bezirk Feldbach.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Beschlüssen der Abgeordneten der SPÖ und ÖVP, betreffend Unterstützung der von der neuen Regelung bezüglich der vorzeitigen Alterspension Betroffenen, zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Beschlüssen der Abgeordneten der FPÖ und ÖVP, betreffend Arbeitnehmerhärteausgleichsfonds.

Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Und schließlich der Beschlüssen der Abgeordneten der ÖVP, SPÖ und FPÖ, betreffend Ausbau wichtiger Verkehrsinfrastrukturprojekte und Abschluß eines Nahverkehrsfinanzierungsvertrages.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Hiemit haben wir einen sehr langen Tagesordnungspunkt beendet und kommen nun zum Tagesordnungspunkt

**15. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 162/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Dr. Flecker und Mag. Erlitz, betreffend Beauftragung der Energieverwertungsagentur mit der Durchführung einer Bedarfsstudie zur 380-kV-Leitung.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger.

Der Herr Berichterstatter ist nicht anwesend. Gibt es einen Ersatzberichterstatter? Herr Abgeordneter Huber, bitte.

**Abg. Huber** (20.47 Uhr): Mündlicher Bericht Nr. 15 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Huber, Dr. Flecker und Mag. Erlitz, Bedarfsstudie zur 380-kV-Leitung.

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, als unabhängige Berater zur Beurteilung der vorzulegenden Bedarfsstudien und freiwilligen Umweltverträglichkeitsprüfungen über die in der Oststeiermark projektierte 380-kV-Leitung zum UW Kainachtal – Richtung UW Wien Südost Univ.-Prof. Dr. Tichy in volks- und regionalwirtschaftlicher Hinsicht, den Leiter der Energieverwertungsagentur Univ.-Prof. Dr. Heindler im Hinblick auf die energiewirtschaftlichen Beurteilungen, Univ.-Doz. Dr. Sakulin im Hinblick auf die elektrotechnischen Beurteilungen und Univ.-Prof. Dr. Leitgeb mit der Frage der Gesundheitsgefährdung durch diese Stromleitungen zu beauftragen. (20.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für den Bericht. Zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Karisch** (20.48 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie bekannt, plant der Verbund eine 380-kV-Ringleitung durch Österreich. In der Steiermark ist bereits ein Zweig von der Koralpe bis hinunter ins Kainachtal verwirklicht. Ein Anschluß vom Umspannwerk Kainachtal Richtung Umspannwerk Wien Südost durch die Oststeiermark ist geplant. Ein unbestrittener Vorteil einer 380-kV-Leitung ist die Einsparung von Leitungsverlusten. Über die Notwendigkeit einer 380-kV-Leitung, über die Notwendigkeit des Ringschlusses durch die Oststeiermark gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Bei der betroffenen Bevölkerung in der Oststeiermark herrscht seit Jahren große Beunruhigung. Beunruhigung, weil erstens sehr wenig Transparenz und Information seitens des Verbundes gegeben wurde – im Gegenteil, ich möchte behaupten, es hat durch Jahre hindurch so etwas wie Desinformation gegeben –, und Beunruhigung deshalb, weil zweitens eine Beeinträchtigung der Lebensqualität und der Gesundheit befürchtet wird.

Im Kainachtal gibt es, wie bereits gesagt, die Leitung schon, und diese gibt uns einen Anschauungsunterricht, wie so etwas aussehen kann. Die Leitung im Kainachtal ist sehr laut, man versucht aber, diese Belästigungen zu beheben. Die Trassierungen wurden dort sehr willkürlich vorgenommen – nahe bei den Häusern, dafür ist man den Wäldern ausgewichen. Motto: „Der Wald ist mehr wert als menschliche Gesundheit.“ Leider entspricht diese Vorgangsweise der herrschenden Gesetzeslage. Das Starkstromwegesetz kennt eine Reihe von Rücksichtnahmen auf so wichtige Erfordernisse, wie die Landeskultur, den Denkmalschutz, das Forstwesen, die Landesverteidigung, um nur ein paar zu nennen. Eine Rücksicht-

nahme auf die Interessen der Gesundheit der Bevölkerung kennt das Starkstromwegesetz leider nicht. Meine Damen und Herren! Dieses Starkstromwegesetz, im besonderen der Paragraph 7, aus dem Jahr 1968 ist veraltet und entspricht nicht mehr den Anforderungen der heutigen Zeit. Dieses Gesetz sollte schleunigst verändert werden, und ich werde dann einen Beschlußantrag dazu einbringen.

Wie Sie wissen, haben am 28. Jänner über 10.000 Menschen in den betroffenen 20 oststeirischen Gemeinden in einer Volksabstimmung gegen den Bau der geplanten 380-kV-Leitung durch die Oststeiermark protestiert. Eines der wichtigsten Anliegen der betroffenen Bevölkerung war die Bestellung von unabhängigen Gutachtern, die den Bedarf für diese Leitung und eventuelle Gesundheitsgefährdungen untersuchen sollten. Wie Sie wahrscheinlich wissen, liegt bereits seit Anfang 1996 ein Gutachten der beiden Gutachter Edwin und Glawitsch zur Frage der Notwendigkeit einer 380-kV-Leitung durch die Oststeiermark vor. Die Vertreter der betroffenen Gemeinden wünschen sich nun darüber hinaus noch die Befassung von unabhängigen Gutachtern mit diesen Gutachten von Edwin und Glawitsch. Für die Trassenführung selbst wurde bei Joanneum Research eine Studie in Auftrag gegeben, und es sollen drei möglichst umweltverträgliche Trassierungen vorgeschlagen werden. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist vom Gesetz her nicht notwendig, weil der Antrag auf diese Leitung noch vor dem entsprechenden Gesetz eingebracht wurde. Ebenso ist nach der derzeitigen Gesetzeslage eine naturschutzrechtliche Bewilligung nicht erforderlich.

Meine Damen und Herren! Der gegenständliche Antrag hat, wie der Herr Berichterstatter vorgetragen hat, die Befassung von zusätzlichen Gutachtern zum Gegenstand. Im Interesse der betroffenen Bevölkerung möchte ich mich für diese zusätzlichen Gutachten aussprechen und bitte Sie um Ihre Unterstützung.

Das Zeitalter der Elektrizität hat uns sehr viele nützliche Erfindungen gebracht. Strom ist für uns heute fast so lebensnotwendig und auch selbstverständlich wie Wasser und Nahrung. Zahlreiche Elektrogeräte erleichtern die Arbeit und verschönern das Leben. Vor den Türen unserer Häuser befinden sich Hochspannungsleitungen, Transformatoren und Sendeanlagen. Wird dadurch unsere Gesundheit beeinträchtigt? Macht Elektromog krank? Stellt er eine Gefahr für unsere Gesundheit dar? Das fragen sich heute viele Menschen, und die Antwort darauf ist nicht leicht.

Die Wissenschaft beurteilt diese Frage sehr kontroversiell. Es gibt Studien, durchaus ernsthafte Studien, die zu großer Sorge Anlaß geben, und es gibt auch sehr viele verharmlosende Gutachten. Was soll der besorgte Bürger glauben? Wissenschaftlich gibt es keinen Nachweis dafür, daß Elektromog Ursache von Krebserkrankungen sein könnte. Auf der anderen Seite besteht aber bei namhaften Wissenschaftlern kein Zweifel daran, daß Elektromog das gesundheitliche Wohlbefinden wesentlich beeinflussen und Funktionsstörungen auslösen kann. Das Immunsystem, und das steht fest, leidet unter Elektromog. Manche Wissenschaftler vermuten, daß vor allem die Zirbeldrüse sehr empfindlich für elektromagnetische Felder ist. In der Zirbeldrüse wird Melatonin produ-

ziert, das für das Immunsystem und die Abwehr von Krebszellen verantwortlich ist. Schon schwache Magnetfelder verringern aber die Melatoninproduktion – das steht fest.

Elektromagnetische Felder lassen sich zum Unterschied von den elektrischen Feldern nicht so gut abschirmen. Sie durchdringen sogar Mauern – also ein Transformator neben einem Wohnhaus kann belastend sein. Jeder Bürger, der in der unmittelbaren Nähe von Hochspannungsleitungen lebt oder der in der direkten Nachbarschaft einer großen Trafostation wohnt, sollte sich bei den Betreibern dieser Einrichtung nach der Höhe der Felder im Wohnbereich erkundigen und auch eine Messung verlangen.

Das ist heute leider noch nicht selbstverständlich. Es wäre auch hoch an der Zeit, vorsorglich entsprechende Grenzwerte für Elektrogeräte und Anlagen im Wohn- und Arbeitsbereich vorzuschreiben. Die Weltgesundheitsorganisation beschäftigt sich schon sehr ernsthaft mit dieser Frage. Bei Baugenehmigungen sollte der Abstand zu elektrischen Anlagen als Kriterium eingeführt werden. In manch anderen Ländern ist es schon selbstverständlich, daß Wohnungen, Kindergärten und Schulen nicht unter beziehungsweise im unmittelbaren Bereich von Hochspannungsleitungen, Trafostationen oder auch Sendemasten gebaut werden. Wir haben in Österreich auf diesem Gebiet noch einen Nachholbedarf. Meine Damen und Herren, ich bin davon überzeugt, daß wir uns in den nächsten Jahren sehr stark mit den Fragen des Elektromogs und seinen Auswirkungen beschäftigen werden.

Doch nun zurück zum vorher zitierten Starkstromwegegesetz, ein altes Gesetz aus 1968, reformbedürftig. Das Land Steiermark hat einen Antrag auf Überprüfung seiner Verfassungsgemäßheit eingebracht. Wir wissen nicht, wie das ausgehen wird. Unabhängig davon – glaube ich – sollte man Paragraph 7 reformieren, und ich stelle daher den Beschlußantrag beziehungsweise ich bringe Ihnen den Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Reinprecht, Hermine Pußwald und Annemarie Wicher vor, betreffend eine Novellierung des Paragraphen 7 Starkstromwegegesetz 1968:

„Paragraph 7 Absatz 1 Starkstromwegegesetz 1968 sieht eine Bau- und Betriebsbewilligung vor, wenn die elektrische Leitungsanlage dem öffentlichen Interesse an der Versorgung der Bevölkerung oder eines Teiles derselben mit elektrischer Energie nicht widerspricht. In dieser Bewilligung hat die Behörde durch Auflagen zu bewirken, daß die elektrischen Leitungsanlagen diesen Voraussetzungen entsprechen. Dabei hat eine Abstimmung mit den bereits vorhandenen oder bewilligten anderen Energieversorgungseinrichtungen und mit den Erfordernissen der Landeskultur, des Forstwesens, der Wildbach- und Lawinenerbauung, der Raumplanung, des Natur- und Denkmalschutzes, der Wasserwirtschaft und des Wasserrechtes, des öffentlichen Verkehrs, der sonstigen öffentlichen Versorgung, der Landesverteidigung, der Sicherheit des Luftraumes und des Dienstnehmerschutzes zu erfolgen. Die zur Wahrnehmung dieser Interessen berufenen Behörden und öffentlich-rechtlichen Körperschaften sind im Ermittlungsverfahren zu hören.

In der Literatur wird sehr oft darauf hingewiesen, daß elektrische Leitungsanlagen für Starkstrom auch Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Das Starkstromwegegesetz nimmt auf den allgemeinen Gesundheitsschutz nicht Rücksicht. Es sollte Paragraph 7 Absatz 1 Starkstromwegegesetz dahin gehend ergänzt werden, daß auch auf die menschliche Gesundheit Rücksicht zu nehmen ist.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich an die Bundesregierung mit dem Ersuchen zu wenden, daß im Paragraph 7 Absatz 1 die Aufzählung der Erfordernisse noch um den Begriff der Gesundheit ergänzt wird.“

Ich darf diesen Antrag dem Herrn Präsidenten überreichen und Sie alle, meine Damen und Herren, um Ihre Unterstützung bitten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 20.59 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gebeten hat der Herr Berichterstatter, Abgeordneter Huber. Ich erteile es ihm.

**Abg. Huber (20.59 Uhr):** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren im Hohen Haus!

Die Frau Abgeordnete Dr. Karisch hat bereits sehr intensiv das Starkstromwegegesetz, Elektromog und so weiter behandelt. Ehrlich gesagt, ich kenne mich bei den Gesetzen gar nicht so detailliert aus, nur um was geht es? Die Bevölkerung der betroffenen Gemeinden befürchtet eine Gesundheitsgefährdung sowie die Beeinträchtigung der Lebensqualität. Außerdem ist man eher davon überzeugt, daß die Notwendigkeit dieser Leitung vielleicht gar nicht gegeben ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind es unseren Bewohnern schuldig, alles zu unternehmen, um diese Befürchtungen in vertrauensvoller Weise zu widerlegen, oder bei Nichtnotwendigkeit beziehungsweise einer tatsächlichen Gesundheitsgefährdung ist die Landesregierung aufgefordert, alles zu unternehmen, um diese Leitung zu verhindern.

Die betroffenen Menschen müssen Vertrauen zu den Gutachtern haben, und darum ist es notwendig, daß wir das bestehende Gutachten von der Verbundgesellschaft von unabhängigen Fachleuten prüfen beziehungsweise Gutachten erstellen lassen. Zur fachlichen Unterstützung der Arbeitsgruppe in der 380-kV-Leitung brauchen wir unbedingt noch unabhängige Gutachter, und zwar für eine Bedarfsstudie und eine freiwillige Umweltverträglichkeitsprüfung. Vorgeschlagen werden hierfür die bereits genannten Fachleute.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nach der Volksabstimmung in den betroffenen Gemeinden haben alle Fraktionen Hilfestellungen versprochen, und es ist an der Zeit, hier wirklich etwas zu tun und die genannten Gutachter für diese Studien zu beauftragen. Ich bitte um Ihre Unterstützung für diesen Antrag. (Beifall bei der SPÖ. – 21.01 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke! Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schinnerl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Schinnerl (21.01 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich werde es auch kurz machen. Es wurde von der Frau Dr. Karisch schon sehr viel gesagt, und ich kann dem zustimmen, genauso wie dem Abgeordneten Huber. Ich war ja selbst dabei in Empersdorf, wo die Bevölkerung zusammengerufen wurde mit den Abgeordneten der Fraktionen und mit den Verantwortlichen der E-Wirtschaft. Ich habe dort aus dem Munde der Bevölkerung selbst entnehmen können, daß sie wirklich Angst haben, und eigentlich den Eindruck gewonnen, daß die Menschen dort glauben, daß so eine mächtige Gruppe über die Menschen einfach hinwegfährt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Freiheitlichen stellen immer in diesen Sachen den Menschen in den Mittelpunkt. Und wenn es hier Zweifel gibt und die verunsicherte Bevölkerung Unterstützung braucht, dann können sie mit uns rechnen. Diese Anträge, die hier gestellt werden, wir werden allen unsere Zustimmung geben, wir werden auch dem Antrag der ÖVP die Zustimmung geben und hoffen, daß wir eine Verbesserung für die betroffene Bevölkerung erreichen. Die Volksabstimmung ist ja in 20 Gemeinden durchgeführt worden, eine riesige Beteiligung mit über 66 Prozent, da sieht man ja schon, daß das Problem wirklich unter den Nägeln brennt, und es haben sich fast 100 Prozent der Bevölkerung beziehungsweise der Beteiligten gegen diese geplante Starkstromleitung ausgesprochen. Wir Freiheitlichen stellen uns voll hinter diese verunsicherten Personen, wir glauben auch, daß hier noch einmal überprüft werden soll, wie schaut es tatsächlich mit der Gesundheitsgefährdung aus. Und wir wissen auch von der Bevölkerung, daß bei der Trassenauswahl man über die Köpfe hinweg oder des öftern über die Köpfe hinweg entschieden hat. Wir glauben, daß die betroffene Bevölkerung einen Schutz braucht, stehen daher hinter diesen Anträgen, und wir werden unsere Zustimmung geben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 21.03 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (21.03 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fasse mich kurz, schließe mich all den Ausführungen an von den Bedenken. Auch ich war in Empersdorf, habe dieselben Erlebnisse gehabt und möchte darauf hinweisen, daß es natürlich nicht in unserer Macht liegt, bedauerlicherweise, aber daß zu hoffen ist, daß diese Bedenken ernstgenommen werden und eigentlich diese Hochspannungsleitung uns erspart bleibt, wobei ich jetzt gar nicht auf die Frage der – also auf die Energiefrage, die im Hintergrund steht, eingehen möchte, ob es nicht alternative Möglichkeiten gibt.

Wir haben aber einen Antrag vorbereitet, den ich kurz einbringen möchte, betreffend Moratorium zur 380-kV-Leitung. Die Beauftragung der Energieverwertungsagentur mit der Durchführung einer Bedarfsstudie zur 380-kV-Leitung wird aus Grüner Sicht begrüßt. Es darf jedoch nicht dazu kommen, daß bis zum Vorliegen des Ergebnisses der Bedarfsstudie die Verbundgesellschaft im Burgenland und in der Süd- und Oststeiermark ihre Vorarbeiten zur 380-kV-Leitung fortführt, was die Sorge sicherlich aller ist. Wir bringen unsere Bedenken vor, und inzwischen wird dann begonnen. Die Bundesregierung muß dafür Sorge tragen, daß die Verbundgesellschaft bis zum Vorliegen der Bedarfsstudie und der darauffolgenden politischen Grundsatzentscheidung die Arbeiten an der 380-kV-Leitung einstellt – auch die Planungsarbeiten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, dafür Sorge zu tragen, daß die Verbundgesellschaft bis zum Vorliegen der Bedarfsstudie der Energieverwertungsagentur zur 380-kV-Hochspannungsleitung keine weiteren Vorarbeiten im Burgenland und in der Steiermark durchführt. Ich bitte, diesen Antrag in die Beratungen einfließen zu lassen. (Beifall bei den Grünen. – 21.06 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Mag. Hochegger. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ing. Mag. Hochegger (21.06 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Es gibt viel Verunsicherung und Besorgnis zur 380-kV-Leitung. Ich möchte versuchen, einen kleinen informativen Input zu dieser Problematik zu geben. Worum geht es? Es geht darum, daß es in Österreich einen Energieversorgungsring geben soll mit insgesamt 1500 Kilometer Länge, 900 Kilometer sind bereits errichtet, und 75 Kilometer davon sollen durch die Steiermark gehen – das sind 5 Prozent. Das ist der erste Aspekt.

Der zweite Aspekt: Es sollen dadurch auch 1,4 Milliarden Schilling investiert werden, und 0,7 Milliarden, also 700 Millionen, davon sollen in der Steiermark vergeben werden. Auch das wäre eine Beschäftigungsinitiative. Frau Dr. Karisch hat es schon angezogen, der Energiespareffekt muß berücksichtigt werden, weil bei einer 380-kV-Leitung die Übertragungsverluste wesentlich geringer sind, als das bei 110-kV-Leitungen zum Beispiel der Fall ist, und der Einsparungseffekt würde hier insgesamt 140 Millionen Kilowattstunden betragen, und das ist der Energiebedarf des gesamten Bezirkes Leibnitz, und darüber hinaus wäre es für die Energieversorgung auch ein Jahreseinsparungsvolumen von 260 Millionen Schilling.

Worum geht es auch der Energieversorgung primär? Es geht darum, daß wir in Österreich das Gros der Energieversorgung durch die Wasserkraft primär im Westen Österreichs im inneralpinen Raum haben, und daß wir es einfach schaffen müssen, die dort erzeugte Energie auch in den Osten unseres Landes zu trans-

portieren. Ich glaube, für diesen innerösterreichischen Ausgleich bedarf es dieses Energieversorgungsringes in unserem Lande. Es ist auch heute schon viel von Wirtschaft gesprochen worden, es ist auch eine Standortqualität im speziellen der Steiermark, daß wir hier mit entsprechender Energieversorgung und á la longue gesehen auch mit einer verbilligten Energie im EU-Konnex zu rechnen haben. Es geht darum, daß wir uns gemeinsam bemühen zu informieren, zu beruhigen und zu motivieren. In diesem Sinne hoffe ich, daß auch das in Auftrag gegebene Gutachten eine Klärstellung in unserem Lande bei der betroffenen Bevölkerung herbeiführen wird. Ich danke sehr. (Beifall bei der ÖVP. - 21.08 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Es liegen zwei Beschlußanträge vor.

Zuerst der Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Reinprecht, Pußwald und Wicher, betreffend Novellierung des Paragraphen 7 Starkstromwegesetzes 1968.

Wer diesem Beschlußantrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist ebenfalls die einstimmige Annahme.

Ein weiterer Beschlußantrag ist der Antrag der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz und LIF, betreffend Moratorium zur 380-kV-Leitung.

Wer diesem Beschlußantrag seine Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die entsprechende Mehrheit gefunden.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**16. Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einl.-Zahl 214/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Vollmann und Herrmann, betreffend einen erhöhten Beitrag der in der Steiermark agierenden Energieversorgungsunternehmen zur Erreichung der Ziele des Energieplanes II sowie der Ziele des Klimabündnisses Europa/Amazonien.**

Berichterstatterin ist als Vertreterin die Frau Abgeordnete Monika Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Kaufmann (21.11 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Antrag liegt Ihnen vor. Namens des Ausschusses für Umweltschutz und Energie stelle ich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die in der Steiermark tätigen Energieversorgungsunternehmen heranzutreten und zu erheben, erstens bei welchen Wasserkraftwerken durch technische Maßnahmen eine deutliche Wirkungsverbesserung zu erreichen wäre, zweitens welche Pläne seitens der EVU bestehen, um durch den verstärkten Einsatz von Blockheizkraftwerken die Effizienz der energetischen Nutzung von Gas deutlich zu verbessern, und drittens

ob und in welchem Ausmaß in steirischen kalorischen Kraftwerken Biomasse mitverfeuert werden kann und ob dies in Erwägung gezogen wird.

Ich bitte um Annahme. (21.12 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als erste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

**Abg. Dr. Karisch (21.12 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der amerikanische Ozeanograph Roger Revelle hat schon Ende der fünfziger Jahre eine Warnung ausgesprochen, die damals von kaum einem Zeitgenossen verstanden wurde. Er sagte damals: „Die Menschen führen ein langfristiges geophysikalisches Experiment einer Art aus, das in der Vergangenheit nicht möglich gewesen wäre und in der Zukunft nicht wiederholbar sein wird.“ Was meinte er damit? Er meinte damit die menschlichen Eingriffe in das Klima, die zu Veränderungen führen, die in ihrer Tragweite gar nicht abzuschätzen sind und die unter Umständen nicht mehr reversibel sein werden. Heute, im Jahr 1996, also fast 50 Jahre später, ist die Problematik uns allen bewußt, den Menschen der westlichen Welt und unseren Regierungen. Entsprechende Handlungen sind aber trotz Bewußtseins kaum in Sicht. Klimaforscher zeigen schon seit Jahren die dramatischen Folgen des Treibhauseffektes auf. Nur ein paar ganz kurze Beispiele:

- das Ansteigen der Meeresspiegel und die Vernichtung des Lebensraumes von Hunderten Millionen Menschen - ich sage nur Bangladesch,
- die Verschiebung der Klimazonen - auch wir werden betroffen sein, kein Schnee in den Alpen, Trockenheit und Unfruchtbarkeit zum Beispiel in der Südsteiermark,
- die Zunahme von Infektionskrankheiten. Die Weltgesundheitsorganisation befürchtet, daß die tropischen und subtropischen Krankheiten sich auch in den gemäßigten Zonen ausbreiten könnten - also denkbar wären Malariaepidemien an Rhein und Mur.

Meine Damen und Herren! Wir Steirer haben uns in einem Klimabündnis Europa/Amazonien dazu verpflichtet, unsere CO<sub>2</sub>-Emissionen zu senken. Dazu sind verschiedene Maßnahmen nötig und möglich. Eine Möglichkeit ist die Hebung der Effizienz in verschiedenen Bereichen der Energiegewinnung. Fachleute sagen uns, daß bei einem Gutteil unserer Wasserkraftwerke durch technische Maßnahmen der Wirkungsgrad der Energieumwandlung deutlich erhöht werden könnte. In anderen Ländern, darunter auch im benachbarten St. Andrä in Kärnten, werden zum Beispiel kalorische Kraftwerke ergänzend mit Biomasse befeuert. Auch das kann eine Reduktion von schädlichen Emissionen bewirken. Der vorliegende Antrag Nr. 214/1 schlägt solche sinnvollen Maßnahmen vor. Wir werden ihn daher von unserer Fraktion aus unterstützen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. - 21.15 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ussar. Ich erteile es ihm.

**Abg. Ussar (21.15 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte den Bericht des Ausschusses für Umweltschutz und Energie über den Antrag, Einlagezahl 214/1, zum Anlaß nehmen, um einen Beschlußantrag einzubringen. Gestern wurde im Veranstaltungszentrum Niklasdorf das Parteienverfahren in Sache Müllverbrennungsanlage Niklasdorf eröffnet. Die Bürgermeister der Gemeinden Niklasdorf, Proleb, Oberaich, Bruck an der Mur, Leoben, vertreten durch den Umwelstadtrat Werner Malek, haben eine Resolution an den Steiermärkischen Landtag gerichtet. Ich darf diese Resolution als Beschlußantrag einbringen:

Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Ussar, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Schrittwieser, betreffend Behandlung der Errichtung einer Reststoffverbrennungsanlage durch die Firma ENAGES mit Standort Niklasdorf nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.

Anläßlich der Abführung der Verhandlung bezüglich des Projektes Errichtung einer Reststoffverbrennungsanlage durch die Firma ENAGES mit Standort Niklasdorf haben die Vertreter und Vertreterinnen der Gemeinden Niklasdorf, Leoben, Bruck an der Mur, Proleb und Oberaich folgende Resolution gefaßt:

„Das Land Steiermark als Mehrheitseigentümer der Firma ENAGES hat die moralische und politische Verpflichtung, ihren Bürgern gegenüber ein Verfahren, das deren Lebensraum entscheidend beeinträchtigt, nach den umfassendsten Prüfungsgesetzen dieser Republik durchführen zu lassen, und nicht durch formale Spitzfindigkeiten zu Lasten wesentlicher Schutzgesetze ihrer Bevölkerung zu umgehen.

Wir fordern daher die Durchführung des oben genannten Verfahrens nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.“

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, alles in ihrem Ermessen Stehende zu unternehmen, daß die Firma ENAGES im Sinne der Resolution der Gemeinden ihr Projekt der Prüfung nach dem Umweltverträglichkeitsgesetz unterzieht.

Ich darf den Beschlußantrag überreichen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 21.18 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner (21.18 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Ussar, ich bitte, nicht böse zu sein, wenn ich diesen Beschlußantrag mit dem Adjektiv „scheinheilig“ versehe. Herr Landesrat Ressel hat heute in der Früh bei der Anfragebeantwortung folgendes fast wörtlich gesagt: Das Projekt in Niklasdorf ist politisch von der Landesregierung nicht gewollt. Und hat dem hinzugefügt, auf eine Zusatzfrage meiner Kollegin Keshmiri, daß er sehr wohl für die thermische Abfallbehandlung sei, aber das könne auch durch

einen anderen Betreiber geschehen. Und im Beschlußantrag wird die ENAGES so quasi aufgefordert, dieses Projekt zurückzuziehen, zumindest im Prinzip zurückzuziehen, weil eine Umweltverträglichkeitsprüfung kann ja nur geschehen, wenn die ENAGES den Projektantrag zurückzieht. Dieser Projektantrag wird jetzt nach den Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes abgehandelt, und ist heute in Niklasdorf bereits eine mündliche Verhandlung durchgeführt worden.

Meine Damen und Herren, wenn die Steiermark, vertreten durch den Herrn Landesrat Ressel, tatsächlich möchte, daß die ENAGES diesen Projektantrag zurückzieht, dann könnte die Steiermark, vertreten durch die STEWEAG, in der Gesellschafterversammlung der ENAGES die Anweisung geben, daß die ENAGES das Projekt Niklasdorf zurückzieht, denn die STEWEAG ist 80 Prozent Eigentümer. Dann wäre die Sache erledigt, Herr Kollege Ussar. Dann brauchte man nicht solche Scheinanträge stellen. Das ginge ganz einfach: Gesellschafterversammlung einberufen, meine Damen und Herren, und schon hätte die ENAGES den Auftrag zurückzuziehen. (Abg. Ussar: „Ein Beschlußantrag, Herr Professor!“) Und wissen Sie, Herr Kollege Ussar, warum das Herr Landesrat Ressel nicht macht? Weil die Minderheitseigentümer, die 20prozentigen, wenn das zurückgezogen werden würde, das Land sofort mit Schadenersatzklagen in Zig-Millionenhöhe eindecken würden. Denn es hat ja 1992 und 1993 einstimmige Beschlüsse der Landesregierung betreffend Niklasdorf gegeben, die dann in der Folge angesichts von Wahlen, die stattgefunden haben – Gemeinderatswahlen, Landtagswahlen –, zurückgezogen worden sind. Herr Kollege Ussar, ich gehe davon aus, daß die Damen und Herren in diesem Haus das Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz kennen. Die Zurückziehung des Antrages in Niklasdorf und die Einleitung eines Verfahrens nach dem UVP-Gesetz bedeutet eine Verzögerung von mindestens drei bis fünf Jahren angesichts der Schwerfälligkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung. Das heißt im Klartext, das Projekt ist gestorben.

Wir werden sehen, jetzt hat die Rechtsordnung ihr Wort. Der Antrag ist eingebracht von der Firma ENAGES. Er ist nach den Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes abzuhandeln, und wir werden sehen, was die Rechtsordnung zu diesem Antrag sagt. Mich stört nur ein bißchen dieses Ping-Pong-Spiel, wenn das Land es nicht will, dann soll es die Geschichte in der Gesellschafterversammlung der ENAGES abdrehen. Aber dann muß man wissen, daß es Schadenersatzforderungen in Zig-Millionenhöhe gibt. Wie übrigens eingehalten werden soll, auf Grundlage der Deponieverordnung, daß es ab 1. Jänner 2004 keine vorbehandelten Abfälle mehr geben darf, die auf Deponien deponiert werden, wie das eingehalten werden kann, wenn man eine solche Umweltverträglichkeitsprüfung betreffend Niklasdorf durchführt, das bitte ich mir auch zu sagen. Jetzt haben wir 1996, wie gesagt, drei bis fünf Jahre lauten die Schätzungen von Fachleuten bei der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Ich möchte an sich zu diesem Projekt Niklasdorf nicht viel sagen, aber wenn heute der Immissionsfachverständige der Fachabteilung Ia in Niklasdorf festhält, daß

weder in Niklasdorf noch in Donawitz, noch im übrigen Bereich irgendwelche Immissionen nachgewiesen werden können nach seiner Berechnung, daß nicht einmal der meßtechnische Nachweis nach größter Wahrscheinlichkeit geschehen kann, durchgeführt werden kann, dann frage ich mich, was wirklich die Umweltverträglichkeitsprüfung soll.

Meine Damen und Herren, Sie wissen ganz genau, daß die Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes betreffend die Auflagen weit schärfer sind als die Bestimmungen der Gewerbeordnung betreffend Auflagen. Und Sie wissen auch, meine Damen und Herren, daß die Zementindustrie in Peggau oder in der Retznei Reifen und Kunststoff verheizt. Und daß die entsprechenden gewerberechtlichen Bestimmungen Immissionen zulassen in einer Höhe, wie das das Abfallwirtschaftsgesetz nicht zuläßt, nämlich ungefähr 1000 zu 70. Der Betriebswert nach gewerberechtlichen Bestimmungen ist 1000 Milligramm pro Norm-Kubikmeter Abluft, und der Betriebswert, den die ENAGES nach den Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes vorgibt und einhalten muß, beträgt 70 Milligramm, also 1000 zu 70. Meine Damen und Herren, auch ich bin sehr dafür, daß die Bestimmungen des Abfallwirtschaftsgesetzes so angewendet und so eingehalten werden, daß in Niklasdorf und in der Umgebung weder die Umwelt noch das Leben von Menschen in irgendeiner Weise beeinträchtigt wird, aber, meine Damen und Herren, lügen wir uns doch nicht in den Sack. Die ganze Geschichte ist eine politische Frage, nämlich in Hinblick auf Wahlen. Auf der einen Seite dreht man die Geschichte nicht wirklich ab, auf der anderen Seite bekennt man sich zur thermischen Abfallverwertung. Wie das zusammengehen kann bis zum Jahre 2004, das möge mir bitte jemand von Ihnen erklären. Wir werden daher gegen diesen Beschlußantrag stimmen. (21.25 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Danke! Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Wabl. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Wabl (21.25 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem der Kollege Ussar diesen Beschlußantrag eingebracht hat, möchte ich auch hier ein paar offene Worte dazusagen. Was den Kollegen Brünner und uns Grüne in dem Punkt unterscheidet, ist das, daß wir der Meinung sind, daß die Müllverbrennung ein Weg in die falsche Richtung ist, und es gibt namhafte Wissenschaftler.

Wer kennt zum Beispiel den Prof. Wassermann, der 77 Gründe gegen die Müllverbrennung vorgebracht hat? Ich habe das sehr eingehend studiert, ohne ein Experte zu sein, und das hat mich tatsächlich überzeugt, vor allem auch die Tatsache, daß der Umstand, daß man verbrennt, viele dazu verleiten würde, der Müllvermeidung und der Mülltrennung nicht das nötige Augenmerk zu schenken. Ich gebe dem Kollegen Brünner auch recht, daß dieses Verhalten der Regierungsparteien in dieser Frage höchst doppelbödig ist. Der Beschlußantrag, so sehr ich ihn an sich begrüße, kommt mir als Schlupfloch vor. Ich war selbst gestern dabei in Niklasdorf, wie der Bürgermeister Rosenberger aus Bruck diese Resolution vor-

gelesen hat und alle Bürgermeister, von Oberaich, Niklasdorf, Proleb, Leoben und Bruck, das unterstützt haben. Und ich habe mir schon gedacht, daß die Achse gut funktioniert – meinen Glückwunsch, das funktioniert auch, nur die Menschen in der Obersteiermark sind ein bißchen skeptisch geworden, um das sehr vorsichtig auszudrücken. Vor der Landtagswahl oder Wahlen, das sind dann sehr bestimmende Elemente in der Politik, hat es eine Versammlung im Leobner Stadt-saal gegeben. Auch der Kollege Ussar war dabei, auch andere. Ich glaube, der Kollege Jeglitsch nicht. Dort ist damals hektisch beraten worden, und dann ist gesagt worden, naja, die steirische Landesregierung als Eigentümervertreter der STEWEAG, die wiederum zu 80 Prozent die ENAGES besitzt, wird das abblasen. Wir haben ein Luftgüteprogramm für den obersteirischen Raum Leoben/Donawitz, und das paßt nicht dazu, denn das wäre wie die Faust aufs Auge. Daher wird das schon geritzt. Alle waren damals glücklich. Ich kann mich erinnern, ich bin dann mit der Bürgerinitiative in ein Gasthaus gegangen zur Pizzeria dort oder zu dem italienischen Restaurant. Eigentlich waren alle der Meinung, wenn die Politiker der beiden Großparteien das dort in Leoben sagen, und die haben dort eine satte Mehrheit, dann wird das schon stimmen. Daraufhin ist auch der Beschluß gefaßt worden, und du hast recht, Kollege Brünner, es gibt einen Beschluß, daß die Steiermark die Müllverbrennung forciert. Dort ist der Beschluß gefaßt worden, daß die STEWEAG aufgefordert wird, die ENAGES aufzufordern, auszusteigen.

Es hat ein Radiointerview mit dem Landesrat Pörtl gegeben. Dabei hat es auch geheißen, Niklasdorf ist gestorben, ihr könnt alle wieder ruhig schlafen und die Kinder bleiben gesund, obwohl ohnedies dort die Atemwegserkrankungen relativ hoch sind. Ihr könnt ruhig und getrost in die Zukunft schauen, denn mit dieser Verbrennungsanlage wird nichts. Das paßt so ungefähr hinein, denn es sind manche für Verbrennung, nur niemand vor der eigenen Haustür. Das ist sicherlich ein sehr interessantes Phänomen. Anschließend haben alle darauf gewartet, wann ist es jetzt endlich aus. Wann ist das Ganze jetzt zu Ende? Niemand hat das zurückgezogen, vielleicht auch wegen der Schadenersatzforderungen, die im Raum gestanden sind.

Dr. Eisenberg ist da ein beinhardter Bursche. Ich sage nur eine Anmerkung: er war gestern der Vertreter. Das war die beste Werbung für die Gegner. Es ist zu dieser Verhandlung gekommen trotz aller Beteuerungen der verantwortlichen Politiker im Lande. Die haben dort gesagt, na, wir hören nichts, weder vom Ressel noch von der Klasnic, noch vom Pörtl. Das läuft halt jetzt. Man muß sich einmal diese Kosten vorstellen. Es hat sogar der Umweltanwalt einen Antrag eingebracht, das nach dem UBVG zu machen. Das ist abgewiesen worden von Herrn Dr. Rupp, dem ich nicht nahetreten will, und das liegt jetzt beim Umweltsenat in Wien beim Ministerium, wo man der Meinung sein hätte können, das warten wir ab und dann fangen wir erst an. Aber bitte, das kostet ohnedies nur Millionen, vor allem die Rechtsanwaltskosten und die Sachverständigenkosten.



Jetzt kommt das Interessante, Gott sei Dank sage ich, und der Eindruck täuscht mich nicht: Da waren heute zwei Freunde von mir da, die waren die ganze Zeit oben, und die bestätigen mir, daß vor allem der Mediziner auch gesagt hat, daß er auf Grund der Luftbelastung in der Obersteiermark eine Verschlechterung nicht ausschließen kann, und er ist daher nicht bereit, zu sagen, daß dieser Müllofen, dieser Verbrennungsofen keine Beeinträchtigung der Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere auch der Kinder nach sich zieht. Das kann er nicht ausschließen, und es ist daher sehr wohl möglich, daß überhaupt der Antrag abgewiesen wird oder der Antrag auf Grund einer Umweltbelastung oder einer gesundheitlichen Beeinträchtigung abgewiesen wird. Ich bin froh, daß der Antrag heute eingebracht worden ist, denn ich glaube, daß das positiv zu sehen ist.

Nur eines würde ich am Schluß bitten: Ich weiß schon, Politik ist sehr schwierig. Man hat theoretische Ansätze, theoretische Überlegungen. Auf der anderen Seite will man keine Stimmen verlieren, vor allem die SPÖ nicht im obersteirischen Raum, wo sie sehr viele Stimmen hat, aber man sollte doch ein Minimum an Konsequenz und Glaubwürdigkeit beibehalten, und nicht den Leuten vor der Wahl versprechen, da kommt eh nichts. Wir sind mächtig, und wir werden das bereinigen. Daher scheint mir dieser Antrag zumindest doppelbödig zu sein.

Ich glaube, Kollege Ussar, du bist ein ehrlicher Mensch, vielleicht spürst du es selbst auch ein bißchen, daß das zumindest ein seichter oder sachter Schritt in die Richtung ist, daß wir uns verabschieden von dem – Gott sei Dank. Du bist ja auch ein Gegner von dem, vor allem für den obersteirischen Raum, wie ich weiß, und daher freue ich mich, daß die SPÖ diesen Antrag heute im Sinne der Resolution eingebracht hat. Ich würde aber bitten, daß man in Zukunft, gerade in ökologisch sensiblen Fragen, einen geraden Weg geht, weil das bewirkt nur eines, und ich habe das auch oben gemerkt, es waren dort gestern 700 Leute zu Beginn der Veranstaltung, es sind dann allerdings etwas weniger geworden, weil die Leute arbeiten gehen, weil es war gerade Mittagspause, die Leute wollen nicht enttäuscht werden von uns. Das Ansehen der Politiker, daß man sagt, naja, vor der Wahl wird so geredet und nachher schaut es anders aus, ist ohnedies leicht angeschlagen. Ich würde daher bitten, daß man in dieser Frage wenigstens in Zukunft einen ehrlichen, geraden Weg geht und daß man den Leuten sagt, wir in der Politik sind der Meinung, wir machen das Luftgüteprogramm, und diese Verbrennung widerspricht einer Intension, die Luftgüte zu verbessern, was ja auf der Hand liegt, und dann würden wir uns manchen Verlust an Ansehen bei der Bevölkerung ersparen. Danke schön. (Beifall bei den Grünen. – 21.30 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die mehrheitliche Annahme.

Jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Ussar, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Karisch, Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Schrittwieser, betreffend Behandlung der Errichtung einer Reststoffverbrennungsanlage durch die Firma ENAGES mit Standort Niklasdorf nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**17. Selbständiger Antrag des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, Einl.-Zahl 214/2, betreffend Energieholding Steiermark.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (21.34 Uhr):** Selbständiger Antrag des Ausschusses für Umweltschutz und Energie gemäß Paragraph 12 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend Energieholding Steiermark. In der Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Energie am 17. September 1996 wurde der Antrag, Einl.-Zahl 214/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Kaufmann, Vollmann und Herrmann, betreffend einen erhöhten Beitrag der in der Steiermark agierenden Energieversorgungsunternehmen zur Erreichung der Ziele des Energieplanes II sowie der Ziele des Klimabündnisses Europa/Amazonien beraten. Anlässlich dieser Beratung hat der Ausschuß für Umweltschutz und Energie gemäß Paragraph 12 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages nachstehenden Beschluß – selbständigen Antrag – gefaßt:

Der Ausschuß für Umweltschutz stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich über die Gründung der Energieholding Steiermark Bericht zu erstatten. Dabei ist insbesondere auf strategische Überlegungen bei der Partnersuche und auf die Unternehmensziele einzugehen.

Ich bitte um Annahme des Antrages. (21.35 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke der Frau Berichterstatterin. Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Erlitz. Ich erteile es ihm.

**Abg. Mag. Erlitz (21.35 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe für meine Fraktion die Aufgabe übernommen, ein paar Bemerkungen zur Begründung unserer Ablehnung des vorliegenden Antrages auszusprechen.

Und zwar erstens meinen wir, ist die Beteiligungspolitik insgesamt eine, ich möchte fast sagen, klassische Aufgabe des Landes, der Landesregierung, ist eine der möglichen politischen Einflußmöglichkeiten des Landes, ist ein möglicher Handlungsspielraum der Landesregierung, der auch wahrgenommen werden sollte. Beteiligungspolitik ist eine Aufgabe der Landesregierung, und nicht des Landtages – Punkt 1.

Punkt 2: Für die Beteiligungen und beteiligungs-politischen Vorgänge – wie auch immer – meinen wir, ist in erster Linie der Finanz-Ausschuß zuständig, und nicht der Ausschuß für Umwelt. Entscheidend für unsere ablehnende Haltung ist aber, daß wir meinen, daß zu diesem Zeitpunkt, zum jetzigen Zeitpunkt, zu dem man noch auf Suche zu geeigneten Partnern oder Partnerinnen sich befindet, es nicht sinnvoll ist, in der Öffentlichkeit darüber über mögliche Partner zu diskutieren. Ich glaube, der Mag. Hochegger wird mir vielleicht recht geben, wenn ich sage, kein Unternehmer – (Abg. Mag. Zitz: „Werden das bayrische oder französische sein?“) lassen Sie mich ausreden – kein Unternehmer würde in dieser jetzigen Phase, in der Phase bei den strategischen Überlegungen einer Partnersuche, aber auch bei strategischen Überlegungen über Unternehmensziele, in dieser jetzigen Phase, in dieser Phase *statu nascendi*, von mir aus, wie der Lateiner sagen würde, kein Unternehmer und kein Unternehmen würden in dieser Phase irgendwelche Strategien oder mögliche Entscheidungen bekanntgeben oder groß hinausposaunen. Das wäre wahrscheinlich ein Schuß ins eigene Knie, und auch das Land tritt hier als Unternehmen oder Unternehmer auf. Übrigens wird auch Landesrat Ressel, wenn es soweit ist, wenn der Partner oder die Partnerin gefunden ist, ist ja ohnehin veranlaßt, dem Landtag entsprechend Bericht erstatten und wenn die Holding steht. Und darüber hinaus wäre im letzten Ausschuß auch die Möglichkeit gewesen, Landesrat Ressel mit entsprechenden Fragen zu bombardieren. Er wäre Rede und Antwort gestanden, er war bereit, auf alle Fragen Antwort zu geben. Dafür war aber damals beim letzten Ausschuß von keinem der anderen hier im Landtag vertretenen Parteien Interesse vorhanden. (Abg. Dr. Wabl: „Interesse schon!“)

Und im übrigen, er war bereit, er ist ja gekommen. Nur Sie waren nicht bereit, ihn zu fragen. Wir meinen aber, daß dieses Hohe Haus nicht der richtige Raum, nicht das entsprechende Podium ist, darüber, in der jetzigen Phase zu diskutieren. Und im übrigen gibt es – soweit mir bekannt ist – ein weitgehendes Einvernehmen zwischen den beiden Landesräten Paierl und Ressel. Und schon aus diesem Grunde verstehe ich eigentlich nicht – und der Herr Klubobmann Schützenhöfer hat es schon angekündigt, wie sein Klub sich hier verhalten wird –, verstehe ich aus diesen Gründen nicht, die Haltung der ÖVP zu dieser Thematik. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 21.40 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Zitz, die Berichterstatterin. Ich erteile es ihr.

**Abg. Mag. Zitz** (21.40 Uhr – Abg. Mag. Erlitz: „Aber schnell, bitte!“): Ich werde ganz sicher in dem Tempo reden, das diesem Thema angemessen ist.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Erlitz! Sie haben es mit Ihrer Wortmeldung geschafft, die Grünen dazu zu bringen, daß wir noch einmal im Detail darlegen werden, warum dieser Antrag heute auf der Tagesordnung des Landtages steht und wir nicht vorhaben, diesen Antrag bei der Landesregierung, beim Landesrat Ressel, ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr oder ein Jahr versauern zu lassen. (Abg. Gennaro: „Das ist

schon wieder eine Unterstellung!“) Meine ersten Informationen – und Martin Wabl hat genau die gleichen Erfahrungen gemacht, sogar noch verschärft, weil in Niklasdorf seit langer Zeit sehr engagiert ist –, daß es in der Steiermark eine Energieholding Steiermark gibt, habe ich diversen kleinformatischen Tageszeitungen entnommen. Wir haben dann probiert, Martin Wabl und ich, mit Telefonen, mit Faxen und mit klassischem Schriftverkehr, bei mehreren Landesregierungsmitgliedern diesen Regierungsbeschluß zu bekommen, wo oben steht „Energie Steiermark Holding, Aktiengesellschaft“.

Und, sehr geehrter Herr Erlitz, sehr geehrter Herr Klubobmann Flecker, wenn Sie unseren Antrag nicht unterstützen, diesen Antrag habe ich nicht über das Büro Ressel bekommen, nicht über das Büro Klasnic, nicht über das Büro Paierl, sondern über einen wohlmeinenden Journalisten, der gesagt hat, eigentlich ist es eine absolute Sauerei, ich verwende diesen Begriff extrem selten, aber in diesem Zusammenhang mache ich das und habe nicht vor, ihn aus dem Protokoll zu streichen. Es ist eine absolute Sauerei, daß der Landtag mit Grundstücksverkäufen belastet wird, daß der Landtag mit dem Verkauf von Eigentumswohnungen belastet wird, daß der Landtag damit belastet wird, wenn irgendwo ein kleines Stückchen Straße verbreitet wird, aber daß der Landtag nicht erfährt, wenn eine gewaltige Umstrukturierung der Energieunternehmen in der Steiermark bevorsteht.

Das, was wir im Finanz-Ausschuß eingebracht haben, war, daß wir verlangt haben, es möge klargestellt werden, wie genau die Unternehmensziele der „Energie Steiermark“ sind. Dieses Papier zur „Energie Holding Steiermark Aktiengesellschaft“ ist vom Zweck und vom Unternehmensgegenstand her so wenig präzise, daß das aus meiner Sicht bestenfalls Entwurfcharakter hat. Die meisten von Ihnen haben Regierungsfractionen, haben einen weniger mühevollen Zugang zu Unterlagen der Regierung wie ich. Sie wissen auch sehr genau, daß im Bereich Grundkapital und Aktien drinnensteht, das Grundkapital der Gesellschaft beträgt eine Million Schilling. Das heißt, das, was hier vorliegt, das ist tatsächlich – wie der Herr Erlitz sehr eloquent auf Latein ausgedrückt hat, in *statu nascendi*. Und genau deswegen glaube ich, daß wir als Landtag das Recht haben, diesen Status *nascendi* zu beeinflussen, und zwar in eine Richtung zu beeinflussen, daß zuerst einmal klargestellt wird, wie im Detail die Unternehmensziele sind.

Ich kann es nicht akzeptieren, daß hier so kokett drinnensteht, „Erbringen von Dienstleistungen aller Art“ oder „Transport und Vertrieb von Energieträgern jeglicher Art“. Sie wissen ganz genau, was „jeglicher Art“ im Jahr 1996 in der Steiermark, in Österreich, in Europa, heißt. Energieträger jeglicher Art heißt selbstverständlich auch Atomstrom. Dieser Zwischenruf, den ich vorher von hinten gemacht habe, wie das ausschaut, wer einer der logischen Koalitionspartner für die Freunde der klammheimlichen Energieholding Steiermark ist, wo ich gefragt habe, werden es jetzt die bayrischen Atomstromproduzenten sein oder wird es die Elektrizität de France sein oder wird es eines der engagierten kleinen Energieversorgungsunternehmen in der Steiermark sein. Diese Frage kann mir im

Moment niemand beantworten. Und diese Frage gehört hier im Landtag diskutiert.

Wenn wir es schaffen, die für mich inhaltlich integren Energieanträge der SPÖ zu diskutieren und abzustimmen und dann den verwaltungstechnischen Überbau, nämlich diese Energieholding Steiermark nicht zu diskutieren, dann ist das für mich eine ganz klare Abwertung des Landtages. Und daß die SPÖ derzeit die Fraktion ist, die das mitträgt, das tut mir sehr, sehr leid, weil ich davon ausgegangen bin, daß man gerade im Klimaschutz, im Energiebereich mit der SPÖ einfach auch eine Bündnispartnerschaft, reduziert auf bestimmte Bereiche, eingehen kann. Und einer dieser Kernbereiche ist für mich sicherzustellen, daß in der Steiermark Energie auf eine Art und Weise produziert wird, wie Sie es, sehr geehrte Herrschaften von der SPÖ, vor zirka drei Stunden in Ansätzen in Ihrem Antrag zur Bauinitiative Steiermark eingebracht haben. Daß nämlich Energie auf eine Art und Weise produziert, verwaltet, genützt wird, daß es annähernd ökologisch verträglich ist.

Wie kann man auf der einen Seite tolle Wärmedämminitiativen starten, wo ich mir fast überlege, ob ich Teile Ihres Antrages nicht an andere Grüne in anderen Bundesländern schicken soll, weil er teilweise wirklich nicht schlecht ist, und auf der anderen Seite den Landtag daran hindern, sich mit der Energieholding Steiermark auseinanderzusetzen?

Ein zweiter Bereich, der noch sehr negativ auffällt, ist die Bewirtschaftung nuklearer Energieträger, denn diesen Bereich haben Sie dezidiert nicht ausgenommen. Ein weiterer Bereich, zu dem der Martin Wabl sehr viel gearbeitet hat in letzter Zeit, war diese dezente Formulierung, Verwertung von Abfällen, Materialien und Stoffen jeglicher Art. Und selbstverständlich ist diese Energieholding Steiermark die Grundlage dafür, daß es Müllöfen gibt und nicht nur in Niklasdorf, sondern wahrscheinlich auch nach der Gemeinderatswahl in Graz. Ich hoffe da auf starkes Engagement der Grazer Abgeordneten, und wahrscheinlich wird auch so manche Shredderanlage in der Oststeiermark dadurch wieder legitimiert sein, und zwar dadurch legitimiert sein, daß die Energieholding Steiermark einen derartig schleißigen Gegenstand-, Zweck- und Satzungsparagrafen hat, wie im Moment. (Abg. Vollmann: „Wie schreibt man ‚schleißig‘, Frau Kollegin?“) Das haben Sie mich das letzte Mal schon gefragt. Ich schenke Ihnen einen Duden.

Ein Bereich noch, den ich auch einbringen möchte, weil es mich gerade von der SPÖ sehr schockiert hat, daß Sie nicht bereit ist, darauf noch näher einzugehen, abgesehen davon, daß wahrscheinlich auch bekannt ist, daß in der Steiermark ohnehin Überkapazitäten an Strom und Wärme geliefert werden. Sie wissen, daß Voitsberg III derzeit gewaltige Überkapazitäten liefert und daß der sehr geehrte Herr Wirtschaftsminister Farnleitner, der leider Gottes auch für die Energiepolitik in diesem Land zuständig ist, vor kurzem im Magazin „Schilling“ gemeint hat, es wäre eigentlich klar, daß es Überkapazitäten im Kraftwerksbereich gibt. Ich denke bei diesen Rahmenbedingungen an eine Liberalisierung des EU-Marktes, für Energieträger. Ein Wirtschafts- und Energieminister, der zugibt, daß zuviel Energie im Kraftwerksbereich, nicht im Alternativenergiebereich, in Österreich pro-

duziert wird, weiters Tatsache, daß Niklasdorf in diesen Tagen verhandelt wird, und der Tatsache, daß nukleare Lobbys in Bayern, in Frankreich mit großem Engagement darauf warten, in der Steiermark einzusteigen. In diesem Zusammenhang ist es für mich absolut unverständlich, daß die SPÖ nicht bereit ist, diesen Antrag zu unterstützen.

Wie gesagt, ich wäre nicht so wortreich gewesen, und wir werden auf jeden Fall eine ausführliche Debatte noch im Landtag haben, wenn der Herr Abgeordnete Erlitz nicht vorher wirklich mit einer Art von Ignoranz provoziert hätte, die für mich haarsträubend war. Danke. (Beifall bei den Grünen. – 21.48 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brunner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brunner (21.48 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe nicht die Absicht gehabt, mich zu Wort zu melden. Aber die Wortmeldung des Kollegen Erlitz hat meine Wortmeldung provoziert. Herr Kollege Erlitz, es ist sehr löblich, wenn Sie sich über die wirtschaftliche Reputation der Energieholding den Kopf zerbrechen und sagen, man könne doch jetzt nicht in der Öffentlichkeit über die Partner und über die strategischen Ziele diskutieren, weil damit schade man diesem Unternehmen, das auf dieser Suche sei. Herr Kollege Erlitz, ich bitte Sie, diese Ihre Sorge um die wirtschaftliche Reputation auch ihrem Parteivorsitzenden, Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner, mitzuteilen (Abg. Mag. Erlitz: „Sagen Sie ihm das!“), wenn er nämlich öffentlich über die wirtschaftliche Reputation der Landes-Hypothekenbank philosophiert im Zusammenhang mit möglichen Privatisierungen, weil dieses, sein Philosophieren in der Öffentlichkeit, hat diesem Unternehmen mehr geschadet, als wenn der Landtag über etwaige Partner und strategische Ziele der Energieholding diskutieren würde.

Zweitens, Herr Kollege Erlitz, ich verstehe schon, daß Sie kein Interesse daran haben, daß die Landesregierung den Landtag über irgend etwas informiert, denn Sie haben Zugang zu diesen Informationen über die Landesregierung. Herr Kollege Erlitz, ich habe es nur satt, Informationen über weitreichende politische Entscheidungen in diesem Land von den Medien zu bekommen, und ich habe es auch satt, auf nicht ganz koscheren Wegen mir solche Informationen zu besorgen. (Abg. Vollmann: „Haben wir heute schon einmal gehört!“) Es ist Kompetenz des Landtages, auch allgemein politische Ziele und Entscheidungen zu treffen, und die Energieholding ist eine solche Angelegenheit. Ich erwarte mit großem Interesse den Bericht der Landesregierung in dieser Angelegenheit, und zwar noch zu einem Zeitpunkt, Herr Kollege Erlitz, wo nicht alles entschieden ist, sondern wo der Landtag noch eine gewisse Möglichkeit hat, sowohl über Partner als auch über strategische Ziele mitzureden und vielleicht sogar mitzuentcheiden. (Beifall bei den Grünen. – 21.50 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem selbständigen Antrag des Ausschusses für Umweltschutz und Energie, Einl.-Zahl 214/2, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

**18. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 219/1, der Abgeordneten Mag. Erlitz, Gennaro, Gross und Dr. Reinprecht, betreffend Einführung eines Medikamentenpasses für die steirische Bevölkerung.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Mag. Wolfgang Erlitz. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Erlitz (21.51 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag liegt Ihnen vor. Ich erspare Ihnen daher diese ganze Einleitung. Daher bringe ich gleich den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, möglichst rasch Verhandlungen mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer, der Apothekerkammer und den Gesundheits-sprecher/innen der im Landtag vertretenen Parteien aufzunehmen, um die Einführung eines Medikamentenpasses für die steirische Bevölkerung zu ermöglichen. Soweit mein Antrag. (21.51 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke. Als erste Wortmeldung liegt die des Berichterstatters vor. Ich erteile sie ihm.

**Abg. Mag. Erlitz (21.52 Uhr):** Meine Damen und Herren!

Die Gesundheitskosten, wie Sie ja wissen, steigen seit vielen Jahren stärker als alle anderen volkswirtschaftlichen Kennziffern in ganz rapider Form an. 113 Milliarden Schilling kostet das heimische Gesundheitssystem pro Jahr. Etwa rund 15 Milliarden Schilling davon zahlten die Kassen allein für die Arzneimittel. Zwischen 1989 und 1995 stiegen allein die Medikamentenkosten um sage und schreibe 55 Prozent. Diese Kostensteigerungen haben viele Ursachen. Einerseits kostet die Entwicklung der Medikamente sehr viel - zwischen 2,5 und 3 Milliarden Schilling. Ein Medikament weltweit registrieren zu lassen dauert sieben Jahre. Die restliche Zeit wird verwendet, die Investition wieder hereinzubekommen. Erst nach 15 Jahren können die Medikamente von anderen Firmen nachgebaut und eventuell billiger verkauft werden. Manche Pharmafirmen gehen auch her und nehmen bewährte Medikamente vom Markt, um sie durch neue, teurere zu ersetzen. Ob sie wirksamer sind, ist umstritten. Aber solange die Ärzte annehmen müssen, daß diese neuen Medikamente besser sind, verschreiben sie diese natürlich ihren Patienten.

Eine weitere Knirschstelle ist auch darin zu finden, daß sich die niedergelassenen Ärzte an das Heilmittelverzeichnis der Kassen halten müssen und mit Informationen über preisgünstigere Medikamente versorgt werden, während die Spitalsärzte Medikamente ohne diese Liste verschreiben. Die Kassen haben dabei weder Mitspracherecht noch Einblicksmöglichkeiten

in diese Verschreibungspraxis der Spitalsärzte. Auch in der Steiermark sind die Kosten sehr hoch. Um rund 3 Milliarden Schilling werden jährlich Medikamente verkauft. Davon bezahlt die Gebietskrankenkasse allein rund 1,6 Milliarden Schilling. Tendenz steigend: 10 Prozent Zuwachsrate pro Jahr. Und wir wissen gleichzeitig, daß sich das Ausgabenplus auf dem Medikamentensektor nicht direkt proportional in mehr Gesundheit niederschlägt. Das heißt, mehr Medikamente ist nicht gleich mehr Gesundheit, sondern oft ganz im Gegenteil.

Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit ist die sogenannte „stille Sucht“, also diese Medikamentenabhängigkeit, zu einem durchaus ernstzunehmenden gesundheitspolitischen Problem geworden. Faktum ist auch, daß Tonnen von Arzneimitteln gar nicht verwendet werden und damit klarerweise Geld verschleudert wird. Wir wissen, daß es daheim in den Haushalten in den Medikamentenschränken sehr viele halbleere oder halbvolle Medikamentenschachteln und halbleere oder halbvolle Tuben gibt und man gleichzeitig dieselben Packungen wieder neu anfordert. Darüber hinaus kommt es, und auch da klagen die Krankenkassen, immer häufiger durch die freie Arztwahl, die ja sehr erfreulich ist, zu Mehrfachverschreibungen und damit zu problematischen bis gefährlichen Kombinations- und Nebenwirkungen.

Und um alle diese Probleme finanzieller Natur, gesundheitlicher Natur in den Griff zu bekommen, schlagen wir die Einführung eines Medikamentenpasses vor. Das heißt, die verordneten Medikamente, nicht alle, nicht die sogenannten „OTC-Medikamente“, die over the counter, das heißt, die man ohne Rezept vom Apotheker bekommt, die sind nicht gemeint, aber alle anderen Medikamente sollten in diesem Paß vermerkt werden mit dem Ziel, ein stärkeres Bewußtsein - (Abg. Mag. Zitz: „Fremdsprachen - super!“) Over the counter! Weißt eh, wenn du gebildet bist? Ich lade dich ein, komme zu uns in die Schule, dann lernst du noch einmal Englisch und Latein.

Also dieser Paß sollte eingeführt werden, um ein stärkeres Bewußtsein bei den Patienten zu erziehen. Das heißt, daß man mit dem High-Tech-Produkt „Medikament“ vernünftig und sorgsam umgeht und umgegangen wird. Dieser Paß wird natürlich nur dann von entsprechender Effizienz sein, wenn die beiden Hauptdarsteller, nämlich Arzt und Apotheker, bereit sind, ihre Schlüsselrollen auch zu spielen. Ich könnte und ich kann mir vorstellen, daß diese beiden - Arzt/Apotheker - auf Grund ihres hohen und großen Verantwortungsbewußtseins und ihres ethischen Zuganges zu dieser Problemstellung durchaus bereit sind, auch ihre Rolle entsprechend wahrzunehmen. Selbstverständlich kann dieser Paß nicht von heute auf morgen, es ist auch die Aufgabe der Landesregierung jetzt, diesen Paß einzuführen, das umzusetzen. Aber ich kann mir vorstellen, daß man nicht gleich im ganzen Land den Paß einführen wird, sondern zuerst kleinräumig, lokal begrenzt, in Form eines Pilotprojektes diesen Paß einmal ausprobiert beziehungsweise die Ärzte und Apotheker in diesem Raum zur freiwilligen Mitarbeit einlädt.

Zu diesen angeführten Motiven zur Einrichtung eines Medikamentenpasses könnte sich in nächster Zeit noch ein weiteres Motiv hinzugesellen, nämlich

das Stichwort und Reizwort heißt „Selbstmedikation“. Das heißt, die Medikamente, die man sich selbst ohne Rezept beim Apotheker kauft, ist stark im Zunehmen, in Europa ganz stark, in England, in Deutschland macht die Selbstmedikation etwa 27, 28 Prozent aus, in Österreich erst ein Prozent. Aber Weltgesundheitsorganisation – WHO und auch die Europäische Union unterstützen und fördern diese verantwortungsbewußte Selbstmedikation als Teil der Basisgesundheitsversorgung. Das heißt, im Sinne dieser europaweiten Vereinheitlichung des freien Warenmarktes und des Binnenmarktes läßt sich mittelfristig diese Sonderrolle Österreichs nicht aufrechterhalten. Das heißt, auch in Österreich wird die Selbstmedikation zunehmend – wie auch immer –, jedenfalls kommen damit auf den Arzt, Apotheker neue essentielle Aufgaben hinzu: Selbstmedikationsberatung. Vor allem kommt es auf den Arzt zu, will er die Beratung nicht irgend jemand anderem überlassen, der Arzt wird letztlich der primäre Ratgeber des Patienten sein. Dieser Medikamentenpaß könnte auch bei diesem Szenario Selbstmedikation wertvolle Hilfe für alle Beteiligten, vor allem für den Patienten, leisten und schwerwiegende Folgen unkontrollierten Konsumtenkonsums verhindern helfen. Soweit zum Medikamentenpaß.

Ein kleiner Vorgriff zu dem, was meine Kollegin Mag. Hartinger sagen wird, nämlich zum Gesundheitspaß, wir treten diesem Antrag bei. Nur ein paar kleine Bemerkungen: Der Gesundheitspaß ist etwas anderes als der Medikamentenpaß. Der Medikamentenpaß ist keine Alternative zum Gesundheitspaß. Der Medikamentenpaß bezieht seine Existenz aus einer anderen Überlegung heraus, nämlich der Gesundheitspaß ist im Gegensatz zum Medikamentenpaß eine Dokumentation auch für gesunde Personen. Das heißt für alle 7,5 Millionen Österreicher und Österreicherinnen. Während der Medikamentenpaß ein auf Behandlung hin ausgerichteter Paß ist, das heißt für kranke Menschen. Weitere Bemerkungen:

In der Steiermark ist die Einführung eines Gesundheitspasses bereits intensiv geprüft worden. Im Jahre 1993 wurde dazu auch der Auftrag gegeben, dabei waren der Vorsitzende des Landessanitätsrates, die Frau Dr. Grabensberger, die Frau Dr. Karisch, also sehr viele Damen und Herren dieses Hauses, EDV-Spezialisten, Ärztekammer, Gebietskrankenkasse. Es ist ein Jahr lang geprüft worden über die Einführung eines solchen Gesundheitspasses in der Steiermark mit dem Ergebnis, daß sich einerseits die Ärzte geweigert haben, den Mehraufwand, der auf sie dabei zukommt, ohne Abgeltung zu leisten und vor allem die dafür notwendige Computerausstattung wäre in die Milliarden gegangen, das heißt, finanziell nicht umsetzbar. In der Steiermark brauchen wir über die Einführung eines Gesundheitspasses zurzeit nicht diskutieren, es ist vor kurzem eingehend intensivst geprüft worden.

Auch in Kärnten und Wien gibt es bereits Gesundheitspässe, liegen in der Schreibtischlade, inhaltlich fertig ausgearbeitet, aber eben aus diesen von mir angeführten Gründen momentan aus finanziellen Gründen nicht umsetzbar. Wohl wurde bereits – bin schon am Ende, ich beeile mich – zum Beispiel im

Frühjahr 1992 die Firma Siemens-Nixdorf beauftragt, gemeinsam mit der Burgenländischen Gebietskrankenkasse und dem Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger einen lokalen Feldversuch durchzuführen über die Einführung eines Gesundheitspasses. Man hat etwa 3000 Patienten mit diesem Feldversuch erfaßt und drei Arztpraxen. Der Feldversuch gliederte sich in diese Hauptkomponenten Chipkarte, Chipkartenterminal, Kommunikationsnetz, Clearing-Rechner, Zentraldatenbank im Hauptverband, Überprüfung der Gesamtkonzeption. Diese dort verteilten Chipkarten bei diesem Feldversuch entsprechen im Aufbau und in den physikalischen Eigenschaften den in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzten Chipkarten, wobei lediglich eben der Karteninhalt auf die österreichischen Vorgaben abgestimmt wurde. Schon nach kurzer Probenzeit, Frau Kollegin Hartinger, hat man festgestellt, daß dieser Feldversuch recht gut, positiv verlaufen ist. Die österreichische Gesamtlösung wurde bereits bei mehreren internationalen Fachkongressen in verschiedensten europäischen Länder als vorbildlich und beispielhaft für ganz Europa betrachtet und ist mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden. Dieser Feldversuch ist also gut über die Rampen gegangen.

Auch in der EU, meine Damen und Herren, läuft zurzeit ein derartiges Projekt über die Einführung eines solchen Gesundheitspasses, ein Projekt, betreffend EU-konforme Karte, und soll dieser Versuch, dieses Projekt bis 1999 abgeschlossen sein. Das heißt, Einführung eines Gesundheitspasses an und für sich nichts Neues, in der Steiermark überprüft, durchgecheckt, in Österreich, im Burgenland zurzeit getestet. Wir können mit dem Antrag von der Frau Kollegin Hartinger ohneweiters mitgehen, schon aus dem Grunde gehen wir mit, um über das Ergebnis dieses von mir geschilderten Versuches vielleicht doch Mitteilung zu erhalten. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 22.03 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger.

**Abg. Mag. Hartinger (22.03 Uhr):** Herr Präsident! Hohes Haus!

Ich glaube, zu so später Stunde über den Medikamentenpaß und Gesundheitspaß zu reden, ist für Sie sicher alle eine Qual. Und ich möchte als Gesundheitspolitikerin auch zu Ihrer Gesundheit etwas beitragen, indem ich meine Wortmeldung wirklich so kurz als möglich fasse. (Allgemeiner Beifall.)

Eine 68jährige Frau mit Oberschenkelhalsbruch kommt ins Krankenhaus. Der aufnehmende Arzt fragt sie im Rahmen der Anamnese über ihre bisherigen Krankheiten und Medikamente, die sie einnimmt. Ach ja, lieber Doktor, sagt sie, irgendwelche gelben Pulver muß ich nehmen und ein paar bittere rote Pillen sind auch dabei. (Abg. Gross: „Die roten Pillen habe ich verstanden, nur die gelben nicht!“) Interpretieren Sie da was falsch? (Allgemeine Heiterkeit!) Was ist für Aufregung, bitte?

Daß sie Macommar-Patientin ist und dies bei einer Operation bei Nichtmedikamentenumstellung lebensgefährlich werden kann, weiß sie natürlich nicht.

(Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Meine Damen und Herren, geben Sie doch der Frau Kollegin Hartinger die Möglichkeit, sich kurzzufassen!“) Danke, Herr Präsident.

Fall zwei: Ein Patient holt den Notarzt, hohes Fieber. Diagnose: Virusinfekt. Therapie: Antibiotika mittels Sofortinjektion. Auf die Frage des Arztes hinsichtlich irgendwelcher Allergien antwortete er, keine. Ein paar Stunden später: Jodallergie. Sie sehen, es gäbe noch genug Beispiele, um aufzuzeigen, wie wichtig eine lückenlose Aufzeichnung der Krankengeschichte eines Patienten sein kann. Ein Medikamentenpaß ist hier zuwenig, Herr Kollege Erlitz. Es würde zwar die Kompatibilität bei den Medikamenten untereinander berücksichtigen, aber weder die Abstimmung auf eventuelle Allergien noch eventuelle andere Behandlungsmethoden. Ich will Ihnen nicht unterstellen, daß Ihr Antrag, Herr Mag. Erlitz, die Idee für die Einsparung der Medikamentenkosten, durch die Sozialversicherung gepuscht wird. Aber die Kosten einzusparen ist nur eine Seite, die für mich als Gesundheitspolitikerin viel wesentlicher liegt in der Qualitätskontrolle und der Schutz der oft unwissenden Patienten.

Die Einrichtung eines Medikamentenpasses, ich interpretiere Ihren Antrag als solchen, wo nämlich die Medikamente händisch eingetragen werden, scheint mir im heutigen Zeitalter der EDV etwas veraltet. Sowohl die Europa-Kommission als auch die ARGE Gesundheit hat unter Mitwirkung von Experten eine Chipkarte von Patienten empfohlen, wo man auf Mikroprozessoren Daten über die Krankengeschichte, Diagnosen und Therapie speichert. Die Gesundheitskarte würde auf Grund der zentralen Erfassung der Sozialversicherung unnötige Wiederholungen und Untersuchungen vermeiden und eine Verkürzung der Aufenthaltsdauer im Krankenhaus bewirken. Das heißt, es könnte mit einer Kostenersparnis, und das sind bitte mehr als bei Ihrem Medikamentenpaß, von jährlich 20 Milliarden Schilling österreichweit und steiermarkweit 2 bis 3 Milliarden Schilling gerechnet werden. In Deutschland, wo solche Karten gebietsweise zur Anwendung kommen, sind vor allem auf Bedingungen, wie Datenschutz, Patienten- und Ordinationsmanagement und die Akzeptanz der Ärzte noch verstärktes Augenmerk zu lenken.

Ich freue mich aber trotzdem, daß es gelungen ist, daß alle Parteien meinen Antrag unterstützen, und darf daher folgenden Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Bacher, Mag. Erlitz, Dr. Wabl und Keshmiri zur Verlesung bringen.

Es wird der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, bundesweit die Einführung der Gesundheitskarte(chip) unter Berücksichtigung der Datenschutzproblematik zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. - 22.08 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Bacher. Ich erteile es ihm.

**Abg. Bacher (22.08 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Kollegin Hartinger hat davon gesprochen, daß rote Pillen so gesund sein sollen. Ich bin mir nämlich nicht ganz sicher, weil es gibt bei jeder Tablette auch Nebenwirkungen.

Zum Ernst der Sache, meine Damen und Herren: Herr Kollege Erlitz, ich unterstreiche vieles, was du gesagt hast. Es ist ein Faktum, daß Milliarden jährlich für Medikamente ausgegeben werden und daß von den rund 15 Milliarden Schilling, die österreichweit dafür bezahlt werden, 30 Prozent wieder am Müll landen. Das ist in Wahrheit die Dramatik dabei. Wenn man weiß, daß viele Medikamente abgeholt werden, zu Hause liegenbleiben und eigentlich eine andere Wirkung haben müßten, dann muß man einfach dort anfangen. Du hast auch davon gesprochen, daß der Arzt, die Apotheker und die Kammer natürlich eine wesentliche Rolle dabei spielen. Man darf aber nicht vergessen, daß der Patient im Mittelpunkt steht. Daher glaube ich, daß der Aufklärung ein ganz wesentliches Element zukommt.

Wir können im Landtag viele Gesetze beschließen, und wir können auch einen Paß beschließen. Wenn der aber in Wahrheit nicht mit Leben erfüllt wird, nämlich in Form der Aufklärung und Hinweisen, daß man einfach mit den Medikamenten sparsam umgehen muß, dann hat das alles keinen Sinn. Ich bin auch überzeugt, daß sich die neue Technologie, nämlich die Chipkarte, nicht aufhalten lassen wird. Man muß nur sorgsam mit dieser Technologie umgehen, weil ich eines befürchte, daß wir zum gläsernen Patienten kommen. Es ist dann alles registrierbar, von der Krankengeschichte bis hin zum Verbrauch von Medikamenten und dergleichen mehr. Man weiß aus vielen Erfahrungen in Deutschland aus Studien, daß es dort in Wahrheit noch keinen Schlüssel dafür gibt. Man muß mit dieser Technik daher sorgsam umgehen. Daher glaube ich, daß der Politik auch ein wesentliches Element zukommt, nämlich das der Aufklärung. Der wesentlichste ist aber meiner Meinung nach der Arzt, der sparsam und ordentlich mit diesen Medikamenten umgehen kann.

Es sind heute schon einige Geschichten erzählt worden, und ich möchte abschließend noch eines ganz kurz sagen: Ich habe in einem Buch gelesen über „Arzneimittelsegen oder -schaden?“. Wir wissen alle, daß viele Krankheiten nur gebessert beziehungsweise geheilt werden durch den Einsatz von Arzneimitteln. Mit dem Verzicht auf Arzneimittel würde ein Mensch statistisch gesehen wegen der fehlenden Nebenwirkungen um 37 Minuten länger leben. Wegen der fehlenden Wirkung würde er allerdings ungefähr 15 Jahre früher sterben. Das ist das Entscheidende. Medikamente haben einen wesentlichen Einfluß auf Verbesserung der Gesundheit. Wir müssen aber nur sorgsam damit umgehen. Frau Kollegin, wir treten Ihrem Antrag bei. (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. - 22.11 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Nachdem nun keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt und alle dem Antrag beitreten, wird es wohl auch möglich sein, im Zeitalter der PCs den Ärzten zu den vielen Schirmen,

die sie schon in ihren Ordinationen haben, auch noch einen kleinen Computerschirm hinzuzufügen, in dem man dann die verschiedenen Karten auch ablesen kann.

Wir kommen nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Bacher, Mag. Erlitz, Dr. Wabl und Keshmiri, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, an die Bundesregierung heranzutreten, bundesweit die Einführung der Gesundheitskarte(chip) unter Berücksichtigung der Datenschutzproblematik zu prüfen und gegebenenfalls zu veranlassen, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Auch da ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

#### **19. Bericht des Kontroll-Ausschusses über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 144/1, über die Stadtwerke Leoben.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Josef Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger** (22.12 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Ich bringe den Bericht des Rechnungshofes über die Stadtwerke Leoben mit der EZ. 144/1. Der Rechnungshof überprüfte von September bis November 1994 die Gebarung der Stadtwerke Leoben. Der Prüfungsintervall war vom Jahr 1991 bis 1993. Das Prüfungsergebnis ist auf Seiten 2 und 3 des Ihnen vorliegenden Rechnungshofberichtes bekannt. Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 17. September 1996 über den Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtwerke Leoben, Einl.-Zahl 144/1, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Der Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtwerke Leoben wird zur Kenntnis genommen. (22.12 Uhr).

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

**Abg. List** (22.13 Uhr): Geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages, sehr geehrter Herr Präsident!

Ein paar kurze Sätze zum Wahrnehmungsbericht des Rechnungshofes über die Stadtwerke Leoben, der die Gebarungsprüfung der Jahre 1991 bis 1992 einschließt. Dieser Bericht zeigt einige Mängel auf. In der Zwischenzeit sind bereits drei Jahre vergangen. In der letzten Kontroll-Ausschußsitzung wurde der Rechnungshofbericht über die einzelnen Bereiche der Stadtwerke behandelt. Dort und auch heute hier in der Landtagssitzung wäre es interessant gewesen, zu erfahren, was die Stadtwerke Leoben auf Grund dieses Berichtes später unternommen oder geändert haben. Offensichtlich interessiert sich nie-

mand, ob etwa die Verkehrsbetriebe Kosteneinsparungen durchgeführt haben oder ob weiterhin unentgeltliche Wasserabgaben erfolgen. Wir wollen das wissen und werden deswegen einen Beschlußantrag der Liberalen unterstützen. Denn daraus wird ersichtlich, was die Stadtwerke Leoben auf Grund des Rechnungshofberichtes und den darin enthaltenen Vorschlägen in den letzten drei Jahren unternommen haben. Kontrolltätigkeit soll das Beheben von aufgezeigten Mängeln zur Folge haben. (Beifall bei der FPÖ. – 22.14 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Brünner. Ich erteile es ihm.

**Abg. Dr. Brünner** (22.15 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte nur einen Punkt aus dem Bericht des Rechnungshofes herausgreifen, der mir doch auch signifikant erscheint. Der Rechnungshof hat aufgezeigt, daß 21 Prozent der Trinkwassermengen in das Netz eingespeist und nicht abgerechnet werden, und hat hinzugefügt, daß das schon seit Jahren eine Differenz sei, die man nicht erklären könnte. Offensichtlich versickert das irgendwo. Das ist ein Punkt, der irgendwo aufgeklärt werden sollte.

Ich möchte auf der anderen Seite nicht verkennen, daß die Stadtwerke Leoben auch ein schwieriges Geschäft zu leisten haben. Die Verkehrsbetriebe haben nicht zuletzt auch deswegen Verluste, weil es eben auch unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten in der Obersteiermark schwierig ist. Wie dem auch immer sei. Ich glaube, es wäre schon notwendig, solche Kontrollberichte des Rechnungshofes auch im Hinblick auf die Anregungen, die der Rechnungshof setzt, in der Umsetzung zu verfolgen.

Ich stelle daher gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Ing. Peinhaupt und List gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung folgenden Beschlußantrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag binnen sechs Monaten darüber Bericht zu erstatten, ob und inwieweit die Vorschläge des Rechnungshofes betreffend die Stadtwerke Leoben umgesetzt worden sind. (22.16 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Es ist keine weitere Wortmeldung mehr da. Wir kommen nun zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten Dr. Brünner, Keshmiri, Dr. Wabl, Mag. Zitz, Ing. Peinhaupt und List, mit dem die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert wird, dem Landtag binnen sechs Monaten darüber Bericht zu erstatten, ob und inwieweit die Vorschläge des Rechnungshofes, betreffend die Stadtwerke Leoben umgesetzt worden sind, die Zustimmung erteilen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## 20. Wahlen in die Landtags-Ausschüsse.

Gemäß Paragraph 54 Absatz 1 der Geschäftsordnung wird jede Wahl im Landtag wie in den Ausschüssen mittels Stimmzettel vorgenommen, sofern nicht einstimmig die Wahl in anderer Form beschlossen wird.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, die nunmehr durchzuführenden Wahlen durch Erheben der Hand vorzunehmen.

Ich bitte die Damen und Herren des Hohen Hauses, die meinem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Von der Freiheitlichen Partei Österreichs liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Reinhold Purr, die Wahlvorschläge zu verlesen:

### Abg. Purr:

in den Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung:

als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des Abgeordneten Karl Wiedner;

in den Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit:

als Mitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des Abgeordneten Karl Wiedner; als Ersatzmitglied Abgeordneter Karl Wiedner anstelle der Abgeordneten Mag. Magda Bleckmann;

in den Finanz-Ausschuß:

als Mitglied Abgeordneter Ing. Franz Schreiner anstelle des Abgeordneten Karl Wiedner;

in den Gemeinde-Ausschuß:

als Mitglied Abgeordneter Peter Schinnerl anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura; als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des Abgeordneten Peter Schinnerl;

in den Kontroll-Ausschuß:

als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Petitions-Ausschuß:

als Mitglied Abgeordneter Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura; als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt;

in den Ausschuß für Umweltschutz und Energie:

als Mitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß:

als Mitglied Abgeordneter Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura; als Ersatzmitglied Abgeordneter Karl Wiedner anstelle des Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt;

in den Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur:

als Ersatzmitglied Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz:

als Ersatzmitglied Abgeordneter Manfred Porta anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura;

in den Not-Ausschuß:

als Mitglied Abgeordneter Ing. Herbert Peinhaupt anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Dipl.-Ing. Wolf Chibidziura; als Ersatzmitglied Abgeordneter Karl Wiedner anstelle des Abgeordneten Ing. Herbert Peinhaupt.

**Präsident Dipl.-Ing. Vesko:** Ich danke für die Verlesung und ersuche nun die Damen und Herren, die diesen Wahlvorschlägen ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Wahlvorschläge sind einstimmig angenommen.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen werden.

Die Sitzung ist beendet. (22.21 Uhr.)